



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 18. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 15. Dezember 2022, 12.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101
(Großer Anhörungssaal)
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Zeugenvernehmung</i>	
Amena Rahemy Ortskraft der KfW (Beweisbeschluss Z-15)	10
Stefan Recker Mitarbeiter Caritas international (Beweisbeschluss Z-13)	60

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.48 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere 18. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 7. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Vielen Dank für Ihr Verständnis, dass wir wegen einer namentlichen Abstimmung erst später mit der Sitzung beginnen konnten.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir werden nachher noch ein zweites Mal unterbrechen müssen wegen einer ganzen Serie an Wahlen. Ich gehe davon aus, dass das so gegen 15 Uhr sein wird. Das müssen wir dann noch kurzfristig vereinbaren, wie lange wir unterbrechen müssen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen mehr als Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum aufhalten, die wir später als Zeugen wiedersehen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren von der Presse noch einen Hinweis geben. Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben wird. Ich bitte Sie daher darum, in

der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen im Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich nun zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Zeugenvernehmung

Amena Rahemy
Ortskraft der KfW
(Beweisbeschluss Z-15)

Stefan Recker
Mitarbeiter Caritas international
(Beweisbeschluss Z-13)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Rahemy wird auf unsere Fragen in ihrer Muttersprache Dari antworten. Hierfür steht uns - wie Sie gerade bemerkt haben - ein Dolmetscher zur Verfügung.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Befragung wird konsekutiv gedolmetscht werden. Das bedeutet, dass sowohl wir als auch die Zeugin nach ein paar Sätzen eine Pause einlegen, damit der Dolmetscher übersetzen kann.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das erfordert Disziplin bei allen Beteiligten. Ich wiederhole das, was ich vorhin in der internen Sitzung gesagt habe: Je kürzer und präziser die Fragen sind, umso zügiger und einfacher ist das mit Antworten und Dolmetschen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vernehmung der Zeugin Amena Rahemy

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich begrüße nun unsere erste Zeugin, Frau Rahemy, die bereits Platz genommen hat. Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist.

Frau Rahemy, Sie haben den Erhalt der Ladung am 29. November 2022 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Neben Ihnen hat der Rechtsbeistand Frau Rechtsanwältin Alexandra Pfeiffer Platz genommen. Frau Pfeiffer, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie die Zeugin beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein eigenes Rede- und Frage-recht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gegebenenfalls können Sie oder Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich höre, Frau Rahemy, dass Sie heute gesundheitlich ein bisschen angeschlagen sind. Wenn Sie Bedarf haben, dass wir Pausen einlegen, dann lassen Sie uns das bitte immer wissen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zunächst, Frau Rahemy, bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Das gilt hier für alle Zeugen, die aussagen, dass sie rechtlich belehrt werden müssen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt für Fragen, deren Beantwortung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu. Ebenfalls nicht dazu gehören Verfahren, die Ihren Aufenthaltsstatus betreffen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage sozusagen in Richtung auch von Frau Pfeiffer: Haben Sie das vollständig verstanden, oder haben Sie dazu noch Fragen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

(RAn Alexandra Pfeiffer: Ja, das haben wir verstanden!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das kann man - fürs Protokoll - nicht hören. Das sollte aber ein Ja heißen, also keine Fragen.

Dann möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Deshalb ist es sehr wichtig - das sage ich betont an alle Beteiligten -, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und sich nah

am Mikrofon aufhalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mein letzter Hinweis an die Zeugin: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, zum Beispiel Dinge aus Ihrem persönlichen Lebensbereich, aber auch vertrauliche Informationen Ihres ehemaligen Arbeitgebers, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen oder Anmerkungen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen - alle Beteiligten hier kennen das schon; das ist jedes Mal so - komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung.

Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Vorsitzenden, anschließend, nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie zu dem Ablauf noch Fragen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben das jetzt auch gleich überstanden, den formalen Teil.

Ich darf Sie nun bitten, mir zunächst zu bestätigen, dass Sie weiterhin unter der dem Ausschusssekretariat bekannten Adresse erreichbar sind, -

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter und Ihrem Beruf vorzustellen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Im Namen des Gottes, ich begrüße alle ganz herzlich hier. Mein Name ist Amena Rahemy, ich komme aus Afghanistan und bin 29 Jahre alt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mögen Sie Ihren Beruf noch nennen, bitte?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe Journalismus studiert, habe einen Bachelor Degree und habe mit internationalen Organisationen zusammengearbeitet. Hier bin ich derzeit arbeitslos.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Rahemy, Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Falls Sie ein solches Eingangsstatement abgeben wollen, denken Sie bitte daran, immer wieder eine Pause für den Dolmetscher einzulegen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der Evakuierungsprozess begann vor einem Jahr. Bevor in Afghanistan das System zusammengebrochen ist, hat man im Büro der KfW darüber gesprochen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das war in der Zeit, als man begonnen hat, im Camp Marmal, wo die deutsche Bundeswehr und andere Organisationen untergebracht waren, dort alles auszuräumen und das Land zu verlassen. Und die haben auch teilweise ihre Geräte und Ausrüstungen verkauft. Da hat man angefangen. Unsere Kollegen sagten, dass wir auch allmählich damit beginnen sollen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Dreimal gab es Sitzungen zwischen den KfW-Büros aus Kabul, Masar* und mit dem Hauptbüro in Frankfurt. Die Büros aus Kabul und Masar* forderten das Büro in Frankfurt auf, das Personal zu evakuieren; aber das Hauptbüro aus Frankfurt teilte mit, dass alles okay sei, dass die Situation ganz normal sei, dass man die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Projekte, die dort vorgingen, weiter fortsetzen soll.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nachdem die Forderungen seitens des Hauptbüros in Frankfurt abgelehnt wurden nach dreimaliger Anfrage, hatten unsere Kollegen dann die KfW gebeten, für uns politische Visa für ein anderes Land zu beantragen, nicht Deutschland und nicht Afghanistan, sondern ein drittes Land.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich kenne mich mit politischen Visa, diplomatischen Visa überhaupt nicht aus; aber soweit mir erzählt worden ist von den Kollegen, sollte es ein Visum sein, das unbefristet ist, dass man jederzeit, wenn es wirklich die Situation erlaubt und man das Land verlassen muss, in das dritte Land einreisen kann.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Dieser Antrag, den wir gestellt haben, wurde von unserem Hauptbüro aufgenommen; aber wir bekamen weder eine Ablehnung noch eine Zusage bis zum Juni des Jahres.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es war im Juni 2021, als die Sicherheitssituation im Norden Afghanistans sich verschlechtert hat. Die Taliban rückten näher an die Städte. Sie hatten etliche Distrikte eingenommen, auch große Städte. Unsere Familie, wir haben uns überlegt, dass wir für ein paar Tage unseren Wohnort verlassen; denn der Wohnort lag sozusagen am Eingang, am Korridor des Distrikts Balkh, der sozusagen der unsicherste Distrikt der Provinz war.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zwei Tage, nachdem meine Familie und ich unseren Wohnort verlassen haben, hat die KfW beschlossen, dass ich Masar* verlassen und mich nach Kabul begeben sollte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 22. Juni des Jahres habe ich mich nach Kabul begeben. Ich wurde in einem Hotel - wenn ich den Namen nicht falsch sage, sollte es „Kabul Star“ heißen - untergebracht. Ich habe zwei Wochen dort gelebt und von dort aus online gearbeitet.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es war der 5. oder 6. Juli des Jahres, als mir von unserem Büro mitgeteilt wurde, dass die Sicherheitssituation in Masar* sich normalisiert hat und nicht so schlimm sei, dass ich dann zurückkehren kann.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe am 7. Juli zugesagt, nach Masar* zurückzukehren. Allerdings habe ich unter Auflagen dem zugestimmt, dass ich nicht weiter von zu Hause arbeiten würde; denn während der Zeit der Pandemie von Corona arbeiteten wir alle von zu Hause. So anderthalb Jahre fast habe ich ja von zu Hause gearbeitet. Die gesamte Ausrüstung war dort sozusagen errichtet, dass wir ohne Probleme von zu Hause arbeiten könnten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der Grund, dass ich nicht weiter von zu Hause arbeiten wollte, lag darin, dass ich ja die ganze Ausrüstung vom Büro zu Hause hatte. Und unser Haus lag sehr nah am unsicheren Distrikt Balkh. Im Falle des Einrückens der Taliban wären wir sozusagen an erster Stelle. Wenn die Taliban dort die Stadt Masar* eingenommen hätten, dann wären wir sozusagen Zielscheibe von denen als Allererste, und das



Nur zur dienstlichen Verwendung

wäre sowohl für mich als auch für meine Familie eine große Gefahr oder Bedrohung gewesen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Situation, was die Coronapandemie anbetraf, hat sich allmählich ein bisschen beruhigt; aber die Sicherheitssituation war nicht so ganz gegeben, sodass wir nicht jeden Tag zur Arbeit in das Büro gehen durften. Denn die Taliban hatten angefangen, Büros anzugreifen, und das wäre nicht im Sinne dieser Sicherheit gewesen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In dieser Zeit war es so, dass GIZ-Mitarbeiter, mit denen wir in bestimmten Bereichen zusammenarbeiteten, ständig zur Arbeit gegangen sind; aber bei uns war es eben nicht so, weil wir zum einen aus Sicherheitsgründen nicht zur Arbeit gehen sollten und wir zum anderen nach wie vor wegen Coronaauflagen nicht alle zusammen an einem Tag dort sein durften. Das heißt, es wurde immer geteilt: 50 Prozent an einem Tag, 50 Prozent an einem anderen Tag sollte man dort sein. Den Rest der Zeit haben wir zu Hause gearbeitet.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich fühlte mich nicht wohl. Sicherheitsbedingt habe ich das Haus verlassen und habe mich in das Haus meiner Schwester begeben. Das war in einem anderen Viertel der Stadt gewesen, das ein bisschen sicherer war. Und so habe ich dann das Büro gebeten, die Ausrüstung für die Arbeit dorthin zu bringen bzw. für mich eine Wohnung dort anzumieten, damit ich von dort arbeiten kann. Das wäre zumindest aus meiner Sicht insofern wichtig, dass, wenn was passieren würde, ich allein diejenige wäre, die sozusagen Zielscheibe wäre, und nicht meine gesamte Familie.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zwei Wochen danach wurde mein Antrag von der KfW bewilligt, und sie haben zugesagt, dass sie die Kosten für die Miete auch dann übernehmen. So habe ich mich dann auf die Suche nach einer Wohnung gemacht. Am 5. August habe ich eine Wohnung gefunden. Den Vertrag habe ich dann mit dem Vermieter unterschrieben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Allein als Frau in einer kleinen Stadt wie Masar* zu leben, ist nicht normal, ist nicht gewöhnlich, gerade dann, wenn die eigene Familie in der gleichen Stadt wohnt. Meine Familie war schockiert, aber sie haben es trotzdem nicht verhindert, dass ich woandershin gehe und da wohne. Ein Onkel von mir hat mir sogar geholfen, die Wohnung zu finden.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Vier Tage, nachdem ich dort in die neue Wohnung eingezogen war, wurde ich von der lokalen Sicherheitsperson angerufen, und mir wurde gesagt, dass ich mit meinem Fahrer zusammen nach Kabul reisen sollte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In unserem lokalen Büro arbeiteten wir für die KfW zu dritt: Ich hatte einen Supervisor gehabt, meine Wenigkeit und unser Fahrer. Unser Supervisor bekam Drohungen von den Taliban und hatte den Antrag auf das Verlassen des Landes gestellt und wurde dann herausgebracht. Nur mein Fahrer und ich blieben dort.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es gab kein Flugticket. Ich konnte an dem Tag überhaupt kein Flugticket für mich und für meinen Fahrer finden. Das war am 9. August. Am 10. August ist es mir gelungen, über das UN-Büro des UNHCR*, glaube ich - - Sie haben einen extra Flug eingerichtet, der die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter der internationalen Organisationen aus Masar* herausbringen sollte. So gelang es mir, mit diesem Flug Masar* zu verlassen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der Grund lag darin, dass die Sicherheitssituation in Masar* nicht normal war. Das hat sich verschlechtert. Und viele Menschen wollten gerne die Stadt, den Ort, die Gegend verlassen: auf dem Luftweg, auf dem Landweg, mit privatem Fahrzeug, mit angemietetem Fahrzeug. Jeder versuchte - auch aus vielen anderen Gebieten und Orten -, den Ort zu verlassen. Regulär waren zwei bis drei Flüge pro Tag aus Masar* nach Kabul; aber zwischen Juni und August gab es fünf bis sechs Flüge nach Kabul, die aber ständig komplett, voll reserviert waren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Circa fünf Tage lang wohnte ich in einem Hotel namens „Cedar House“. Das gehörte zu den zwei, drei Hotels, die von der deutschen Sicherheitsbehörde sozusagen für „weiß“ erklärt worden war.*

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Fünf Tage nach der Evakuierung aus Masar* gab es dann eine Kommunikation zwischen der Zentrale in Frankfurt und Kabul, und es wurde viel ernster. Man hat dann aus Frankfurt vorgeschlagen, dass wir uns nach Usbekistan begeben und dort weiter online arbeiten und einen Ortskräfteverfahrensantrag stellen auf unbestimmte Zeit. Wenn es dann anerkannt wird oder zugesagt wird, dann dürfen wir nach Deutschland reisen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Bei der Planung der Evakuierung nach Usbekistan hat man eine Liste der Mitarbeiter der KfW und den Familien angefertigt. Für zwei Mädchen - eine Kollegin von mir und

mich - war es so, dass wir unsere Familien nicht mitnehmen durften, weil wir eben nicht verheiratet waren. Und bei den anderen war es immer so: Die verheirateten Lokalbeschäftigten durften ihre Familienmitglieder mitnehmen, allerdings nicht Kinder, die über 18 Jahre alt waren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Um ein Visum für Usbekistan zu beantragen, war vorausgesetzt, dass man ein Flugticket dafür hatte, und das hat für uns unser Büro dann schon gekauft.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Wir warteten auf unser Visum. Zu unserem Bedauern ist dann Kabul gefallen. Das war am 15. August.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 15. August, an dem Tag, wo Kabul gefallen ist, waren wir im Büro der KfW in Kabul. Wir hatten etliche Dokumente, die für uns eine Gefahr sein könnten, vernichtet, und weitere Dokumente sollten wir zusammentun und das der deutschen Botschaft in Kabul aushändigen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Bevor wir damit begonnen haben, unsere ganzen Dokumente zusammenzusuchen bzw. auch die Dokumente über die gepanzerten Fahrzeuge - das war 9 Uhr morgens, als Kabul gefallen ist -, haben wir alles dort liegen lassen und das Büro verlassen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Alle unsere Mitarbeiter durften nach Hause gehen. Ich konnte allerdings nicht, denn mein Zuhause war in Masar*. Im Hotel konnte ich nicht weiter bleiben als allein-stehende Frau. Wenn die Taliban gekommen



Nur zur dienstlichen Verwendung

wären und mich dort erwischt hätten, wäre das noch viel gefährlicher für mich. So hat einer der Kollegen gebeten, zu ihm nach Hause zu gehen. So habe ich mich dorthin begeben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Situation in Kabul war nicht normal. Alle Menschen waren schockiert. Die Straßen waren voll von Menschen. Sie waren total in Panik und versuchten, sich irgendwohin zu begeben. Meine Kollegin und ich versuchten, uns zu ihr nach Hause zu begeben. Allerdings hatten wir bei der Flucht beide unsere Laptops auch mitgehabt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Fünf Stunden danach sind wir bei ihr zu Hause angekommen. Und ich wartete, weil ich noch mal ins Hotel gehen wollte; denn ich hatte dort meine ganzen Unterlagen gehabt: mein Geld, meinen Pass, meinen Ausweis und meine Dokumente über meine Ausbildung.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Gegen 17 Uhr habe ich mich in Richtung Hotel begeben. Die Straßen waren leer von Menschen. Man hat das eine oder andere Fahrzeug der Polizei gesehen, die auch sehr ängstlich dagestanden hatten und im Zuge der Flucht waren. Ich stand unter enormem Stress. Dann kam ich doch im Hotel an.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nachdem ich meine Ausrüstung und alle Dokumente aus dem Hotel zusammengenommen habe und das Hotel verlassen wollte, hat ein weiterer Kollege, der in der Nähe gewohnt hat, mich angerufen und bat mich, zu ihm nach Hause zu kommen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich war drei Tage bei meinem Kollegen. Am 17. August wurde uns von der KfW empfohlen, dass wir uns alle in das Büro der KfW in Kabul begeben sollten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der Grund, warum sie uns dorthin bestellt haben, lag darin, dass der Sicherheitsbeauftragte, der dafür zuständig war, uns alle gebeten hat, dass wir uns dorthin begeben, damit wir von dort mit Fahrzeugen in das Militärcamp im Flughafen gebracht werden können.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Unser Sicherheitsbeauftragter konnte allerdings kein Fahrzeug organisieren, so dass wir in dem Büro geblieben sind. Die Taliban haben das irgendwie mitbekommen. So kamen sie gegen Abend in das Büro.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Dort waren circa 15 Familien von unseren Lokalbeschäftigten. Und als die Taliban dort eindrangten, waren alle sehr, sehr verängstigt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als die Taliban dort eindrangten, haben sie als Allererstes das Wachpersonal des Büros entwaffnet. Dann kamen sie in das Gebäude hinein und haben die Mobiltelefone, Smartphones von einigen Kollegen und deren Kindern entwendet.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zum Glück kamen die Taliban in das dritte und vierte Stockwerk des Hauses nicht. Was der Grund sein könnte, das weiß ich nicht. Dort waren die Familien unserer Kollegen untergebracht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nachdem die Taliban gegangen waren, sind alle anderen Kollegen mit den Familien in ihre Häuser zurückgekehrt, und ich bin mit dem Kollegen, bei dem ich die letzten Tage war, mit seinen drei Kindern dann zu ihm nach Hause gegangen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das Büro der KfW aus Frankfurt hat sich gemeldet bei mir und sagte, dass mein Fahrer seine Familie, die in Masar* lebte, nach Kabul bringen sollte, damit er auch mit seiner Familie nach Deutschland reisen kann.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am nächsten Tag, als wir das Büro verlassen haben, wurde uns gesagt, dass wir nicht mehr in das Büro zurückkehren sollten. Wir sollten in das Militärcamp, was in dem Militärbereich des Kabuler Flughafens lag, gehen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Unser Büro hat mir dann erlaubt, die Dienstlaptops, die ich ja bei mir hatte, zu zerstören; denn ich war bei einem Kollegen, der selber auch bei einer ausländischen Organisation gearbeitet hat. Und im Falle, dass bei uns diese Ausrüstung entdeckt worden wäre, wäre für ihn und die gesamte Familie auch noch eine große Gefahr entstanden. So habe ich dann diese vernichtet bzw. zerstört.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 18. August standen wir vor dem Baron-Militärcamp - das war um 17 Uhr abends - und warteten auf unsere Sicherheitsperson, die uns gesagt hat, dass er uns dort abholen wird.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Danach, nach 5 Uhr, sagte er uns, dass es ihm nicht gelingt, dorthin zu kommen. Wir sollten versuchen, uns zu dem Eingangsbereich des Militärcamps zu begeben. Alle Frauen hatten weiße, weiß-rote* Kopftücher als Zeichen, und Männer hatten rote Tücher als Zeichen dafür, dass man uns erkennen konnte bzw. das Sicherheitspersonal uns erkennen konnte, dass wir zur KfW gehören.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zu meinem Bedauern war die Situation vor diesem Militärcamp sehr schlecht. Sie haben bestimmt Bilder, Aufnahmen gesehen, wie es da vor sich gegangen ist. Das führte dazu, dass die Mitarbeiter und Kollegen, die Familien hatten, Kinder hatten, beschlossen haben, sich nicht dorthin zu begeben; sondern die gingen zurück nach Hause.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Aber ich bin nicht zurückgekehrt zu meinem Kollegen in das Haus, sondern ich habe dort gewartet, weil ich auch kein Zuhause in Kabul hatte. Ich hatte keine Wohnung, ich hatte keine Bleibe dort. Ich habe gewartet und gehofft, dass man mich dort dann reinlässt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Bis 23.30 Uhr wartete ich vor dem Militärcamp. Die Taliban haben in die Luft geschossen, ziemlich laut, sodass - das war in der Nähe von uns - die Ohren lange danach Pfeifgeräusche hatten. Die Amerikaner hatten Tränengas benutzt. Die Taliban versuchten - und guckten nach Menschen, gerade jungen Männern, die ohne Familienmitglieder dort waren, und die wurden von denen ausgepeitscht bzw. mit Gewehrkolben dann geschlagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es war eine sehr schlechte Situation. Es war alles durcheinander. Es war wie eine Welle von Menschen, dass man immer nach vorne, nach hinten geschoben worden ist, je nachdem, wie sich diese Masse bewegt hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Während der Zeit bis 23.30 Uhr habe ich festgestellt und gesehen, dass Fahrzeuge von UNAMA immer aus dem Camp rausgefahren sind, in die Stadt rein und haben ihre Leute ausgesucht und dann wieder zurückgebracht. Sie konnten sich ungehindert bewegen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Vielleicht konnten auch andere Länder oder internationale Organisationen das gleiche Muster der UNAMA übernehmen und das tun und ihre Leute dann reinbringen. Denn das haben sie nicht getan, warum auch immer; das weiß ich nicht. Und das führte dazu, dass vor dem Tor dieses Militärcamps Baron eine Masse von Menschen gestanden hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Um 23.30 Uhr wurde das Tor des Militärcamps geöffnet, und ich bin in dieser Welle der Menschen nach vorne geschoben worden.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Uns wurde das Logo eines Eingangs zugeschickt von unserem Kollegen, dass wir, wenn wir dort sind, ihn anrufen, damit er uns dort abholt. Ich habe ein solches Logo gesehen und dachte, das wäre das; aber zum Glück war es das nicht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich stand vor diesem falschen Eingang, der eigentlich kein Durchgang war, weil er geschlossen war. Ich stand circa 15 Minuten bis 20 Minuten so etwa dort und wartete auf unsere Sicherheitsperson, die mich dort abholen sollte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nach etwa 20 Minuten, als ich dann festgestellt habe, dass ich am falschen Ort gestanden habe, habe ich mich zu dem Tor, wo ich vorher davorgestanden habe, begeben und habe festgestellt, dass es dort menschenleer war. Es war 100 Meter entfernt. Die Situation war komplett außer Kontrolle geraten. Es waren amerikanische Soldaten, die dort gestanden haben und bereit waren, jede Sekunde wirklich von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als ich versuchte, dort in das Camp hineinzugehen, haben die amerikanischen Soldaten es verhindert. Ich habe ihnen gesagt, dass ich auf jemanden warte, der mich abholen soll. Sie sagten, die Situation ist nicht normal, ich sollte erst mal abwarten. In diesem Moment habe ich gesehen, dass zwei Leichen von zwei Frauen dort lagen. Die wurden mit Tüchern bedeckt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Den Grund, warum diese beiden Frauen getötet worden waren, weiß ich nicht; aber ich vermute und gehe fest davon aus, dass sie von den amerikanischen Soldaten erschossen worden waren, weil sie Burkas getragen haben. Und die Amerikaner hatten wahrscheinlich gedacht, dass sie Selbstmordattentäter sind, als sie auf sie geschossen haben. Das führte dazu, dass sehr viele Menschen auch dann aus Panik diesen Ort verlassen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Leichen dieser beiden Frauen habe ich nicht aus der Nähe gesehen. Es war 23.30 Uhr. Zwischen zwei Leichen zu stehen und sie zu sehen, das ist nicht leicht. Ich war beinahe so weit, in Ohnmacht zu fallen. Aber ich versuchte, mich wirklich zu beruhigen; ich versuchte, mich zusammenzureißen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als die US-Soldaten feststellten, dass ich keine Gefahr für sie bin, dass ich keine Bedrohung bin, haben sie mich dann reingelassen. Das war der Zeitpunkt, an dem auch die Sicherheitsperson dort anwesend war.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Gegen Mitternacht, 12 Uhr, ging ich in das Camp hinein. Uns wurde in dem Hotel in dem Camp eine Bleibe gebucht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am nächsten Tag wurde mir ein ID-Ausweis, ein Personenausweis des Camps ausgestellt durch diese Sicherheitsperson, die mich dorthin gebracht hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich wusste den Zweck dieses ID-Ausweises nicht. Ob es gut ist oder schlecht, wusste ich wirklich nicht. Im Nachhinein habe ich dann mitbekommen, dass ich mit diesem Ausweis unserer Sicherheitsperson helfen kann, weitere Personen hineinzubringen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Vor ein paar Monaten habe ich den Sinn dieser ID erstmals erfahren, die ich ja

nur vier Tage lang hatte. Wie auch immer die Taliban davon erfahren haben, weiß ich nicht; jedenfalls ist dies eine große Gefahr für meine Familie und Verwandten. Denn man hat denen gesagt, dass ich mich mit diesem militärischen Ausweis ungehindert in dieses Militärcamp hineinbegeben habe und das Camp jederzeit verlassen konnte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das habe ich erfahren, nachdem der Distrikt Balkh* gefallen ist. Mein Schwager, der dort im Krankenhaus gearbeitet hat, Leiter des Krankenhauses war, hat das Gebiet verlassen und sich dann woandershin begeben, nach Masar*. In einem Park wurde er von einer Person angesprochen. Man hat ihm gesagt: Wir wissen, dass deine Schwägerin im Militärcamp gearbeitet hat für die Militärs.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als mein Schwager mir das erzählte, kam mir in den Sinn, dass ich noch dort war und gearbeitet habe in diesem Camp in diesen vier Tagen. Es sind sehr viele Lokalbeschäftigte, die dort als Reinigungskräfte gearbeitet haben, und andere, die auf mich zukamen und mich baten, ihre Namen und die Namen ihrer Familienmitglieder auf die Listen der Regierung zu setzen. Ich sagte denen: „Ich kann es nicht, das ist nicht mein Job“, sondern die sollten einfach mit ihren Arbeitgebern oder Institutionen, bei denen sie arbeiten, Kontakt aufnehmen; dafür bin ich nicht zuständig.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In diesen vier Tagen konnte ich kaum schlafen, zwischen drei bis vier Stunden konnte ich schlafen. Den Rest war ich immer zwischen diesen beiden Toren des Militärcamps unterwegs.* Die waren ziemlich weit auseinander. Der Grund lag darin, dass sehr viele unserer Kollegen versuchten, die Zeit in der Nacht zu nutzen, wo wirklich wenig Menschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

dort waren, um hineinzukommen. Das heißt, ich war mit unserer Sicherheitsperson ständig unterwegs zwischen diesen beiden Sicherheitstoren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Tagsüber passierte es sehr oft vor dem Eingang des Camps, dass Kinder, die aus welchem Grund auch immer dort geblieben waren bzw. durch diese Massenströmung ihre Eltern verloren haben, von den amerikanischen Soldaten oder von unserer Sicherheitsperson dann gefunden und mit in das Camp gebracht und mir sozusagen überlassen wurden, damit ich auf sie aufpasse, bis man die Eltern finden kann.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zum Glück hat man viele Mitglieder der Familien der Kinder wiedergefunden, so dass man die Kinder wieder zurückgeben konnte. Die waren ein paar Stunden bei mir. Aber ein Kind, dessen Name [REDACTED] war und das einen Pass hatte, da fand man niemanden aus der Familie.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das Kind war zwischen zweieinhalb und drei Jahren alt. Nach einer gewissen Zeit habe ich festgestellt, dass die Füße verletzt waren, weil es wahrscheinlich in dieser Masse von Menschen getreten worden war, wie auch immer. Die Schuhe waren nicht mehr da, das Kind war barfuß. Es gab auch weder zu essen noch eine Windel, um einfach das Kind zu versorgen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich fragte andere Menschen, die auf den Korridoren auf ihren Flug warteten und Kinder hatten, nach dem Essen und auch nach einer Windel.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es gab ein Restaurant in dem Camp, wo man wirklich drei Mahlzeiten zu sich nehmen konnte; aber ein Kind kann nicht dreimal am Tag essen, sondern braucht viel mehr.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es war gegen 22 Uhr, als unsere Sicherheitsperson zu mir kam und sagte, ich sollte das Kind in das Büro mitnehmen; dort ist die Familie aufgetaucht; man kann es wieder zurückgeben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als ich das Kind von meinem Zimmer bis in das Büro des Militärcamps gebracht habe, wurde ich auf dem Weg, unterwegs von vielen Reportern und Journalisten fotografiert. Ich habe auch darüber nirgendwo was gelesen oder gesehen danach.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Familie des Kindes konnte nicht hinein, durfte nicht hinein. Bis 1 Uhr in der Nacht war das Kind bei mir. Danach hat man das Kind abgeholt, um es der Familie auszuhändigen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt der Familie ausgehändigt worden ist.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In diesen vier Tagen und Nächten in diesem Camp habe ich Szenen gesehen, die sehr schlecht waren. Die waren so, wie man es aus den Kampfszenen aus den Filmen kennt. So was in der Realität zu sehen, war nicht zu ertragen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dolmetscher 1: Ich hatte versucht, möglichst fast alle unsere Kollegen und deren Familien in das Camp hineinzubringen. Ich war selber in einer sehr schlechten Verfassung. Weder konnte ich viel essen noch genug Schlaf haben. Als ich die Bilder jetzt neulich gesehen habe, habe ich festgestellt, dass meine Lippen total geplatzt und geschwollen waren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Mein Chef aus Frankfurt nahm Kontakt über Skype mit mir auf und sagte mir, dass er auf mich stolz ist, dass ich mich so für alle einsetze.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich war auch Zeuge, dass Menschen mit Hubschraubern aus dem Militärcamp herausgeholt und in den Militärflughafen gebracht worden sind. Welchem Land diese Hubschrauber gehörten oder welcher Organisation oder wem auch immer, das weiß ich nicht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Aber ich konnte keinen deutschen Soldaten vor Ort sehen, der wirklich bei der Organisation mitgeholfen hätte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Was die Flüge nach Deutschland anging: Davon erfuhr ich nichts. Nur durch einen einzigen Flug, mit dem unsere Sicherheitsperson mit seiner Frau das Land verlassen sollte - was er aber nicht getan hat -, weiß ich, dass es ihn gegeben hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe Menschen anderer Nation immer gefragt, ob sie deutsche Soldaten oder

Militärs dort gesehen hätten, als unsere Sicherheitsperson nicht da war und ich versucht hatte, mithilfe von denen, falls deutsche Soldaten da wären, unsere Kollegen hineinzubringen. Aber keiner wusste davon.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nur an dem Tag unseres Fluges habe ich Bundeswehrsoldaten dort gesehen, die uns Armbänder angebracht haben. Wir mussten da Schlange stehen. Was wirklich sehr unangenehm war, als wir dieses Camp verlassen haben: dass wir in einem Fahrzeug - Truck -, das für die Tiere genutzt wurde, von diesem Militärcamp bis zum Militärflughafen gebracht worden sind.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Bis um 12 Uhr hatten wir in einem Zelt ohne Wasser, ohne Nahrung auf unseren Flug gewartet.*

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Circa gegen 20 Uhr wurden wir dann von Kabul mit einem Militärflugzeug nach Taschkent gebracht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In Taschkent wurden wir dann versorgt und sind mit dem nächsten Flieger der Lufthansa dann von dort am 22. nach Frankfurt geflogen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Einen Tag mussten wir in Frankfurt auf unsere Visaformalitäten warten, bis wir unsere Visa bekamen und dann in das Land hineingehen durften.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Gegen Abend wurde ein Teil von uns mit einem Bus nach Bremen gefahren. Es war gegen 4 Uhr morgens, als wir in Bremen ankamen. In diesem Lager hat man uns schon Essen gemacht; aber das Essen war schon so alt und schlecht, nicht mehr essbar.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ein paar Tage später wurden wir in das nächste Lager gebracht. Dort war es besser.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Meine psychische Verfassung war sehr schlecht, denn ich hatte alles verloren. Meine Familie, meine Arbeit, mein Leben musste ich ja zurücklassen. Fünf Monate lang habe ich in diesem Aufnahmelaager kaum schlafen können. Ich habe des Öfteren nur geweint und getrauert.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 13. September wurde von unserem Chef eine Message geschickt. Ohne weiter zu fragen, wie es mir geht, in welcher Verfassung ich bin, wurde ich gefragt, was aus der Ausrüstung im Masar*-Büro geworden ist; ich sollte die wieder abgeben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe die Internetausrüstung schon längst dort abgegeben. Allerdings, was diese Schüsseln für den Empfang betrifft, konnte der Typ die nicht mitnehmen, weil er Angst hatte. Er meinte: Die Taliban kennen das eben nicht. Es kann sein, dass sie das als irgendwas anderes sehen. Es würde wahrscheinlich für mich gefährlich sein.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 18. September habe ich mitbekommen, dass die Taliban zum zweiten Mal unser Haus besucht haben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das erste Mal waren sie fünf Tage zuvor, das heißt am 13. September, bei uns gewesen. Meine Familie hat mir nicht darüber berichtet, weil sie mir keine Unannehmlichkeiten bereiten wollten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Meine Mutter - so habe ich ihr dann erzählt, weil ich das von einem anderen gehört habe - sollte, falls die Taliban dort auftauchen und nach mir fragen, denen sagen, dass eine andere Gruppe von Taliban schon vor ihnen da war und ihre Tochter mitgenommen hätte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der Grund, warum sie zum zweiten Mal dort erschienen sind, war, dass sie meiner Familie gesagt haben, dass eine andere Gruppe von Taliban ihre Tochter nicht mitgenommen hätte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das dritte Mal sind sie auch dort erschienen und haben Druck ausgeübt. Sie drohten, einen erwachsenen Sohn aus der Familie als Soldaten mitzunehmen, da die Tochter der Familie für ausländische Organisationen gearbeitet hätte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dolmetscher 1: Nachdem sie zum dritten Mal dort aufgetaucht sind und ich keinerlei Unterstützung von unserem Büro erhalten habe, habe ich eine andere Entscheidung getroffen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich hatte einen Kollegen, der Paschtune war und aus der Provinz Baghlan stammte. Ich habe mit ihm Kontakt aufgenommen und ihn darum gebeten, falls er Stammesälteste aus der Gegend kennt, mit denen Kontakt aufzunehmen und sie darum zu bitten, unsere Familie nicht weiter zu belästigen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zum Glück hat das ein bisschen gewirkt, was ich unternommen habe. Das war in der Zeit, als die Taliban Druck auf die Familie ausgeübt haben und meinen jüngeren Bruder als Soldaten mitnehmen wollten. Es kann auch sein, dass sie wirklich in der Tat Probleme mit dem Nachschub des Sicherheitspersonals und der Sicherheitskräfte und der Soldaten hatten und Personen haben wollten oder dass es andere Gruppierungen vor Ort gab, die sozusagen allein agiert haben und unabhängig von der Zentrale versucht hatten, Menschen unter Druck zu setzen. Jedenfalls waren die bestimmt nicht von der Zentrale gewesen; aber es hat trotzdem gewirkt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Meine Familie hat beschlossen, den Wohnort zu wechseln und woanders zu wohnen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 18. habe ich dann mit meinem Chef telefoniert, Kontakt aufgenommen und habe ihm gesagt, was geschehen war.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Antwort meines Chefs war, dass das Büro von RMO - das ist dieses Sicherheitsunternehmen von Deutschland vor Ort - Kontakt zu den Taliban hat, eine Kontaktperson zu den Taliban hat. Mit dem kann er reden, damit die Taliban die Familie in Ruhe lassen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als ich die Antwort meines Chefs gehört habe, war ich sehr überrascht. Denn drei weitere Kollegen von mir mit ihren Familien lebten noch in Kabul, und sie haben keinerlei Unterstützung von RMO erhalten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Einer unserer Mitarbeiter war ein Fahrer und kam aus der Provinz Pandschir. Der konnte nicht mal tagsüber nach Hause gehen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Er ist immer in der Nacht nach Hause gegangen, um seine Klamotten zu wechseln. Später hat er dann beschlossen, Kabul zu verlassen. Er hat sich dann Richtung Masar* begeben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe meinem Chef gesagt: Wenn RMO in der Tat so viel Einfluss hat, wieso haben sie nicht die Familie unseres Mitarbeiters, von Samim, der wirklich Probleme hatte und Kabul verlassen hatte, sich nach Masar* begeben hat, unterstützt?

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In der Zeit, als ich noch dort in diesem Camp gearbeitet habe, habe ich dann die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Listen der Familien unserer Kolleginnen und Kollegen bekommen. Dort habe ich sehen können, dass etliche Kollegen von mir nicht nur sich selber und ihre Kinder, sondern auch die Kinder, die über 18 Jahre alt waren, die Volljährigen, auch dann in die Liste aufgenommen haben. Die haben auch eine Zusage bekommen. Einige Kollegen von mir haben sogar ihre Schwestern, die wahrscheinlich mit denen zusammengelebt haben und volljährig waren, auch auf die Liste gesetzt und als Familienmitglieder dann eine Zusage bekommen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Mein Chef hat mir einen Link geschickt, in dem der deutsche Außenminister im Jahr 2021, am 18. August, gesagt hatte, dass sie auf jeden Fall alle Lokalbeschäftigten und ihre Familien außer Landes bringen. Man würde auf keinen Fall Familien auseinandertrennen, sondern alle werden dann nach Deutschland gebracht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als ich diese Nachricht gelesen habe und mich erinnert habe, wie die Listen ausgesehen haben, die Listen unserer Kollegen in Afghanistan mit den Familienmitgliedern, habe ich das Gefühl bekommen, dass mein Arbeitgeber und mein Büro mich sozusagen reingelegt haben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Parallel dazu haben andere Kollegen von mir nicht nur ihre Familienmitglieder, sondern Familie zweiten Grades sogar mitgenommen, und ich war als Einzige hier.

Hier ist etwas, was ich sagen möchte; aber ich möchte das nicht öffentlich sagen. Wenn Sie möchten, bin ich ja bereit, Ihre Fragen zu beantworten, aber nicht in der Öffentlichkeit.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der zweite Fall ist natürlich, was meine jüngere Schwester anbetrifft. Sie war zum Glück an dem Tag nicht in der Schule, weil sie je nach Sicherheitssituation zur Schule gegangen sind. Manchmal sind sie hingegangen, manchmal eben nicht. Die Klassenkameraden hatten denen mitgeteilt, dass die Leichen eines Taliban-kommandeurs mit einer weiteren Talibanperson dort gewesen sind.*

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Meine jüngeren Schwestern sind noch sehr, sehr klein. Die sind aber gezwungen, lange, dunkle arabische Schleier zu tragen, diese Trachten zu tragen und damit dann zur Schule zu gehen. Deswegen gehen sie mal zur Schule, mal eben nicht. Das ist sehr schwierig, unter diesen Umständen einfach weiter zur Schule zu gehen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Seitdem ich meinen Chef von dem Vorfall unterrichtet habe, ist Stillstand. Er antwortet nicht mehr auf meine Nachrichten, die ich an ihn schicke.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das ist die Person, die mir persönlich bei Skype gesagt hat vor Ort, dass er stolz auf mich ist, dass ich für sie arbeite und mich vor Ort dafür einsetze. Seit dem Oktober des letzten Jahres antwortet er nicht mehr auf meine Anfragen bzw. Nachrichten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe direkt meinem Chef gesagt, was ich da gedacht habe: dass man mich reingelegt hat. Er hätte mich zu diesem Zeitpunkt auch zumindest informieren können und auch Wege zeigen können oder sagen können, wie die Sache vor sich geht, was wirklich da nicht geschehen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich sagte zu meinem Chef, dass er mir auch sagen könnte, genauso wie er zu mir gesagt hat, dass ich unserem Fahrer Bescheid sagen soll, dass seine Familie mit nach Kabul kommen soll, damit sie auf die Liste genommen und evakuiert werden können - - hätte er mir genau den gleichen Vorschlag machen können für meine Familie; denn eine große Gefahr für meine Familie besteht und bestand zu dem Zeitpunkt auch.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe keine Antwort von meinem Chef bekommen. Deswegen habe ich mit seinem Chef sozusagen, dem obersten Boss, Kontakt aufgenommen, der zuständig für Afghanistan, Pakistan und Irak ist.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Er sagte mir ein paar Tage später, um einen Antrag für die Aufnahme der Familienangehörigen zu stellen, braucht das BMZ Beweise bzw. Dokumente dafür.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es war interessant für mich, dass man so denkt. Wie kann ich die Taliban erst mal fragen und sagen: „Gebt mir einfach mal eine Bestätigung, dass ihr zu uns nach Hause gekommen seid oder dass es für uns Gefahr gibt“? Oder als die unser Haus durchsucht haben, sollten wir auch eine Kamera bereithalten, um alles aufzunehmen, dass sie vor Ort waren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es wurde mir vorgeschlagen, mit dem Büro GSM, das mit uns dann auch zusammengearbeitet hat, Kontakt aufzunehmen, mit einer Person, die auch für mich als Anwalt gearbeitet hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich dachte, dass dieser Anwalt mich unterstützen würde und Wege zeigen würde, wie meine Familie nach Deutschland kommt; aber das war eben nicht so.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Er sagte mir, wenn meine Familie auf dem illegalen Weg sich nach Deutschland begeben und hier eintreffen würde, dann werden sie hier als Flüchtlinge anerkannt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Oder wenn du eine regelmäßige Arbeit und Tätigkeit hast und Einkommen hast, dann kannst du sie legal einladen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich hatte nicht die Voraussetzungen erfüllt, die eigentlich verlangt worden sind von mir. Das führte dazu, dass der oberste Boss auch den Kontakt zu mir unterbrochen und nicht mehr geantwortet hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Da es mir psychisch nicht ganz gut ging und ich sehr besorgt war und mir unheimlich viele Gedanken gemacht habe, war es am 30. Januar so weit, dass ich meine Haare rasiert habe.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich hatte das Gefühl gehabt, dass die Haare mir zu viel sind. Auf der anderen Seite hatte ich teilweise das bedrückende Gefühl, dass mein Leben zu Ende ist. All das führte dazu, dass ich gedacht habe, ich kann nicht mehr weiter so leben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es ist eine sehr schlimme Sache, wenn eine asiatische Frau ihre Haare abrasiert. Es würde ungefähr bedeuten, dass man wirklich keine Lust mehr zum Leben hat bzw. Suizidgefahr besteht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe über alle Vorfälle immer meinen Chef unterrichtet, selbst wenn er nicht auf meine Nachrichten geantwortet hat. Für mich war es natürlich sehr, sehr bedrückend, wenn ich daran gedacht habe, dass die Person, die vor einem Jahr auf mich stolz war, heutzutage nichts mehr mit mir zu tun haben will.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Vielleicht war es ein falscher Satz, der im falschen Moment aus dem Mund einer Person gekommen ist; denn ich hatte kostenlos vier Tage lang für sie vor Ort gearbeitet - ohne Vertrag und ohne von denen etwas zu erwarten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich bereue sehr, drei Jahre lang mit einer solchen Institution gearbeitet zu haben, die heutzutage nicht einmal meine Nachrichten beantwortet und mich nicht weiter unterstützt hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe mit weiteren Ortskräften beschlossen, eine Gruppe zu gründen. Eine Ortskräftefrauengruppe wurde gegründet, um unsere Familienmitglieder und die, die vor Ort zurückgelassen worden sind, zu unterstützen und irgendwie andere Institutionen auszusuchen, die uns dabei behilflich sein können.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Seit dem Januar hatten wir viele Aktivitäten gehabt, wir hatten viele Sitzungen gehabt, wir hatten Reisen gehabt, hatten E-Mails geschrieben, Konferenzen veranstaltet und alles Mögliche getan, um einfach etwas erreichen zu können.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das führte dazu, dass ich in der Tat keine Zeit gefunden habe, die deutsche Sprache zu erlernen, aber auch sonst Weiteres für mich selber zu tun.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Genauso wie meine Wenigkeit gibt es andere Mitglieder dieser Gruppe, die in der Tat wenig Zeit für sich selber haben, weil sie vieles organisieren. Die können genauso wenig Deutsch lernen bzw. anderen Sachen nachgehen, weil wir alle das Gefühl haben, dass wir allein gelassen worden sind, dass wir nicht richtig unterstützt worden sind und dass man uns nicht richtig gerettet hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Von diesem Moment an ist alles, was ich erzähle, nicht meine, sondern Erfahrungen und Augenzeugenberichte von Personen, die dabei waren, und Themen, die über 100 andere Personen mir sozusagen gegeben haben auf dem Weg hierher als deren Vertreter, um Ihnen das hier mitzuteilen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Wir können nicht mal die Redefreiheit in diesem Lande nutzen, um uns wirklich stark zu machen; denn in vielen Fällen sind die Familienangehörigen von uns vor Ort, und wenn wir in den sozialen Medien etwas unternehmen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

entsteht eine große Gefahr für sie. Es gab einen einzigen Fall, dass eine Kollegin von uns einen Tweet geschrieben hat, und sofort unmittelbar danach hat sie eine Drohung von den Taliban bekommen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Unsere Sicherheitssituation in Afghanistan war sehr schlecht. Wir standen unter der direkten Bedrohung; denn die Taliban waren in den Vororten und in Distrikten, dort, wo wir gelebt haben in Afghanistan, ständig präsent.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Gründe, die uns dazu veranlasst haben, der Evakuierung zuzustimmen und das Land zu verlassen und nach Deutschland kommen, lagen darin, dass wir dachten, wir können hier für unsere Erweiterung der Persönlichkeit arbeiten, wir können hier weiter studieren, wir können uns hier Gedanken machen und etwas auf die Beine stellen. Aber all das ist im Moment nicht machbar.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Sicherheitssituation unserer Familien ist ja so, dass sie ihre Wohnorte ständig wechseln müssen. Kurzfristig müssen sie woanders hingehen. Erstaunlicherweise werden genau die Häuser auf der Straße dann durchsucht, in denen unsere Familien leben, und nicht alle anderen Häuser.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der große Teil unserer Mitglieder sind alleinstehende Frauen, die hier nach Deutschland gebracht worden sind. Die Familien sind vor Ort, die können wirklich in der Tat nicht viel tun. Es gibt auch weitere Gründe, die ich jetzt erwähne.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Büros vor Ort haben keinerlei Informationen über die Listen, über diesen Prozess der Evakuierung uns zur Verfügung gestellt, sodass wir überhaupt keinerlei Ahnung haben, wie das Ganze sozusagen organisiert worden ist.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das war der Grund, dass viele von uns überhaupt nicht wussten, wie der Prozess läuft und wie sie ihre Familienmitglieder auf die Liste setzen können, wie man etwas tun kann, damit die, die auch gefährdet sind, auf die Liste gesetzt und außer Landes gebracht werden.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Denn zum großen Teil wurden die Listen von den örtlichen Chefs dieser Organisationen angefertigt und weitergeleitet. Die Mitarbeiter wussten überhaupt nicht, ob sie alleine jetzt auf der Liste drauf sind, ob die Familien drauf sind. Denn sie wurden nicht gefragt, es wurde einfach eine Liste angefertigt, weitergegeben, und bis zum Ende wusste keiner, ob er alleine reist oder mit der Familie reist, wie alles passiert.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die meisten Kontakte wurden telefonisch aufgenommen. Man hat den Mitarbeitern immer gesagt: Nehmen Sie einfach die von Ihnen angegebenen Personen, die Sie uns geschickt haben, die auf der Liste stehen, weg, machen Sie eine neue Liste und schicken Sie sie uns! - Für die alleinstehenden Frauen wurde dann immer gesagt, sie sollen einfach nur sich selber da eintragen. Familien, die Kinder über 18 Jahren hatten, also volljährige Kinder, wurde gesagt, die sollen einfach die Kinder aus der Liste nehmen und eine neue Liste erstellen und an sie weiterschicken.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Bei den Kontakten, die über das Telefon bzw. Onlinesitzungen stattgefunden haben - das betrifft Frauen, die alleinstehend waren -, wurde denen extra gesagt und Druck ausgeübt, dass sie, wenn sie darauf bestehen, dass ihre Familienmitglieder auch außer Landes gebracht werden sollen, auch aus der Liste gestrichen werden. Also sollten sie einfach eine Entscheidung treffen, ob sie alleine reisen oder nicht.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In manchen Fällen ist es ja so, dass man den Menschen gesagt hat: Wenn Sie in Deutschland sind, dann können Sie natürlich Ihre Familienmitglieder holen, wenn Sie also mal selber dort angekommen sind. Sie werden dann dabei unterstützt. - Als wir dann hier angekommen sind, hat man versucht, Kontakt aufzunehmen mit denen. Die Kontakte wurden sozusagen abgelehnt, und sie stehen nach wie vor ohne alles da.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Mitglieder unserer Gruppe und ich allein sind der Auffassung: Wenn die zuständigen Organisationen direkt die Personen beauftragt hätten und im direkten Kontakt gesagt hätten, dass sie die Listen erstellen, und nicht Zuversicht gegeben hätten, dass alles so läuft, wären viele Frauen nicht hier allein heute. Es sind derzeit 100 Frauen wie meine Wenigkeit. Es sind wahrscheinlich noch mehr als das; aber nur die 100, die ich hier vertrete, sind der Auffassung.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das führte zu Unstimmigkeiten bzw. teilweise Differenzen unter den Ortskräften, die hier sind, weil einige von denen, die gute Beziehungen zu ihren Chefs haben, haben dann sozusagen den Bonus, ihre Familien auf die Liste

zu setzen, bekommen, während andere eben dann nicht dazu gekommen sind, weil sie keine gute Beziehung bzw. keine Möglichkeit dieser Art hatten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Sehr viele von diesen Familien, die hier sind und deren Kinder volljährig sind und zurückgeblieben sind, hatten ganz minderwertige Tätigkeiten - - sozusagen als Fahrkraft einstellt bzw. als Koch oder als Guard. Die Kinder, die in dem gleichen Haushalt gelebt hatten mit ihnen und nicht verheiratet waren, sind zurückgeblieben, weil sie über 18 Jahre waren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Eine weitere Differenz, die man hier sieht: Bei sehr vielen Künstlern, Journalisten und anderen Berufen dieser Art, die eine bessere Lobby hatten, sind teilweise zwischen 13 bis 15 bis in einem Fall sogar 31 Mitglieder einer Familie hier eingereist, während bei Ortskräften eben, meistens Frauen oder auch alleinstehende Männer, die nur alleine reisen durften und ihre Familienmitglieder nicht mitnehmen durften.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Mehrheit von uns, auch meine Wenigkeit, haben des Öfteren versucht, unsere Büros zu kontaktieren und um Unterstützung zu bitten; aber es wurde definitiv abgelehnt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das große Problem, das im Widerspruch zu der Aussage der Außenministerin steht, ist, dass Familien getrennt worden sind. Viele von denen leben in verschiedenen Ländern.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dolmetscher 1: Zum Beispiel: Kinder, die volljährig waren und vor Ort zurückgeblieben sind, weil sie einfach Angst hatten wegen der Drohungen, haben das Land verlassen und sich in die Nachbarländer begeben, oder Familienmitglieder, die in Afghanistan sind und sich bedroht fühlen, mussten ihren Wohnort ständig wechseln und immer in Bewegung sein.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Als Beispiel: Der kleine Bruder eines unserer Mitglieder der Gruppe in der Provinz Faryab wurde im Fastenmonat von den Taliban abgeholt. Und sie verlangten von ihm den Schlüssel zum Aufmachen des Laptops. Sie wussten nicht, dass ein Laptop ein Passwort hat. So weit sind sie. Dieser Laptop gehörte der Schwester, und er sollte natürlich den Schlüssel denen übergeben. Darum haben sie das Kind ein paar Tage dort festgehalten.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Dieses Mädchen kenne ich sehr gut. Wir waren in der gleichen Klasse, haben zusammen studiert. Die Eltern dieses Mädchens sind bei einem Unfall vor Jahren ums Leben gekommen. Sie hat als Einzige die Familie versorgt und hat die Rolle der Eltern übernommen. Nun ist sie mit einem jüngeren Bruder hier in Deutschland, und die weiteren Familienmitglieder befinden sich in Afghanistan, in Faryab, und mussten ständig ihren Wohnort wechseln und stehen der Bedrohung entgegen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ferner sind auch sehr viele Familienmitglieder, die privat als Fahrer für irgendeinen gearbeitet haben, festgenommen worden allein aus dem Grund, weil einer bei einer Organisation gearbeitet hat und sie als private Fahrer mal ein paar Tage tätig waren. Solche Inhaftierungen sind an der Tagesordnung.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Viele Familienmitglieder vor Ort haben keine Tätigkeit mehr. Viele von den Mitgliedern unserer Gruppe mussten neben der Sprachschule, die sie hier besuchen, auch einer Tätigkeit nachgehen, damit sie ihre Familien vor Ort unterstützen, finanziell unterstützen. Es sieht sehr schlimm aus.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das kleine Kind eines unserer Mitglieder dieser Frauengruppe hier wurde immer von ihrer Großmutter gepflegt, weil die Mutter tagsüber gearbeitet hat. Und dieses Kind hat hier enorme psychische Probleme, weil das Kind immer seine Fingernägel kaut, und die Mutter hat dann festgestellt, dass das Kind immer nach der Großmutter, nach der Familie, nach dem Haus, wo sie gelebt haben, fragt. Es wäre schön, wenn alle zusammen wären.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der verheiratete Sohn eines weiteren Mitglieds unserer Gruppe lebt in Kabul. Er war privater Fahrer seiner Mutter. Nun sind die Taliban zu ihm nach Hause gekommen und haben ihn vor der Familie, vor allem vor den Kindern, dann zusammengeschlagen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Er wurde dann mitgenommen, wurde inhaftiert. In den paar Tagen, wo er inhaftiert war, hat er dann mitbekommen, dass die Taliban über die Tätigkeit seiner Mutter genauestens Bescheid wussten. Die wussten ganz genau, bei welchen Projekten die Mutter mitgewirkt hat.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ein weiterer Fall ist natürlich auch fragwürdig: Des Öfteren werden Häuser der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Familien der Ortskräfte durchsucht von den Taliban. In der gleichen Straße werden nur diese Häuser durchsucht von den Taliban, wo die dann sind, und die Häuser der Nachbarn nicht. Die Mitglieder der Familien werden dann inhaftiert. Man weiß inzwischen, dass die Taliban genauestens über die Ortskräfte Bescheid wissen, wo sie gearbeitet haben, was sie gemacht haben. Wenn man sich hier an das BMZ wendet, wird gesagt: Nee, die Familien sind nicht gefährdet. Das heißt, die Gefahr war nur für Sie, und Sie sind inzwischen hier.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Aber wir stehen täglich im direkten Kontakt mit unseren Familien und wissen, welche Gefahren für sie dort nach wie vor lauern. Wir sind der Auffassung, dass wir nicht gerettet worden sind, sondern dass wir hier sozusagen ein tägliches Sterben erfahren.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das waren Gründe bzw. Fälle, die ich hier vorgetragen habe. Falls ich irgendwas vergessen habe und Sie Fragen haben, werde ich jederzeit gerne Ihre Fragen beantworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Also, zunächst mal zum Verfahren: Es ist so, dass Fragen des Vorsitzenden gestellt werden und dann der Fraktionen nach Stärke. Und wenn Vorhalte aus Akten gemacht werden, dann kann Ihnen das vorgelegt werden, sodass Sie sich das angucken können.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, wir müssen mal für eine Sekunde die Sitzung unterbrechen; es gibt eine Unklarheit mit den Wahlen. Wir setzen das gleich fort.

(Unterbrechung von
15.01 bis 15.02 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir fahren wieder fort. Es gab eine kleine Unsicherheit darüber, ob alle Stimmzettel zusammen ausgegeben werden oder nicht; aber es ist wohl so.

Mein Vorschlag ist jetzt, da die Zeugin zwei Stunden und zehn Minuten vorgetragen hat, dass wir die Sitzung bis 16 Uhr unterbrechen. Dann können die Wahlen durchgeführt werden. Anschließend beginnen wir mit der Befragung. Die bezieht sich natürlich, weil Sie über sehr viele Dinge, verschiedene Sachen vorgetragen haben, auch auf verschiedene Sachverhalte. Das müssen wir versuchen nachher ein bisschen geordnet zu kriegen, sodass wir vorankommen.

Ich bedanke mich bei dem Dolmetscher, der hier große Arbeit geleistet hat, und unterbreche die Sitzung jetzt bis 16 Uhr.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

(Unterbrechung von
15.03 bis 16.09 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere Sitzung fort und würden jetzt mit der Befragung beginnen. Die ersten Fragen würde ich stellen, Frau Zeugin.

Sie haben ja zu sehr unterschiedlichen Sachverhalten vorgetragen. Ich würde zunächst beginnen mit Fragen zu Ihrer Tätigkeit in Afghanistan und würde dann im zweiten Teil Fragen stellen, inwiefern sich Ihre Schilderungen auf eigene Wahrnehmungen beziehen oder auf Wiedergaben aus der Gruppe, die Sie hier vertreten.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie zunächst fragen wollen: Können Sie uns beschreiben, wie Sie zur KfW gekommen sind? Wie verlief der Bewerbungsprozess? Und warum haben Sie den Job angenommen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Im Jahr 2018 habe ich im Internet eine Ausschreibung bezüglich eines Jobs, zunächst für eine Halbzzeitkraft, gesehen. Ich habe mich beworben, wie man sich normal bewirbt. Es gab ein Auswahlverfahren, und bei diesem Auswahlverfahren wurde ich dann, nachdem ich alle Fragen beantwortet habe, ausgewählt. Zunächst habe ich dann Halbzzeit angefangen, später dann Vollzeit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: In welchem Zeitraum waren Sie exakt tätig für die KfW, von wann bis wann?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Am 1. Oktober 2018 habe ich angefangen; beendet habe ich die Tätigkeit am 21. August 2021, als ich das Land verlassen habe. Damit hat sich auch der Vertrag annulliert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie uns mal ein bisschen schildern, wie so ein typischer Arbeitstag bei Ihnen ausgesehen hat, also woraus Ihre Tätigkeit bestanden hat und wie die Zusammenarbeit dort war? Wer waren Ihre Vorgesetzten? Mit wem haben Sie zusammengearbeitet?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Meine Aufgabe bestand darin, dass ich im Bereich der Verwaltung Tätigkeiten hatte. Ich hatte Dokumente dort geordnet, habe Sitzungen organisiert, Veranstaltungen, Konferenzen mitorganisiert, Dokumente übersetzt und Aufnahme der Projekte - diese sind aber online geschehen - - Wir hatten viele Projekte. Ich musste die sozusagen einordnen und aufnehmen, wo die sind. Und auch für unsere Kollegen habe ich die Reisen organisiert. Später, als unser

Supervisor das dann verlassen hat, hat sich mein Aufgabenbereich geändert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie sagen: „Dokumente übersetzt“, heißt das: zwischen welchen Sprachen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Dari-Englisch, Englisch-Dari wurde übersetzt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und wer waren da Ihre Vorgesetzten, oder mit wem haben Sie zusammengearbeitet?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Wie ich sagte: In Masar* arbeiteten wir zu dritt. Dort hatten wir einen Supervisor, der hieß Mirveiz* Hamnawa (?), und eine weitere Person war unser Kraftfahrer. Aber in Kabul war das anders.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben sich ja in Ihrem Statement, wenn ich das richtig gehört habe - ich bitte Sie um Nachsicht, wenn manche Frage auch Dinge wiederholt, die Sie ausgeführt haben, aber die man versuchen muss zuzuordnen - - Sie haben sich ja sehr unterschiedlich geäußert über die KfW, Ihren Arbeitgeber sozusagen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Deswegen würde mich interessieren: Wie blicken Sie auf Ihre Tätigkeit dort zurück? War das eine zufriedenstellende Tätigkeit? Waren Sie mit den Arbeitsbedingungen und der Zusammenarbeit dort zufrieden? Und hat sich das geändert? Oder bezog sich Ihr Urteil hauptsächlich auf die Frage der Ausreisemöglichkeiten und das, was danach geschehen ist?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Dass ich dort gearbeitet habe für Afghanistan - - In Afghanistan gab es im Rahmen der KfW viele Projekte, die unserem Land dienten. Für die Menschen, die wirklich vieles benötigt hatten, wurden Schulen gebaut, wurden Straßen gebaut, wurden Universitäten gebaut. Und das Ganze war natürlich zugunsten meines Landes, Afghanistan. Darüber bin ich sehr froh, dass ich ein bisschen da mitbewirkt habe und auch ein Teil dieser ganzen Aktivitäten war. Diese Tätigkeit hätte ich auch in einer anderen Organisation wahrnehmen können; aber ich habe mich für die KfW seinerzeit entschieden. Ich bin derzeit nicht zufrieden mit der KfW, weil sie ignorieren, dass ich überhaupt eine Mitarbeiterin von denen war, und man das Gefühl bekommt, dass man überhaupt keinerlei Bedeutung für sie hatte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kannten Sie die Vorgesetzten der KfW in Frankfurt, von denen Sie gesprochen hatten in Ihrem Bericht, persönlich? Sie haben ja mit denen dann kommuniziert, verschiedentlich dann von Telefonaten berichtet und von Mails. Kannten Sie die persönlich?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ja, früher, als die Situation normal war in Afghanistan, hatten wir jede Woche eine Sitzung mit unserem Leiter gehabt; aber auch mit dem Oberleiter sozusagen, dem Vorgesetzten meines Vorgesetzten, hatten wir alle drei Monate dann Onlinegespräche* geführt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben uns die Umstände geschildert; aber wenn Sie vielleicht noch mal zusammenfassend sagen würden: Warum sind Sie im Juni 2021 nach Kabul umgezogen? Und warum war dieser Schritt aus Ihrer Sicht notwendig?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Noch mal kurz zu Ihrer vorherigen Frage: Meinen Vorgesetzten habe ich bei den Reisen, die ich ja dreimal im Jahr hatte - in verschiedenen Orten hatten wir Reisen gehabt -, dort habe ich ihn ... (akustisch unverständlich) gesehen.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Im Juni war ich deswegen nach Kabul gereist, weil die Sicherheitssituation in **Masar*sich** dramatisch verschlechtert hat, sodass man davon ausging: Falls Masar* fällt bzw. das Land, das ganze System zusammenfallen würde, dann sind wir in Kabul. Denn von **Masar*würden** keine internationalen Flüge mehr stattfinden, sondern eher von Kabul. Von dort konnte man viel einfacher das Land verlassen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist ein deutsches Unternehmen. Wie offen sind Sie damit umgegangen, dass Sie für die KfW gearbeitet haben? Und wie hat Ihr Umfeld darauf reagiert? Also: Ist das positiv aufgenommen worden, oder hat das irgendeine Bedeutung gehabt jenseits dessen, was Sie eben über die Inhalte gesagt haben, warum Sie die Tätigkeit gemacht haben?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Insgesamt hatte meine Familie zu meiner Tätigkeit bei den ausländischen Organisationen nichts dagegen gehabt, dass ich da arbeiten werde. Aber sie hatten auch keine Meinung dazu gehabt. Das war meine eigene Wahl und Auswahl, dass ich dort gearbeitet habe. Aber aus der gesellschaftlichen Perspektive gesehen ist es so, dass die KfW, die zweite große deutsche Organisation, eine der bekanntesten im Land oder auch weltweit ist. Und dort zu arbeiten, hatte natürlich Prestige. Viele andere hatten sich auch ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

wünscht, dort zu arbeiten. Für mich war es natürlich gesellschaftlich gesehen sehr gut, stand ich ganz gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie sich in der Zeit Ihrer Anstellung bei der KfW in Afghanistan bedroht gefühlt? Und gab es Veränderungen, was Ihr persönliches Sicherheitsempfinden anging, für Sie und Ihre Familie in der Zeit, als Sie dort beschäftigt waren?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Bevor die Sicherheitssituation sich verschlechterte: Allein dadurch, dass ich bei einer internationalen Organisation tätig war, dachten sehr viele Menschen, dass ich sehr viel verdiene, dass man bei solchen Organisationen grundsätzlich viel verdient. Auch da bestand die Gefahr der Entführung der Familienmitglieder oder der eigenen Person.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun hatten Sie ja auch vorhin beschrieben, dass die Situation sich verschlechterte, was die Sicherheitsbedingungen angeht. Es war auch klar, dass die Amerikaner abziehen und dass irgendwann auch die Bundeswehr vielleicht würde abziehen müssen. Hatten Sie für sich einen Plan, wie das für Sie beruflich weitergehen könnte nach dem Abzug der Bundeswehr?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Niemals hatte ich mir vorstellen können, dass Afghanistan in die Hände der Taliban fallen würde, dass das System zusammenbrechen würde. Auch bei den Beratungen mit den Familienmitgliedern und Freunden: Niemand konnte sich vorstellen, dass eines Tages das staatliche System zusammenbricht. Als wir das Gefühl hatten, dass die Situation sich verschlechterte, hatten wir mehrfach bei unserem Arbeitgeber gefragt und beantragt, dass sie uns

aus dem Land evakuieren. Diese Anträge wurden abgelehnt mit der Begründung, dass die Situation so bleibt, dass wir viele Projekte hier haben, dass alles so normal bleibt, dass wir dort weiterarbeiten. Und ich muss sagen, dass ich mir nie darüber Gedanken gemacht habe, dass das eines Tages anders sein würde. Das war zu bedauern, dass ich mir überhaupt nicht mehr vorstellen konnte, dass ich einer anderen Tätigkeit nachgehen müsste in Zukunft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das verstehe ich jetzt nicht hundertprozentig. Sie sagen, auf der einen Seite konnten Sie sich gar nicht vorstellen, dass das Land an die Taliban fällt, und auf der anderen Seite deckte sich die Einschätzung, die Sie von Ihrem Arbeitgeber bekommen haben, ja damit, weil die gesagt haben: Die Lage - also wenn ich das jetzt richtig verstanden habe - ist eigentlich stabil, wir wollen unsere Projekte da weiterentwickeln. - Habe ich das richtig verstanden?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das ist richtig. Ich dachte niemals, dass Afghanistan eines Tages komplett in sich zusammenbrechen würde; denn wir waren fest davon überzeugt, dass, wenn die internationale Gemeinschaft so viel in dieses Land investiert hat, sie nicht so schnell aufgeben wird. Denn man hat unheimlich viel erreicht. Und einfach so alles in die Hände der Taliban zu geben, das konnte ich mir nicht vorstellen. Ich glaubte das auch nicht. Wenn jemand darüber geredet hat, hatten wir immer gesagt: Das ist eine Lüge, das kann man einfach nicht, das ist einfach unvorstellbar. - Unser Büro hat bis zum letzten Tag, als wir wirklich in der Tat Afghanistan verlassen mussten, in den letzten Tagen vor dem Sturz der Regierung immer gesagt und betont, dass die Projekte weiterlaufen, dass wir noch weiterarbeiten würden, dass das Büro dableiben wird und dass wir nicht das Land verlassen werden. Erst nach dem Sturz der Regierung hat man dann beschlossen, uns rauszuholen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das führt mich zu einer weiteren Nachfrage. Für wie stabil haben Sie denn die Regierung in Afghanistan gehalten und die afghanischen Streitkräfte?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan war die Situation nicht normal. Man hat immer mitbekommen, dass Distrikte, einer nach dem anderen, gefallen sind, dass die Taliban sogar weit entfernte Provinzen eingenommen haben. Aber solche Ereignisse hatten wir in der Vergangenheit des Öfteren gesehen, dass etliche Distrikte gefallen sind oder auch eine Provinz. Aber dann hat die Regierung sie noch mal zurückerobert. Und unsere Vorstellung oder Erwartung war auch, dass die Regierung wieder in der Lage ist, dort zu kämpfen und die Taliban zu vertreiben, dass sich die Taliban wieder in den Bergen verschanzen und dass die Regierung an der Macht bleibt. Da muss ich leider sagen: Das war eine falsche Erwartung und falsche Vorstellung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde jetzt gerne zu den Umständen von Evakuierung und Flucht kommen, aber bei Ihnen, Ihren persönlichen Umständen bleiben und noch mal nachfragen: Ab welchem Zeitpunkt haben Sie sich damit beschäftigt, das Land zu verlassen und nach Deutschland zu kommen? Und mit wem, also mit welchen deutschen Stellen und mit wem, haben Sie über das Ortskräfteverfahren gesprochen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Einmal im Juni des gleichen Jahres, als die Situation vor Ort in Masar* sich verschlechterte, hatte ich das Gefühl gehabt, dass ich dort nicht mehr weiterleben kann. Allerdings: Als mir später in Kabul von unseren Sicherheitspersonen gesagt wurde, dass ich wieder zurück

nach Masar* gehen kann, habe ich mich gefreut und war - -

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, wir kriegen keine neuen Informationen hier. Alle haben das vollzogen, was jetzt hier gerade beschrieben wird. Wir warten trotzdem einen Moment, weil wir Sie ansonsten nicht verstehen. Aber niemand muss sich sorgen; alle Pflichten sind erfüllt. - Fahren Sie bitte fort.

Dolmetscher 1: Okay. - Als sie wieder nach Masar* zurückkehrte, nachdem ihr von dem Sicherheitspersonal gesagt wurde, dass wir - - hatte ich ja große Hoffnungen gehabt und habe aber erst am 9. August, als ich dann wieder angerufen wurde, dass ich mich sofort nach Kabul begeben - das war am 13., und danach, am 13. und 14., ist Masar* gefallen - - da habe ich jegliche Hoffnung aufgegeben und wusste, dass ich nicht mehr in Afghanistan bleiben kann und leben kann, und versuchte, jede Gelegenheit, die mir angeboten wird, wahrzunehmen, um das Land zu verlassen, damit keine Gefahr für meine Familie besteht, wenn ich dort weiter bleibe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe jetzt noch nicht verstanden, von wem Sie angerufen worden sind bzw. mit wem Sie darüber gesprochen haben, über dieses Verfahren und die Dinge, die Sie uns auch geschildert haben.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Unser Büro hat selber entschieden und beschlossen. Wir sind an diesem Prozess nicht beteiligt gewesen, zu keinem Zeitpunkt. Es wurde nur zunächst einmal angeboten, dass wir erst mal nach Usbekistan evakuiert werden. Aber als das nicht klappte, hat man uns dann gesagt, wir sollten uns zu diesem Militärcamp begeben. In den ersten vorläufigen Sitzungen wurde immer von „Drittland“ gesprochen; aber im Endeffekt haben sie selber die Liste angefertigt und



Nur zur dienstlichen Verwendung

uns nur gesagt, dass wir nach Deutschland gebracht werden. Es war auch mal die Rede von einem Charterflug direkt nach Deutschland. Allerdings hat es auch dann nicht geklappt, und im Endeffekt sind wir mit einem Militärflugzeug abgeholt worden und zunächst einmal nach Usbekistan und von dort mit Lufthansa nach Deutschland geflogen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Verzeihen Sie, wenn ich nachfrage; aber Sie haben gesagt: Hat *man* uns gesagt. - Könnten Sie das ein bisschen präzisieren, wer Ihnen das gesagt hat? Oder von wem reden wir hier? Mit wem wurde über die Frage kommuniziert? Sie sagen, das Büro hat für sich die Entscheidung getroffen, so damit umzugehen. Aber mit wem wurde da über die Frage kommuniziert, wie Sie aus dem Land herauskommen? Und wer hat Ihnen die Auskünfte gegeben?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der Leiter des Büros Afghanistan hieß Ronald Steyer; der hat uns dann immer über den Prozess aufgeklärt. Und wir sollten dann unseren weiteren Lokalbeschäftigten Bescheid sagen. Das heißt, einer von uns hat die Verantwortung übernommen, die anderen darüber aufzuklären, weil entweder wurde per Skype geschrieben, was wir unternehmen sollten - - Aber ansonsten hatten wir ab und zu mit ihm auch dann Kontakt, direkt Sitzungen gehabt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Manchmal war Christine Heimburger - das ist die zuständige Person für Afghanistan, Pakistan und Irak - bei den Sitzungen mit dabei; meistens war es nur der eine, Ronald.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber das sind sozusagen alles Leute innerhalb der KfW, verstehe ich das so richtig? Oder hatten Sie auch Kontakt zur deutschen Botschaft in Kabul oder zu anderen deutschen Stellen? Und haben Sie von denen Papiere bekommen, oder hat man

Ihnen mitgeteilt, welche Papiere Sie brauchen? Gab es da Kontakte zu anderen deutschen Stellen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In der Tat sind die beiden nur Mitarbeiter der KfW Frankfurt. Mit anderen Stellen hatten wir überhaupt keinerlei Kontakt. Die Kontakte waren so eingeschränkt und zugeschnitten auf diese Personen. Vor diesem Evakuierungsprozess hatte unser Kraftfahrer Probleme mit den Taliban gehabt; ihm wurde gedroht. Und deswegen wurde ich beauftragt, das Ortskräfteverfahren für ihn, weil er Analphabet war, zu leiten. Aber dazu kam es nicht; denn später wurden wir alle evakuiert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben uns ja in verständlicher Weise sozusagen auch Ihre ganzen Bedrängnisse geschildert und haben es auch sehr ausführlich geschildert, wie es Ihnen persönlich ergangen ist. Kann man unterm Strich sagen, dass eigentlich seit Juni 2021 für Sie und Ihre Familie die Situation sich zunehmend verschlechtert hat und eigentlich keine Perspektive mehr da war, außer zu versuchen, mit der Familie das Land zu verlassen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Im Juni hatte ich zwar Ängste gehabt, aber noch nicht das Gefühl, dass ich nicht mehr in Afghanistan weiterleben kann. Als dann später die Stadt Masar* gefallen ist - das war am 14. August 2021 -, da hatte ich dann das Gefühl, dass es nicht mehr geht. Aber davor hatte ich immer das Gefühl gehabt, weil ich dachte, dass ich zwar in Kabul bin, aber es sein kann, dass die Situation sich normalisiert und dass ich wieder zurückkehre - - Und erst dann in der Nacht vom 14., als Masar* gefallen ist, war endgültig für mich klar, dass dort nicht mehr zu leben ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie den Prozess sich vor Augen halten von der Situation, dass Sie das Land verlassen wollten, bis zu dem Punkt, dass Sie ausgereist sind: Wer, würden Sie sagen, wenn Sie das jetzt zusammenfassend beurteilen, hat Ihnen dabei geholfen? Und von wem hätten Sie sich Hilfe erwartet, und sie ist nicht gekommen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Da ich über drei Jahre bei der KfW beschäftigt war, habe ich nur die Erwartung an die KfW gehabt, mir zu helfen. Obwohl ich früher bei USAID gearbeitet habe - aber ich hatte keinen Kontakt mehr zu denen gehabt -, war für mich die einzige Ansprechstelle natürlich die KfW. Ich hatte, als ich dann dort mehrfach gefragt habe, sogar vor dem Sturz, dass auf die Liste der Evakuierung auch die Familienmitglieder von mir aufgenommen werden - - wurde es abgelehnt, wurde mir definitiv gesagt, dass ich selber volljährig bin, über 18 Jahre alt bin und man nicht die Familie auf die Liste setzen kann.

In letzter Zeit war es so, dass ich zwar vorbeugend versuchte, ein Indien-Visum zu bekommen; aber es war eben nicht möglich. Deswegen habe ich ein Pakistan-Visum beantragt und das auch gehabt. Es war einfach für den Notfall, falls irgendwas passiert, dass ich das Land verlassen und mich woanders hinbegeben kann, damit mir und der Familie nicht was passiert. Ich habe das Visum für Pakistan gehabt; aber ich habe davon nicht Gebrauch gemacht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt haben Sie den einen Teil der Frage beantwortet, wer Ihnen nicht geholfen hat und welche Erwartungen Sie hatten. Aber ich würde Sie gern auch noch fragen wollen, wer Sie unterstützt hat bei dem, was dann letztlich dazu geführt hat, dass Sie über Usbekistan nach Frankfurt ausgereist sind. Wer hat Sie dabei unterstützt? Gibt es jemanden, der Sie dabei unterstützt hat?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Wir sind nicht nach Usbekistan gegangen. Das war eine Entscheidung der KfW, was nicht umgesetzt wurde. Es war so, dass wir mit Unterstützung der KfW Visa beantragt haben, und es war vorgesehen, dass wir - - Auch die Flugtickets zu kaufen, wurde für uns sozusagen entschieden. Aber wir sind nicht nach Usbekistan gegangen, auch wenn man vorhatte, dort für uns auch die Kosten der Wohnung und die Lebenshaltungskosten zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich meinte auch: Sie sind ja über Taschkent ausgereist; so haben Sie das ja beschrieben.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zu dem Zeitpunkt sind wir nach Taschkent geflogen, nach Usbekistan, als wir dann evakuiert wurden, als die Regierung in Afghanistan zusammenbrach. Wer der Haupt- oder Gesamtkoordinator dieses Fluges war, das weiß ich nicht. Wir wurden von der KfW auf die Liste gesetzt. Und es waren auch andere von anderen Organisationen bei dem Flug dorthin mit dabei. Aber unser Flug wurde mit Unterstützung von der KfW organisiert. Das Sicherheitspersonal wurde von dem Büro RRR (?) - - Das ist ein Sicherheitsunternehmen, mit dem die KfW seit Jahren zusammenarbeitet im Bereich der Sicherheit.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da ich gleich noch zu ein paar Fragen kommen möchte, die ich auf den zweiten Teil Ihrer Ausführungen bezogen habe, will ich aber zunächst mal fragen: Sie haben uns ja die sehr dramatischen Umstände Ihrer Ausreise und die belastenden Umstände geschildert. Ich gehe davon aus, dass das alles Ihre persönlichen Wahrnehmungen gewesen sind. Mit wem sind Sie dann zusammen geflogen? Also wer ist da mit gewesen bei den Flügen nach Taschkent und zurück nach Frankfurt? Waren das dann Kolleginnen und Kollegen von Ihnen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Sie von der KfW kannten? Oder mit wem sind Sie geflogen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin Amena Rahemy: Yes, we were 17 colleagues from KfW Masar* and Kabul in this list with their family members.

(RAn Alexandra Pfeiffer:
You're speaking English!)

- Sorry!

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Man hat es ein bisschen besser verstanden; aber wir wollen hier nicht Ihre Dolmetscher arbeitslos machen. - Bitte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Insgesamt waren wir 17 Personen, aber drei unserer Kollegen und ihre Familien konnten es nicht schaffen, in den Flughafen, in den Militärbereich zu kommen. 14 weitere Kollegen, mit mir 14, also 13 weitere und meine Wenigkeit und deren Familien - - sind wir dann zusammen gereist. Es gibt auch weitere Informationen diesbezüglich; aber ich möchte sie nicht hier öffentlich bekannt geben. Alle waren mit dabei. Es waren aus unserer Partnerorganisation einige Personen, die ich ja namentlich aus dem Mailverkehr kannte; aber persönlich habe ich die noch nicht gesehen gehabt. Die waren auch bei dieser Reise mit dabei.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde noch einen kleinen Moment bei Ihrer Familie bleiben. Wenn Sie uns noch mal sagen könnten, was Sie unternommen haben, jenseits Ihrer eigenen Ausreise, um Ihre Familie evakuieren zu lassen, welche Erwartungen Sie eigentlich hatten, was die deutschen Behörden angeht, und inwiefern damit umgegangen worden ist. Wenn Sie uns das noch mal schildern könnten, bitte.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Außer meinem Antrag in Afghanistan bei der KfW und einmal hier bei der KfW, die beide Male dann abgelehnt worden sind, habe ich im September mit Unterstützung eines Parlamentsabgeordneten einen weiteren Antrag beim BMZ gestellt für die Evakuierung meiner Familie; er wurde dann abgelehnt. In Bremen habe ich mich mit Rechtsanwälten - wahrscheinliche ein Verein der Rechtsanwälte - getroffen, und sie haben mir dann auch gesagt, dass der Aufenthaltsstatus, den ich besitze, mir nicht erlaubt, meine Familie nach Deutschland einzuladen. Und arbeitsmäßig bin ich sozusagen auch nicht in der Lage, auch die anderen Voraussetzungen zu erfüllen.

Dann habe ich weiter mit vielen Abgeordneten des Parlamentes Kontakt aufgenommen, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der AWO, Pro Asyl und weiteren Institutionen. Alle sagten, es gibt keine bestimmte gesetzliche, rechtliche Voraussetzung dafür, dass man die Familie hier nach Deutschland bringen würde. Man hat mir geraten: Nur Politiker können eventuell etwas tun. Es gibt entweder die Möglichkeit, dass man eine Gesetzesänderung sozusagen vom Gesetzgeber her vorschlägt, oder es gibt Ausnahmen, von denen man in diesem Falle vielleicht auch Gebrauch machen kann.

Die Abgeordneten des Parlamentes, mit denen ich Kontakt aufgenommen habe, haben mir geraten und mich unterstützt und ermutigt, mit der Arbeit bei dieser Gruppe, die wir jetzt gegründet haben - - Und es wurde mir gesagt: Es ist gut. Machen Sie weiter! Vielleicht wird es eines Tages so weit sein, dass man wirklich Ihren Appell und Ihre Not versteht und Ihnen hilft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber die Bescheide, auf die Sie hier Bezug nehmen, bezogen auf Ihren Antrag beim BMZ, beziehen sich auf Ihre Geschwister und Ihre Eltern, wenn ich das richtig verstanden habe, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Im September dieses Jahres habe ich einen Antrag auf Evakuierung bzw. Zusammenführung der Familie gestellt für meine Geschwister, also Schwestern und Brüder, die nicht verheiratet sind, und meine Eltern. Ich bekam ein Formular, das ich ausgefüllt habe. Zwei Schwestern von mir sind verheiratet. Deren Ehemänner sind auch gefährdet, wie ich es zum Fall des Distrikts Balkhab, wo es mal Kämpfe gegeben hat, vorhin geschildert habe. In diesem Formular habe ich im zweiten Bereich etwas gesehen, das andere Familienmitglieder betrifft. Dort habe ich dann die Namen meiner beiden verheirateten Schwestern sowie meiner Großeltern eingetragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben vorhin gesagt, dass es ab einem gewissen Zeitpunkt keinerlei Rückmeldung mehr auf Ihre Mails oder auf Ihre Versuche, mit der KfW zu kommunizieren, gab. Bezieht sich das jetzt auch auf die Rückkehr nach Deutschland? Das heißt, haben Sie - - Nicht „Rückkehr“: Bezieht sich das auch auf Ihre Ausreise nach Deutschland? Haben Sie also von der KfW, seitdem Sie in Deutschland sind, auch keine Unterstützung mehr bekommen, ist das korrekt?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es ist nach wie vor so gewesen. Aber als der Antrag vom BMZ dieses Jahr abgelehnt wurde, bekam ich eine Nachricht von der KfW. Die KfW-Leiterin Christine Heimbürger hat mir geschrieben, dass das BMZ ihr geschrieben hätte, mich zu informieren, dass mein Antrag abgelehnt worden ist. Das war nach sehr langer Zeit, als ich dann von ihr was mitbekommen habe. Ich habe allerdings diesbezüglich noch weitere Fragen an sie per Mail gestellt. Und es war lange Zeit Stillstand; gestern bekam ich die Antwort auf meine E-Mail.

Es gab aber einen weiteren Kontakt. Am 21. Juli gab es eine Abschiedsfeier für alle ehemaligen Mitarbeiter der KfW in Frankfurt. Dort gab es einen zeremoniellen Teil und einen offiziellen Teil. Bei dem offiziellen Teil habe ich noch mal mit der KfW, mit dem Leiter der KfW gesprochen und habe dem gesagt, dass ich seit Januar mit vielen anderen Aktivitäten jetzt sozusagen angefangen habe und dass wir noch weiter nicht ruhig sitzen und dass wir, bevor wir etwas nicht erreicht haben - - Ich möchte Sie im Voraus informieren: Falls Sie uns unterstützen können, dann sollen Sie es einfach mal sagen. Ansonsten: Wenn das - - Unsere Arbeit, die wir jetzt angefangen haben, wird irgendwann mal auch in die Presse hineingehen, und es kann sein, dass es für Sie unangenehm wird. Nur: Ich möchte Sie als ehemaliger Mitarbeiter darüber informieren, was wir jetzt vorhaben, nicht dass Sie nachher sich beschweren, warum ich nicht mit Ihnen Kontakt aufgenommen habe. - Es wurde mir gesagt, dass mit der Sache sozusagen jetzt Schluss ist; für sie ist es einfach beendet. Ich sollte auch keine Fragen über die Personen, deren Familienmitglieder, wie viele auch immer auf der Liste gewesen sind und dann jetzt herausgebracht worden sind, stellen, und wer die sind, auch nicht; insofern ist es für uns erledigt.

Das waren sozusagen diese zwei Male: Dass ich jetzt einmal per Mail über die Ablehnung Bescheid bekommen habe, und das andere war am 21. Juli bei der Abschiedsfeier, dass ich mit der KfW in Kontakt war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz kommen auf die Schilderungen, die Sie im Wesentlichen im letzten Teil Ihrer Darstellung uns hier gegeben haben. Ich habe das so verstanden, dass das, was Sie uns dargelegt haben, im Wesentlichen die Beiträge der Gruppe, die Sie vertreten, also von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen in ähnlicher Situation, gewesen sind, also alles, was Sie da über Listen, wie die zustande gekommen sind, welche Umstände da eine Rolle gespielt haben - - dass das alles nicht Ihre eigenen Wahrnehmungen sind, sondern dass Sie uns hier vorgetragen haben, was Sie von anderen diesbezüglich gehört haben. So habe ich das hier verstanden. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

würde Sie gern fragen wollen, ob ich das richtig verstanden habe.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es ist genau so. Im zweiten Bereich meiner Ausführungen habe ich extra darauf hingewiesen, dass alles, was ich ab jetzt sage, nicht meine persönliche Sichtweise und Erlebnisse sind, sondern das betrifft diese Gruppe, die wir gegründet haben. Es sind zum größten Teil alles Frauen. Viele haben die gleichen oder ähnliche Schicksale hinter sich. Und das größte Problem von vielen ist, dass sie überhaupt nicht mal wissen, welche Aktennummer sie hatten, wie sie dann sozusagen hier anerkannt worden sind; insgesamt sind es über hundert Frauen. Das war der zweite Teil meiner Schilderungen hier. Alle diese Menschen, von denen ich hier sozusagen ein bisschen erzählt habe, haben mir per Mail mitgeteilt über ihre Schicksale, über den Prozess der Aufnahme in die Listen, die man gemacht hat, und welche Ereignisse sie selber sozusagen mit eigenen Augen gesehen und erlebt haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann habe ich dazu eine abschließende Frage. Sie haben - ich habe es mir aufgeschrieben - gesagt, dass es die Situation gegeben hat, dass gesagt worden ist: „Entweder du fliegst alleine mit oder gar nicht“, auch was Mitglieder von Kernfamilien betrifft; so habe ich das verstanden. Ist das bei Ihnen persönlich so gewesen, oder bezog sich das auch darauf, was Ihnen andere aus der Gruppe geschildert haben?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In der Tat wurde mir auch dann damit gedroht, dass, wenn ich weiter darauf bestehe, dass alle Familienmitglieder mitkommen, ich auch aus der Liste gestrichen werde. Einen Teil dessen möchte ich - das habe ich am Anfang

diesbezüglich gesagt - - Wenn Sie unter vier Augen sprechen möchten, kann ich es Ihnen erzählen; aber so möchte ich es öffentlich nicht darstellen. Wir waren 17 Personen, 17 Kollegen, zwei Frauen und weitere Männer. In fast allen Sitzungen wurde immer darauf hingewiesen, dass, wenn wir wirklich darauf bestehen, wir aus der Liste gestrichen werden. Meine Kollegin, die auch in Bremen lebt, hat es geschafft - - seine Eltern und die Geschwister, die volljährig sind, im Endeffekt auch noch auf die Liste zu setzen und rauszuholen. Das ist meine eigene Erfahrung.

Aber das, was ich hier geschildert habe, ist die Erfahrung vieler Frauen, die bei dieser Gruppe mitmachen. Bei fast allen ist es ja das gleiche Schicksal, dass denen gedroht wurde, selbst als Familie, wenn man gesagt hat: Okay, ihr könnt alle schon, aber dein Sohn eben nicht, weil er volljährig ist. - Und viele von denen haben ihre Kinder in Afghanistan zurücklassen müssen, obwohl sie nicht verheiratet waren und im gleichen Haushalt mit den Eltern zusammengelebt haben. Das sind die Erfahrungen der meisten Mitglieder dieser Gruppe, die ich hier geschildert habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will Sie in keiner Weise zu persönlichen Details nötigen, sondern mich interessieren nur, ob das bei Ihnen auch der Fall gewesen ist. - Ich darf mich herzlich für meinen Teil bedanken, dass Sie die Fragen beantwortet und ja auch schwierige Dinge hier dargestellt haben; danke auch den Dolmetschern. - Und das Fragerecht geht an die Union.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 2: Darf ich zwei Dinge ansprechen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie dürfen. Das Antwortrecht besteht unabhängig vom Fragerecht. Bitte, Sie dürfen gern noch was hinzufügen, wenn Sie möchten. - Bitte schön.

Dolmetscher 2: Ja. Das war ihre Frage. Sie wollte gerne zwei Dinge ansprechen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, bitte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe vorhin gesagt, dass meine andere Kollegin es geschafft hat, ihre Familie, Eltern und Geschwister, mit nach Deutschland zu bringen. Als unser Büro uns vor die Wahl stellte, wenn wir weiter drauf bestehen, dann würde man auf jeden Fall uns auch aus der Liste streichen, haben wir uns beraten, und meine Kollegin sagte, sie ist verlobt. Der Verlobte lebt in Schweden, und für sie ist es keine Schwierigkeit. Insofern wenn es wirklich auch abgelehnt wird, dass es einen anderen Ausweg gibt, das Land zu verlassen, wie auch immer. Jedenfalls - - Aber ich hatte das nicht, und sie sagte, gut, dann wird sie das versuchen. Falls sie dann aus der Liste gestrichen wird, ist halb so schlimm; aber sie hat mir geraten, das nicht zu tun, denn ich habe keine andere Möglichkeit und Chance. So hat sie dann darauf bestanden: „Entweder alle oder keine“, und die KfW hat im Endeffekt doch die gesamte Familie außer Landes gebracht. Und von daher sozusagen hat man festgestellt, dass auch diese Möglichkeit bestanden hat in dem anderen Fall. In meinem Falle war das eben nicht. Das wollte ich nur schildern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie hatten noch eine zweite Bemerkung. - Bitte.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das Zweite, was wirklich mir in der Tat Bauchschmerzen bereitet, ist einfach so: Als ich im September mit Ronald Kontakt aufgenommen habe, sagte er, dass dieser Prozess abgeschlossen ist, und die Regel ist ja so, dass, wenn deine Eltern und Familienangehörige wollen, sie regulär Visa beantragen und hierherkommen können. Das ist natürlich nicht so einfach. Das kann man nicht.

Aber am 21. Juli dieses Jahres in Frankfurt bei dieser Abschiedsfeier saß ich neben Christine Heimburger, und beim Mittagessen, da haben wir

drüber gesprochen: Einer von unseren drei Kollegen, der in Afghanistan zurückgeblieben war, konnte später seine Schwester und Mutter dann auf die Liste setzen und rausholen. Denn ich ging davon aus, dass, weil er deutscher Staatsbürger ist, für ihn es ja ganz einfach ist. Er hatte wahrscheinlich über das Auswärtige Amt das Ganze organisiert, und so konnten sie kommen. So habe ich es bei dem Gespräch der Frau Christine Heimburger mitgeteilt und gesagt, dass mein Kollege Jamal es in der Tat geschafft hat, seine Mutter und die Schwestern außer Landes zu bringen. Regulär hätte das ein bisschen lange gedauert. Und sie sagte mir aber: Definitiv nein, das ist nicht so; die Familie war schon von Anfang an auf der Liste. - Das heißt, die Mutter und die Schwestern waren schon auf der Liste. Das hat mir in der Tat sehr viel wehgetan, weil ich davon ausging: Das ist sozusagen unterschiedliche Behandlung der gleichen Menschen, die bei der gleichen Organisation gearbeitet haben, mir gegenüber und ihm gegenüber.

Ich freue mich natürlich, dass die Eltern von dem gekommen sind. Das heißt, die Geschwister von ihm und seine Schwester [sic!] und seine Mutter. Jeder, der kommt - - Und wenn die Familien zusammen sind, ist es ein Grund zur Freude. Aber nur traurig war ich deswegen, weil man hier nicht die gleiche Behandlung vorgenommen hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann geht jetzt das Fragerecht an den Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Rahemy, Sie haben es vorhin selbst angesprochen: Bevor Sie für die KfW tätig waren, waren Sie für die USAID tätig. Meine Frage ist jetzt - nach unseren Unterlagen haben Sie erstmalig im Juni 2021 eine Gefährdungsanzeige wegen der verschlechterten Sicherheitslage in Masar-i-Scharif gestellt -: Sind Sie vor diesem Zeitpunkt, also vor Juni 2021, in irgendeiner Weise persönlich Anfeindungen, Drohungen oder Nachstellungen ausgesetzt gewesen? Gab es Gefahren für Sie? Insbesondere durch die Taliban.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Vor dem Juni 21, als unser Supervisor zum ersten Mal von den Taliban eine Drohung erhalten hat, hat die KfW schnell beschlossen - - Im Rahmen der Ortskräfteverfahren wurde er erst mal nach Taschkent geschickt, damit er sicher ist dort. Das Verfahren hat fast sechs Monate gedauert, bis er dann nach Deutschland gekommen ist. Ich war ein bisschen besorgt darüber, weil ich war sozusagen nach ihm - wir waren zu dritt in Masar* - die zweite Person sozusagen dort. Nachdem er dann gegangen ist, habe ich seine Aufgaben auch wahrgenommen, und ein Teil seiner Aufgaben war natürlich, gepanzerte Fahrzeuge an die Partnerunternehmen, Partnerorganisationen zu geben bzw., wenn die Arbeit dann zu Ende war, wieder das zurückzuholen. Das war natürlich nicht einfach, weil in diesen Organisationen haben auch andere Personen gearbeitet, von denen man nicht weiß, ob wirklich der eine oder andere doch mit den Taliban zusammenarbeitet und etwas weiter berichtet.

Als dann unser Fahrer, Kraftfahrer, von den Taliban bedroht wurde - ihm wurde gesagt, er sollte auf jeden Fall ein paar Fahrzeuge den Taliban ausliefern und nicht mit den Ungläubigen zusammenarbeiten, aber auch Motorräder sollte man den Taliban geben, und er sollte sich den Taliban anschließen -, da wurde ich ein bisschen in meinem Glauben sicherer, dass es für mich wahrscheinlich doch gefährlich sein kann, denn die Angst war doch größer.

Als ich aber am 7. Juli, nachdem ich aus Kabul wieder zurück nach Masar* gegangen bin, hatte ich doch Ängste gehabt. Ich war sehr besorgt. Ich hatte selber ein eigenes Fahrzeug. Ich fuhr mit meinem Kraftfahrzeug nicht mehr, sondern ich habe mit dem Taxi immer überall mich bewegt. Ich habe dann auch, was das normale Aussehen anbetraf, alles verändert, indem ich ein langes schwarzes Kleid, Tracht, angezogen habe, mit schwarzem Schleier, versucht, eine Maske mit dem Vorwand Corona zu tragen, und eine dunkle Brille. So bin ich dann auch mit dem Taxi nicht die gleiche Strecke hin- und zurückgefahren, um

einfach nicht aufzufallen, sondern habe unterschiedliche Routen immer gewählt.

Also, für mich war es natürlich in der Tat schwieriger, wenn ich davon ausgehe, dass alle beiden anderen dann bedroht worden waren und dass ich diese Tätigkeit ausgeübt habe, sozusagen die Aufgaben meines Vorgängers als Supervisor. Insofern hatte ich immer ein schlechtes Gefühl und fühlte mich nicht wohl.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Wenn es erlaubt ist, ich möchte nur auf drei Punkte hinweisen. Es könnte sein, dass Fragen diesbezüglich dann auftauchen, damit hat es sich dann erledigt und würde nicht - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde aber gern, wenn wir das so machen, die Zeit von dem Kollegen Röwekamp anhalten, damit das nicht zu stark zulasten des Fragerechts geht. Wir können das so machen; aber wir haben hier Fragerechte verteilt, und die beziehen zwar immer die Antwort mit ein, aber das soll fair bleiben. Deswegen - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde Wert darauf legen, dass wir Fragen stellen und die beantwortet werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann machen wir die Bemerkung jetzt nicht, sondern dann - Sie haben ja am Ende Gelegenheit, wenn Sie noch was hinzufügen möchten - machen wir das jetzt so, dass Herr Röwekamp fortfährt mit der Befragung.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen noch mal meine kurze Frage. Sie haben vorhin gesagt, es hätte Sie auch besonders betrübt, dass Sie am Flughafen in Kabul noch Arbeiten für die KfW verrichtet hätten, und das hätten Sie ohne Vertrag und unbezahlt gemacht. So habe ich das verstanden. Dann haben Sie eben angegeben, dass Sie bis 21.08.2022 [sic!] bei der KfW beschäftigt waren und der Vertrag dann mit Ausreise am



Nur zur dienstlichen Verwendung

22.08. geendet ist. Kann ich deswegen davon ausgehen, dass Sie bis 21.08.2021 auch bei der KfW beschäftigt waren und bis dahin auch Gehalt bezogen haben?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Unser Vertrag war annulliert, als wir Afghanistan verlassen haben. Allerdings, ich habe vorhin erwähnt, dass ich in diesem Militärcamp auch eine Militär-ID-Card bekommen habe, mit der ich dann weitere Tätigkeiten dort wahrgenommen habe. Das war weder Gegenstand meines Vertrages noch mein Aufgabenbereich. Deswegen habe ich vorhin erwähnt, dass ich ja sozusagen freiwillig und kostenlos gearbeitet habe und die Aufgaben dort wahrgenommen habe; denn ich war Zivilist und nicht Militärangehöriger. Und insofern wollte ich nur das klarstellen, dass der Vertrag sozusagen - - Diese Arbeit in dem Camp war nicht Gegenstand meines Vertrages.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Dann möchte ich gerne noch mal auf die Frage der Familienangehörigen zurückkommen, die Sie ja schon bereits mehrfach formuliert haben, ohne dass Sie jetzt Namen nennen. Eben haben Sie angegeben, dass Sie sich um die Ausreise natürlich Ihrer Eltern, Ihrer minderjährigen Geschwister - also, ausweislich eines Interviews im „Greenpeace Magazin“ handelt es sich offensichtlich um eine Schwester und einen Bruder, die minderjährig waren -, auch um die Ausreise Ihrer Großeltern und zwei weiterer verheirateter Schwestern sowie deren Ehegatten - so habe ich das verstanden - bemüht haben. Können Sie uns noch mal konkret sagen, als Sie im August 2021 von der KfW aufgefordert wurden, Ortskräfte und Familienangehörige zu melden, welche Familienangehörigen Sie für sich gemeldet haben und welche zurückgewiesen wurden?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Vor August 2021 gab es die Debatte, welche Kollegen und ihre Familienmitglieder auf die Liste aufgenommen werden. Mir wurde gesagt seinerzeit, ich sollte zumindest die Pässe, Reisepässe, der Familienangehörigen - das heißt meiner jüngeren Geschwister, eines Bruders und einer Schwester und meiner Eltern - bringen; denn zwei weitere Schwestern waren verheiratet. Das war auch nicht Gegenstand der Debatte. Das habe ich auch seinerzeit nicht beantragt gehabt. Das kam viel später im September dieses Jahres, als ich diese Formulare ausgefüllt habe und von dem Fall, was ich vorhin erzählt habe. Aber bei meiner Mutter war ihr Pass sozusagen abgelaufen. Deswegen mussten wir das noch mal verlängern, und eine Schwester hatte keinen Reisepass gehabt. Für sie mussten wir den beantragen. Deswegen habe ich nur den Reisepass meines Vaters und meines Bruders vorgelegt und da auch dann mitgeteilt, dass die beiden anderen Pässe erst mal - - sozusagen einer verlängert, und der andere sollte beantragt werden, und das läuft ein bisschen. Aber es kam nicht mehr dazu; denn dieser Prozess der Einnahme des Landes durch die Taliban ist ziemlich schnell vorangegangen. Insofern konnten wir das nicht mehr machen.

Wie gesagt, im September dieses Jahres, als ich dann sozusagen diese Formulare, die ich bekommen habe, gesehen habe, dass auch in einem anderen Bereich noch andere Familienangehörige eingetragen werden können und zeitgleich - habe ich vorhin geschildert -, dass meine verheirateten Schwestern ihren Wohnort wegen des Krieges aus Sar-i-Pol* verlassen und nach Masar* ziehen mussten und man sogar meinem Schwager gedroht hatte, dass man über mich Bescheid weiß: Deswegen hatte ich dann Ängste gehabt, dass denen etwas passieren kann. Zudem noch weiter war es auch immer so, dass meine kleinen Nichten, die ganz klein waren, waren sehr oft mit mir unterwegs, in meinem Fahrzeug. Viele dachten, dass sie meine Kinder sind, und darum hatte ich auch Sorgen gehabt, dass, wenn sie auftauchen und sagen, das sind die Kinder von mir, man denen was antut. Also von daher war das nicht Gegenstand meines Antrages früher, sondern im September 21 sind meine verheirateten Schwestern auch Gegenstand des Antrages geworden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage haben Sie noch. - Bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so. Ich dachte, wir verlängern ein bisschen, weil wir die Übersetzung haben, aber - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da haben wir uns - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das, dachte ich, hätten wir so besprochen, aber - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das haben wir so nicht besprochen, weil es trifft ja alle gleich. Also - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, Sie nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Den Vorsitzenden nicht, alle anderen schon.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und die Zeugin auch nicht. - Ich habe noch eine Frage. In den uns bekannten Unterlagen taucht auf, dass Sie auch einen Ehemann zur Ortskräfteausreise angemeldet hätten. Stimmt das?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

RAn Alexandra Pfeiffer: Ich würde bitten, die Frage zurückzustellen. Eventuell können wir die - -

(Stefan Keuter (AfD): Sie haben hier kein Rederecht!)

Ich würde bitten, die Frage zurückzustellen. Eventuell können wir die dann später unter Ausschluss der Öffentlichkeit beantworten. Sonst würde ich jetzt den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragen wollen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darüber müssten wir sozusagen selbst in der Runde befinden, ob wir das so betrachten. Aber ich stelle zunächst mal fest: Sie beantwortet die Frage jetzt hier

nicht. So habe ich das wahrgenommen. Wir müssen das ja nachher feststellen, selbst, in einer internen Sitzung, ob wir das dann nicht machen wollen. Aber jetzt beantwortet sie die Frage so nicht. So habe ich das verstanden. - Okay, gut. Dann geht jetzt das -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Frage ist - - Ich hatte ja noch eine Frage. Die ist jetzt nicht beantwortet worden. Dann habe ich ja noch eine Frage, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also das wird man ja, denke ich, schon sagen dürfen. - Es gibt ja Regeln für das Ortskräfteverfahren. Sind Sie, als Sie bei der KfW beschäftigt gewesen sind, über das Ortskräfteverfahren informiert worden, und sind Ihnen dazu Unterlagen ausgehändigt worden? Und ist Ihnen insbesondere bekannt gewesen, dass nach dem Stand August 2021 von der Aufnahmezusage erfasst waren die Mitglieder der Kernfamilie, das heißt Ehepartner und minderjährige Kinder und für volljährige Kinder, wenn sie im elterlichen Haushalt gelebt haben? Sind Ihnen diese Regelungen bekannt gewesen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Solange ich in Afghanistan war, wusste ich nur - - In den Runden, die dort abgehalten wurden, wurde uns gesagt: In diesem Ortskräfteverfahren können nur Personen, die unter 18 Jahren sind als Familie - - Und die selber als alleinstehend arbeiten, können keine Familienmitglieder mitnehmen, weil es eben einfach so diese Regelung der Ortskräfteverfahren ist. Mehr wusste man nicht, und auch Eltern kann man nicht - - wenn man alleinstehend ist. Geht eben nicht.

Aber als ich im September dieses Jahres von Ronald Steyer, Chef von KfW, einen Link bekommen habe, Hamburg*, Germany, da habe ich das erste Mal über diese Ausnahmesituationen dann gelesen, dass - ich sehe, Afghanistan war eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausnahmesituation -, in diesem Falle man anders entscheiden könnte.

Ich möchte noch mal eins sagen. Wir haben diese Gruppe seit einem Jahr, und wir müssen einfach ganz zurückgehen, und man denkt hier über Familie. Familie ist in unserem Land da, wo man lebt, mit denen man zusammenlebt, mit denen man unter einem Dach ist, in einem Haushalt lebt. Das sind nicht so kleine Familien, sondern mehrere. Die alle sind dort. Man identifiziert sich einfach mit der Familie, und man sieht, allein dadurch, dass - - Wenn ich hier schildere, dass - - Wenn ich nicht da bin oder wir alle, die das Land verlassen haben, werden die Familien, in denen wir sozusagen verankert waren und lebten unter einem Haushalt, im Moment bedroht. Die werden festgenommen, die werden - - Die Häuser werden durchsucht, während andere eben nicht nur von denjenigen, die sozusagen mit Organisationen gearbeitet haben, die ihren Sitz im Ausland haben - -

Sie kennen bestimmt auch Mordfälle in Afghanistan oder in vielen sozusagen Kulturen, die so sind, dass bei Vergewaltigungsfällen dann Frauen sozusagen im Gegenzug der anderen Familie angeboten werden. Im Falle, dass jemand Ehebruch begeht, wird er von Familienangehörigen getötet, weil alles - - sozusagen die Identifikation der Familie ist einfach zusammengebunden. Man kann es einfach nicht trennen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor das Frage-recht wechselt, erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis, der dann im Zweifelsfall zu erörtern wäre in einer internen Sitzung, dass der Leitkommentar zum Untersuchungsausschussgesetz einen gewissen Ermessensspielraum lässt, was die Erörterung familiärer Umstände angeht, so dass wir sozusagen zu entscheiden hätten in einer internen Sitzung, was wir da als zugehörig betrachten oder auch nicht. Das nur als Hinweis am Rande. - Jetzt geht das Fragerecht an die Kollegin Sara Nanni von den Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Frau Rahemy! Schön, dass Sie sich die Zeit

nehmen, heute noch mal mit uns über Ihre Erfahrungen zu sprechen. Danke und herzlich willkommen erst mal.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben jetzt schon sehr viele Fragen, die ich in meiner Vorbereitung hatte, beantwortet. Deswegen habe ich jetzt noch einige sehr präzise Fragen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Kenntnisse darüber, ob zu der gleichen Zeit, wo Sie aus Masar-i-Scharif nach Kabul gegangen sind, auch andere Ortskräfte von anderen Einheiten, also nicht von der KfW, sondern von anderen internationalen Organisationen, ihre Ortskräfte nach Kabul geschickt haben?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ja, außer der KfW waren es auch andere Organisationen. Ich habe auch da mitgeholfen, dass wir für die Möglichkeit, ein Flugticket - - bzw. Reisemöglichkeiten aus anderen Provinzen organisiert haben, aus Badakhshan, aus Baghlan. Auch die GIZ hat schon ihre Mitarbeiter - ich kannte sehr viele von denen; mit denen habe ich ja zusammengearbeitet und studiert - Tage zuvor aus Masar* nach Kabul geschickt. Es gab auch andere Organisationen, die mit afghanischer Seite Intership[sic!]- oder Partnershipverträge abgeschlossen hatten. Aber selbst die hatten die Menschen, die bei diesen Projekten mitgearbeitet haben, aus Afghanistan evakuiert.

Aber viele von diesen Sachen passierten später, nach dem Sturz, also Monate später, ein bis zwei Monate danach. Ein Freund, eine Freundin von mir hat bei so einem Projekt zwischen den Ländern gearbeitet, wurde dann von den Amerikanern nach Abu Zabi evakuiert. Von Masar* nach



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abu Zabi war möglich; aber das war zwei Monate nach dem Sturz der Regierung.

Es waren sehr viele andere internationale Organisationen, die sich dafür eingesetzt haben, dass ihre Mitarbeiter das Land verlassen. Aber meistens konnten nicht zeitgleich - - musste halt einfach ein bisschen verschoben geschehen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Die zweite Frage: An welchem Tag hatten Sie das erste Mal das Gefühl, dass Ihr Arbeitgeber, die KfW, möchte, dass Sie evakuiert werden können?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Entscheidung, dass wir aus Afghanistan direkt nach Deutschland evakuiert werden, ist an dem Tag des Falles, am 15. August, geschehen. Das war am Nachmittag. Da wollte man auch einen Charterflug organisieren, was nicht mehr geklappt hat.

Was die Evakuierung vorher nach Usbekistan anbetrifft: Das war zwischen 17. und 14. Da hatten wir öfter - - Da haben wir dann Gespräche geführt. Sie wollten uns in diesem Falle nicht direkt nach Deutschland, sondern im Rahmen des Ortskräfteverfahrens erst mal nach Usbekistan - - und dort sollten wir weiter unsere Büros bekommen und online arbeiten, bis unser Verfahren abgeschlossen ist, und dann nach Deutschland einreisen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Die dritte Frage, mit der Bitte, dass Sie kurz antworten: Wer hat die Entscheidung getroffen, dass Sie auf einer Liste stehen? Welche Person war das?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Liste wurde von unseren Kollegen zusammengestellt. Die Entscheidung bzw. die Bestätigung kam aus Frankfurt über Ronald*; denn er ist der Zuständige gewesen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Sie haben berichtet, auch auf Nachfrage noch mal bestätigt, dass es Drohungen gegen Sie gab: Entweder Sie kommen alleine auf die Liste oder gar nicht. - Wer hat Ihnen gegenüber diese Drohung ausgesprochen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In den Sitzungen waren Ronald Steyer und Christine Heimbürger, die uns immer dies mitgeteilt haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Eine letzte Frage habe ich noch: Sie haben berichtet, dass Sie der KfW im Camp bei der Logistik geholfen haben. Wer hat Sie gebeten, zu helfen?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das war Dave Levers.

Zeugin Amena Rahemy: Lavery.

Dolmetscher 1: Es war eine Person namens Dave Lavery*. Der ist ein kanadischer Staatsbürger gewesen. Er war Leiter dieses Sicherheitsunternehmens, das mit der KfW zusammengearbeitet hat, hieß RRR (?); eine ganze Zusammenfassung von irgend so einem Begriff. Er war zuständig für die Evakuierung von uns.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, habe ich noch Zeit für eine Frage?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätte ich doch noch eine allerletzte Frage. Es kommt manchmal vor, dass - - Oder: Viele von den Zeugen, mit denen wir hier sprechen, sind immer noch für die Organisation tätig, für die sie gearbeitet haben im Untersuchungszeitraum, die Ortskräfte in der Regel nicht. Trotzdem ist es möglich, dass Ihr ehemaliger Arbeitgeber Sie als Zeugin vorbereitet.

Hat sich die KfW in der letzten Zeit bei Ihnen aktiv gemeldet mit Blick auf die heutige Zeugenvernehmung?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Alles Gute für Sie.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie hätten auch Zeit für noch eine Frage, wenn Sie wollen. - Gut. Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Rahemy, schön, dass Sie heute hier sind. Ich würde gerne wissen: Was haben Sie in der Spitze bei der KfW verdient? Sie hatten eben von einer Gefährdungslage gesprochen daraufhin, dass ausländische Gesellschaften sehr viel Geld bezahlt hätten.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Zu meinem Bedauern habe ich nicht sehr viel verdient. Zunächst habe ich ja hier vorgetragen, dass ich einen Halbezeitvertrag bekommen habe. Das war für 20 000 Afghani im Monat etwa, umgerechnet 200 Euro. Später kam dann natürlich Corona, also die Pandemie, und verursachte, dass wir wirklich nicht viel mehr

machen konnten. Wir haben von zu Hause gearbeitet. Und zuletzt hatte ich ein Gehalt von - das Doppelte - 40 000, so etwa 400 Dollar.

Das ist ja so, dass sehr viele Menschen dachten, weil ich bei der KfW arbeite, verdiene ich auch sehr viel. Aber es war nicht sehr viel.

Stefan Keuter (AfD): Was war damals der Durchschnittsverdienst in Afghanistan, um das so einordnen zu können, wie viel 400 Euro oder 400 Dollar waren?

Dolmetscher 2: Meinen Sie die afghanischen Bürger?

Stefan Keuter (AfD): Ja.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, aber ich will doch noch mal sagen: Das ist eine Frage - - Wir haben hier nicht sozusagen Wikipedia zu Gast. Also, das ist wirklich eine Frage - tut mir leid -, -

Stefan Keuter (AfD): Es hat aber eben die - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - die der Zeugin so nicht gestellt werden kann. Wenn Sie wissen wollen, wie der Durchschnittsverdienst ist, -

Stefan Keuter (AfD): Es geht um ihr persönliches Empfin- -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - dann informieren Sie sich darüber. Aber das ist keine Frage, die die Zeugin beantworten muss.

Stefan Keuter (AfD): Herr Vorsitzender, der Hintergedanke dieser Frage ist: Sie hat eine Gefährdungslage aufgrund eines möglichen Gehaltes abgeleitet. Und mich interessiert ihr persönlicher Eindruck, ob das im Vergleich viel oder wenig war. Das ist eine zulässige Frage laut PUAG.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hätten Sie die Frage gestellt, ob das viel oder wenig ist, hätte ich Sie nicht angehalten. Aber Sie haben nach dem Durchschnittsverdienst gefragt, und das ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Frage, die in der Form nicht zugelassen werden kann.

Stefan Keuter (AfD): Ja, und daran angeknüpft die Frage, wie sie das bewertet, ob das viel oder wenig war im Vergleich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich möchte mit Ihnen eigentlich nicht diskutieren. Wenn Sie die Frage so stellen, kann sie mit Ja oder Nein beantwortet werden, und das ist in Ordnung. Über das andere können Sie sich bitte anderswo informieren. - Bitte schön. Also: Hat sie das als viel oder wenig empfunden? Das war die Frage, und das kann ja beantwortet werden.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich sagte, ich habe nicht viel verdient. Das meine ich so, weil im Vergleich zu dem, was man - - für eine Organisation wie die KfW arbeitet - - Und es gab keine weiteren oder sehr selten Organisationen, die ihre Mitarbeiter in gepanzerten Fahrzeugen von einem Ort zum nächsten beförderten. Und das war eben der Fall. Und Menschen haben das wahrgenommen und dachten natürlich, dass man mehr verdient. Zum Beispiel, wenn wir jetzt irgendwo hingereist sind: In teuren Hotels, auch in Kabul, wurden wir untergebracht. Und auch bei den Fahrten von Masar* nach Kabul sind wir in zwei Fahrzeugen gefahren, sodass auch ein Bewaffneter manchmal mit dabei war. Das machte uns zu einem „high“-Profil, dass wir zu den gefährdeten Personen dann gehörten, weil niemand konnte damit rechnen, dass man wenig verdient - - als das wirklich nach außen aussieht.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Jetzt habe ich das verstanden. Vielen Dank. - Ich muss jetzt doch noch mal nachhören. Es ist eben ein Greenpeace-Artikel angesprochen worden, wo die Frau Rahemy angegeben hatte, dass sie verlobt sei und bald heiraten wolle. Der Aktenlage nach können wir erkennen, dass Sie einen Ehemann mit angemeldet hatten. Deshalb würde ich einfach gerne noch mal nach dem Familienstand fragen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

(Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand beraten sich)

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich bin seit April dieses Jahres verlobt.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Vielen Dank. - Sie sagte eben, dass Sie Erwartungen an die KfW hatten, die enttäuscht worden seien. Wir haben ja nun schon gehört, dass das Arbeitsverhältnis zum 21.08.20 beendet wurde. Was für Erwartungen hätte sie an die KfW gehabt? Beziehungsweise: Nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses, für das ich auch entlohnt worden bin, kann ich ja erst mal per se keine weiteren Ansprüche ableiten.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Das ist richtig. Das Arbeitsverhältnis ist, als ich dann Afghanistan verlassen habe und hier eingetroffen bin, beendet. Allerdings ist es so bei dem Ortskräfteverfahren, dass, wenn man Familienangehörige nachziehen will, muss man dies über seinen ehemaligen Arbeitgeber organisieren und gestalten.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Eine letzte - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hier endet aber das Rederecht.

Stefan Keuter (AfD): Bitte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Hier endet Ihr Fragerecht.

Stefan Keuter (AfD): Dann machen wir in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt jedenfalls fragt die FDP. Bitte schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Alexander Müller (FDP): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Rahemy! Ich würde als Erstes gerne anfangen mit Ihrer Bedrohungssituation, weil ich die noch nicht ganz verstanden habe.

Wenn man recherchiert, was die KfW in Afghanistan macht, dann findet man die KfW-Entwicklungsbank, die Entwicklungsprojekte finanziert. Und wir hatten hier schon verschiedene Zeugen und haben hier erfahren, dass auch unter den Augen der Taliban Deutschland humanitäre Entwicklungshilfe leistet und die Taliban das sehr begrüßen. Deswegen verstehe ich noch nicht - wenn Sie sagen, Sie haben Reisen für die KfW organisiert und die KfW ja Entwicklungshilfe finanziert -, warum die Taliban Sie bedroht haben. Das würde ich gerne verstehen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Die Taliban im Allgemeinen denken: Jeder ausländische Staat, der dort Projekte hat, das sind erst mal Ungläubige, und das sind keine Muslime. Und Menschen, die sie bei den Projekten sozusagen einstellen, werden sie versuchen einfach zu missbrauchen für ihre eigenen Zwecke, auch vom Islam sie sozusagen wegzubringen. Das sehen sie als eine große Gefahr.

Und was wir feststellen: Die Taliban haben mehrfach bis jetzt auch bewiesen, dass sie dagegen sind, dass Frauen zur Arbeit gehen, dass sie eine Tätigkeit wahrnehmen. Für die ist es einfach eine Straftat, wenn eine Frau außerhalb des Hauses eine Tätigkeit wahrnimmt.

Ich habe vor einiger Zeit mit einem meiner ehemaligen Kollegen telefoniert, der sagte, dass alle Projekte der KfW derzeit im Stillstand sind, das heißt, im Stand-by-Modus. Da wird nichts gemacht, kein Projekt wird angerührt, weil die Taliban noch nicht international als ein staatliches System anerkannt worden sind. Was in letzter Zeit geschehen ist, weiß ich nicht. Ob wirklich in der Tat inzwischen Projekte wieder in Gang sind, das kann ich nicht sagen.

Die Taliban haben auch am Anfang, als sie gekommen sind, gesagt, dass sie friedliche Menschen sind, dass sie nicht die Taliban sind, die vor 20 Jahren gewesen sind. Sie haben eine Generalamnestie ausgerufen, um damit die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf sich zu lenken. Aber im Endeffekt hat man festgestellt und sieht man auch tagtäglich, dass Demonstrationen verboten werden, dass Frauen, die in Masar* und Kabul und woanders Demos organisiert und demonstriert haben, festgenommen worden sind. Das Schicksal von vielen von denen - - weiß man nicht, was mit denen geschehen ist. Auch ehemalige Angehörige des Militärs bzw. der Polizei und auch Spezialkräfte sind bis jetzt umgebracht worden, wo auch immer, auf der lokalen Ebene. Das bedeutet im Endeffekt, dass sie nirgendwo sicher sind.

Ich denke, das sieht man auch, wenn sie in die Häuser der Menschen, die mit ausländischen Organisationen gearbeitet haben, reingehen und die mehrfach durchsuchen. Das zeigt schon: Weil sie dagegen sind, dass Frauen irgendwo arbeiten, versuchen zumindest - - weil sie denken, eine muslimische Frau darf nicht mit einem Ungläubigen zusammenarbeiten; wie auch immer. Das ist eben deren Denkweise.

Man weiß schon auch jetzt nicht - - Vor Kurzem haben Sie bestimmt über die Presse erfahren von der Steinigung, was jetzt vor einer Woche geschehen ist, aber auch von Auspeitschungen von Menschen in der Öffentlichkeit. Es sind mehrere Personen aufgrund des Erlasses des Obersten öffentlich ausgepeitscht worden, was in vielen Medien vielleicht anders dargestellt wird. Ich habe keine Ahnung. Kann sein, dass sie es beschönigen, dass es nicht so ist. Aber die Tatsache spricht für sich.

Alexander Müller (FDP): Sind Sie denn selbst einmal von den Taliban bedroht worden? Oder sind Sie geflohen, weil Ihr Supervisor bedroht worden ist? Und können Sie noch mal erklären, wie genau der Supervisor bedroht worden ist? Hat der eine konkrete Bedrohung von den Taliban bekommen, oder hieß es nur: „Es sollen Bü-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ros durchsucht werden, er möge sich in Sicherheit bringen“? Dass man das noch mal greifen kann, wie die Bedrohungslage war.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Was den Fall von unserem Supervisor anbetrifft: Darüber weiß ich nicht Bescheid. Uns wurde gesagt, dass er eine Drohung erhalten hat und dass er ab heute nicht mehr bei uns dort arbeitet, sondern aus Usbekistan seine Tätigkeit, seine Aufgaben weiter wahrnimmt. Ein halbes Jahr später haben wir erfahren, dass er mit seiner Familie nach Deutschland reist und nicht mehr bei uns arbeitet. Wenn Sie darüber Näheres wissen möchten, können Sie einfach mal das Verfahren, das seinerzeit sozusagen erfolgt ist - - den Vorgang können Sie dann beantragen und dann lesen, wie das geschehen ist.

Was unseren Kraftfahrer anbetrifft: Das habe ich sozusagen selber miterlebt, weil ich zu diesem Zeitpunkt für ihn das Ortskräfteverfahren beantragt habe; denn er war Analphabet, wie ich ja eingangs gesagt habe. Bei ihm war es so, dass er telefonisch bedroht wurde und dass man ihm gesagt hat, man weiß ganz genau, wo er wohnt, was er macht und bei welcher Organisation er arbeitet. Er sollte einfach diese Arbeit einstellen, mehrere panzergeschützte Fahrzeuge den Taliban ausliefern, auch Motorräder, und er sollte selber sich den Taliban anschließen. Er durfte nicht mehr weiter bei uns arbeiten. Das ist das, was ich von ihm mitbekommen habe.

Ich persönlich selber bin ja nicht direkt von den Taliban bedroht worden. Allerdings, wie ich eingangs gesagt habe: Am 13. und 18. September sind die Taliban zu uns nach Hause gekommen, zweimal, haben das Haus durchsucht. Das dritte Mal war am 24. August dieses Jahres, wo sie bei uns zu Hause waren und das Haus durchsucht haben nach mir. Diese Art Hausdurchsuchungen sind bei fast allen über 100 Mitgliedern unserer Gruppe erfolgt. Und das zeigt noch einmal, warum die Taliban das tun. Wir sind keine Militärangehörigen. Wir haben auch nicht irgendetwas

anderes getan, sondern sie sind dagegen, dass Frauen arbeiten und bei den ausländischen Organisationen arbeiten.

Das Einzige, was wirklich der Grund sein kann, ist, dass ich bei der KfW gearbeitet habe und andere Kolleginnen und Kollegen, die hier - - nicht Kollegen, sondern unsere Mitglieder der Gruppe auch bei verschiedenen Organisationen gearbeitet haben. Ansonsten: Wie kommt man einfach auf die Idee, die Häuser dieser Personen zu durchsuchen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zu den Linken. Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Rahemy, dass Sie heute da sind und unsere Fragen beantworten. - Ich habe Ihren Lebenslauf gesehen, und das hat mich sehr beeindruckt, auch, was Sie vor Ort für Arbeit geleistet haben.

Sie haben ja selber auch geschildert, dass Ihr alter Chef, Ihr ehemaliger Chef Sie gelobt hat für Ihre Arbeit, und ich kann mir vorstellen, dass Sie aufgrund der guten Arbeit, die Sie geleistet haben, und des Lobs auch eine Art Vertrauen hatten in Ihren Arbeitgeber, dass er Sie auch unterstützen würde und nicht einfach im Stich lassen würde, wenn es um die Frage der Evakuierung ging. Ist das richtig?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Genau, so ist es. Sie haben mich des Öfteren gelobt. Das war auch bei einfachen Sachen, die ich gemacht habe außerhalb meiner Sachen, die im Vertrag so eingetragen waren. Das war nicht Gegenstand des Vertrages. Trotzdem habe ich auch seinerzeit viele Arbeiten geleistet, die nicht sozusagen in meinen Aufgaben waren.

Aber genauestens, dass sie gesagt haben, dass sie auf mich stolz sind, also dass mein Chef mir gesagt hat, dass er auf mich stolz ist, war, als ich in dem Camp, in dem Militärcamp, freiwillig, ohne



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass es meine Aufgabe ist, diese Organisation unterstützt habe - ich war sehr froh darüber. Allein als Mensch habe ich ja ein - - Wenn man so ein Lob bekommt in einer solchen Situation, fühlt man sich einfach sehr, sehr wohl und vor allem bestätigt, dass man wahrgenommen wird.

Was mich aber im Nachhinein sehr enttäuscht hat, war natürlich - und das gibt einem ein sehr schlechtes Gefühl -, wenn man nachher, im Nachhinein keinerlei Antworten bekommt auf Anfragen, auf E-Mails, die man im Nachhinein stellt, und dass man das Gefühl hat, dass man wirklich reingelegt worden ist.

Als ich von meiner Mutter das erste Mal erfahren habe, dass unser Haus durchsucht worden ist, war ich sehr zuversichtlich, dass ich etwas bewegen kann, weil ich davon ausging und meiner Mutter auch am Telefon gesagt habe, dass das Büro, für das ich gearbeitet habe, mich unterstützt, dass ich das mit denen aufnehmen werde, dass ich davon ausgehe, dass sie in der Tat bereit sind, irgendwas für uns zu tun. - Aber das war eine falsche Erwartung. Und im Nachhinein habe ich festgestellt, dass nicht nur das - - sondern dass man mich überhaupt nicht mehr wahrnimmt, und man will mit mir nichts zu tun haben. Das war sehr, sehr traurig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Zusatzfrage habe ich vorher gestattet, Ihnen also auch.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ich habe auch eine mit Ja und Nein, also eine kurze Frage - meine Fragezeit ist leider sehr kurz -: Wenn Sie nicht unter Druck gesetzt worden wären, dass Sie entweder alleine reisen oder gar nicht, hätten Sie dann anders gehandelt? Hätten Sie sich dann mehr dafür eingesetzt, dass Ihre Familie auch auf die Liste kommt, so wie das bei Ihrer Kollegin gewesen wäre? Und ärgern Sie sich im Nachhinein über diese Situation? - Vielen Dank.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Genau. Hundert Prozent ist es so. Ich habe in allen Sitzungen, die wir immer abgehalten hatten, darauf bestanden, dass aufgrund meiner Tätigkeit Gefahr für die Familie besteht. Das wäre natürlich unmenschlich, wenn ich einfach so der Familie den Rücken kehre und sie einfach alleinlasse, im Stich lasse, während sie wegen meiner Tätigkeit dort eine Drohung erhalten.

Wenn dieser Druck auf mich nicht gewesen wäre, hätte ich zumindest meine Eltern und meine Geschwister auf die Liste gesetzt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gern die Sitzung für zehn Minuten unterbrechen und die Obleute bitten - -

(Jörg Nürnberger (SPD): Ich wäre noch dran!)

- Das ist wahr. - Nachdem der Kollege Nürnberger das Wort hatte, kündige ich an, dass wir dann die Sitzung für zehn Minuten unterbrechen und die Obleute kommen. - Wie konnte mir das passieren? I am sorry.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass Sie mir das Wort doch noch erteilt haben. - Ich habe noch einige sehr kurze Fragen, die Sie, Frau Zeugin, vielleicht auch sehr direkt und kurz beantworten können, weil wir sind jetzt mit Ihnen bereits über sechs Stunden in diesem Raum, und wir bewundern Sie, wie tapfer Sie hier diese Befragung durchstehen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Jörg Nürnberger (SPD): Meine Frage geht dahin: Als Sie für die KfW gearbeitet haben, hatten Sie Kenntnis davon, dass die KfW auch Projekte betreut hat, die in Regionen von Afghanistan stattfanden, wo die Taliban die faktische Herrschaft über das Land hatten?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dolmetscher 1: Zu Ihrer Anmerkung vorhin, dass wir so energisch sechs Stunden hier sitzen: Ich möchte hier nicht loben, aber afghanische Frauen, gerade die junge Generation der letzten 20 Jahre, haben enorm viel Energie. Wenn ich von mir erzähle, dass ich morgens früh um 5.30 Uhr zum Sport gegangen bin, erst mal Fitness gemacht habe - - Danach bin ich dann zur Arbeit gegangen. Danach habe ich dann eine Universität besucht, und dann habe ich eine Onlineklasse gehabt. An manchen Tagen habe ich mal - - Also, täglich habe ich zwischen 12 und 13 Stunden sozusagen dafür vorgesehen.

Ab und zu mal habe ich nach meinem kleinen Unternehmen geguckt, das ich ja in Gang gebracht habe, in dem Frauen gearbeitet haben. Und des Weiteren habe ich dann auch dort die Abrechnungen erledigt. Ich hatte auch einen kleinen Laden, wo auch Frauen gearbeitet haben. Dort habe ich auch dann sozusagen immer ab und zu mal nachgeschaut und nach dem Rechten gesehen.

Jetzt zu Ihrer Frage: Die KfW hat in den Bereichen, wo die Taliban präsent waren und Menschen sogar bedroht worden sind, nicht gearbeitet. Soweit ich weiß, haben wir das nicht gemacht. Es waren ein oder zwei Projekte. In dem Distrikt Balkh gab es zum Beispiel ein Wasserversorgungsprojekt; das hat man vor Jahren errichtet, ein Wasser- - was auch es immer war, Wasserwerk. Die Taliban haben das gesprengt, und die KfW hat selber das nicht in Angriff genommen. Allerdings hat sie ein Partnerunternehmen beauftragt, das wieder zu reparieren und wieder instand zu setzen.

In allen Distrikten und Orten, wo die Taliban, fast ein Schatten der Taliban, sichtbar waren, hat die KfW auf keinen Fall versucht, dort zu erscheinen. Wir durften auch nicht dorthin. Selbst wenn wir in manchen Distrikten zu offiziellen Sitzungen durch die Regierung dann eingeladen worden sind, sind wir nicht dorthin. Es gab eine schwarze Liste für viele Orte. Wir durften in der Stadt auch nur gepanzert uns bewegen.

Spezielle Projekte kenne ich nicht, die wir jetzt in dem Bereich der Taliban haben könnten.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für die sehr ausführliche Antwort. Da schließt sich eine Frage an. Sie haben vorhin, wenn ich das richtig mitbekommen habe, in Ihrer Aussage erwähnt, dass Sie über diese Sicherheitsfirma, die Sie mehrmals erwähnt haben, auch den Auftrag erteilt hätten als KfW, mit den Taliban in Kontakt zu treten und Bedrohungen gegen Mitarbeiter abzuwenden. Gab es von der KfW direkt Kontakte zu den Taliban? Oder darf ich Ihre vorherige Antwort so verstehen, dass es diese direkten Kontakte nicht gab?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Nach dem Sturz des staatlichen Systems in Afghanistan sagten mir Ronald Steyer, aber auch Christine Heimbürger, dass sie in Bezug auf meine Familie mit dem RMO Kontakt aufnehmen, weil es angeblich eine Kontaktperson hat, die zu den Taliban Kontakt aufbauen kann, damit man meine Familie in Ruhe lässt. Aber auch da ist nichts geschehen. Nach dem September hat das RMO jedenfalls das nicht erreichen können.

Vor dem Sturz der Regierung habe ich ja nirgends gesehen, dass die KfW in irgendeiner Art und Weise mit Taliban in Kontakt getreten ist oder irgendwas gehabt hätte.

Von anderen Organisationen, von Kollegen anderer Partner oder anderer Organisationen habe ich mal gehört, dass - - Es gibt ja Organisationen, die in bestimmten Orten Projekte haben, die sie sozusagen umsetzen wollen. Aber für die Umsetzung dieser Projekte mussten sie Schutzgelder für die Taliban zahlen, das heißt prozentual. Einen bestimmten Prozentsatz mussten sie an Taliban abgeben, damit sie ihr Projekt dort umsetzen können.

Jörg Nürnberger (SPD): Damit haben Sie die vorletzte Frage bereits beantwortet, und ich kann die letzte Frage stellen; sie bezieht sich auf Ihren Flug von Kabul Richtung Usbekistan. War das mit einem zivilen oder militärischen Flugzeug,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und können Sie sich erinnern, welcher Staat diesen Flug betrieben hat?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Von Kabul aus sind wir mit einem Militärflugzeug gestartet Richtung Usbekistan. Allerdings: Ich weiß nicht, wem, welchem Land das gehörte. Was wir gesehen haben, ist: Die Farbe ist Grün, das Militär. Es waren auch dann Soldaten drin. Aber ich konnte nicht identifizieren oder zuordnen, zu welchem Land sie gehörten.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich danke Ihnen für Ihre Antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann würde ich jetzt für zehn Minuten die Sitzung unterbrechen und die Obleute bitten, mal kurz zu mir zu kommen.

(Unterbrechung von
18.54 bis 19.06 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann eröffne ich die Sitzung wieder. Wir haben eine kleine pragmatische Absprache zwischen den Obleuten der Fraktionen, die wie folgt ist: erstens, dass wir auch die Dolmetscher hereinbitten. Denn das mit dem Dari funktioniert bei uns noch nicht gut genug. Dazu haben wir noch nicht genug Sitzungen gehabt, dass wir das ohne Dolmetscher hinkriegen. Das schaffen wir vielleicht nach den zwei Jahren. - Frau Nanni ist skeptisch. Aber wir geben uns Mühe.

(Abg. Jörg Nürnberger
(SPD) betritt den
Sitzungssaal)

- Da hilft der Kollege Nürnberger jetzt auch nicht weiter an der Stelle.

(Heiterkeit)

Wir haben nur über Dari gesprochen, Herr Kollege.

Aber ich kann ja schon mal erläutern, worauf wir uns eben verständigt haben: Wir würden keine weitere Runde machen, aber der Kollege Röwekamp würde eine Art stillen Vorhalt machen. Das ist ein Verfahren, wonach der Zeugin ein Dokument gezeigt wird, und zwar ohne Mikrofon und ohne dass das hier irgendjemandem gezeigt wird oder es gesehen werden kann. Und dann gibt es eine Frage an die Zeugin, die diese beantworten kann.

(Die Dolmetscher betreten
den Sitzungssaal)

Das haben wir eben so besprochen, auch um dem Persönlichkeitsschutz gerecht zu werden und eine nichtöffentliche Sitzung zu vermeiden, die uns in einen anderen Raum führen müsste, und vieles andere mehr. Und dann gibt es noch ein paar wenige Fragen der AfD, und dann würden wir die Runde und das mit der Zeugin be-schließen.

Ist das von allen Beteiligten so verstanden worden? - Kopfnicken. Einverständnis sehe ich auch. Dann verfahren wir so. Aber ich müsste schon drauf bestehen, dass die Tür bitte geschlossen wird. - Ist sie jetzt zu?

(Sara Nanni (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Es zieht
einfach auch so! -
Heiterkeit)

Okay, jetzt ist sie zu.

Dann verfahren wir jetzt so, dass der Kollege Röwekamp der Zeugin ein Schriftstück von der CDU-Fraktion überbringen lässt und die Mikrofone bitte aus bleiben, Sie sich das angucken, und dann wird eine Frage gestellt durch den Kollegen Röwekamp.

(Dem Dolmetscher 1 wird
ein Dokument auf einem
Notebook gezeigt - Die Zeu-
gin und ihr Rechtsbeistand
lesen in dem Dokument
und beraten sich)



Nur zur dienstlichen Verwendung

LR I Andreas Gloßner (AA): Herr Vorsitzender oder Herr Röwekamp, wäre es möglich, dass wir die MAT-Nummer bekommen? - Gibt es nicht. Okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aber wir können Ihnen das zeigen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wenden analog etwas an, was für eingestufte Schriftstücke vorgesehen ist. Aber da das ein Schreiben der Bundesregierung ist, ist das, glaube ich, kein Problem, Ihnen das auch noch mal zu zeigen.

LR I Andreas Gloßner (AA): Ja, deswegen frage ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung will ihr eigenes Schreiben noch mal sehen.

(Heiterkeit - Abg. Thomas Röwekamp (CDU/CSU) zeigt Vertreterinnen und Vertretern des AA und des BMVg ein Dokument auf einem Smartphone)

Ich bitte, darauf zu achten, dass das nicht eingesehen werden kann von anderen, auch nicht von der Tribüne, bitte.

Dolmetscher 1: Man kann es hier kaum lesen, geschweige dass man es von da oben lesen kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich meinte eben auch die hintere Reihe, dass man das nicht von oben sehen kann.

Dann darf ich zunächst mal fragen: Ist der Sachverhalt verstanden, sodass die Frage gestellt werden kann? Ist der Sachverhalt verstanden?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 2: Ich habe verstanden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann hat der Kollege Röwekamp das Wort zu einer Frage, und dann kommt die normale Antwort.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich möchte Sie bitten, die Frage nur mit Ja oder Nein zu beantworten. Wenn Sie eine ausführlichere Antwort machen wollen, würden wir das unter Ausschluss der Öffentlichkeit machen; das will ich nur ankündigen. Also, deswegen bitte nur mit Ja oder Nein beantworten.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann ist meine Frage: Ist die Aussage in diesem Absatz des Schreibens richtig oder nicht?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ist richtig.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann haben wir das so zur Kenntnis genommen, und dann geht das Fragerecht jetzt an den Herrn von der AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. Wir werden uns beeilen. - Ich habe noch fünf Fragen. Die erste Frage ist: Die Zeugin hatte in besagtem Greenpeace-Interview gesagt, dass sie befürchtet, dass ihre zurückgebliebene Familie zu den Taliban überläuft. Insbesondere war von einem jüngeren Bruder die Rede. - Damit verbunden die Frage: Üben die Taliban so eine große Macht auf Jugendliche aus? Und was ist aus Ihrem Bruder geworden? Ist er bei den Taliban?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Antwort auf diese Frage liegt sicherlich außerhalb des Untersuchungszeitraums, mit dem sich dieser Ausschuss befasst, Herr Abgeordneter. Und deswegen - - Und der Vorhalt ist auch nicht präzise gestellt. Das ist der zweite Hinweis. Aber der erste ist auf jeden Fall: Es ist außerhalb des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Untersuchungszeitraums. Das heißt, die Zeugin müsste dazu nicht antworten.

Ihre nächste Frage, bitte.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Sie hatten großes Interesse, mit Ihrer Familie zusammenzuleben. Sie sagten, Sie hatten ein Pakistan-Visum. Warum ist es für Sie nicht in Betracht gekommen, über die Grenze, beispielsweise den Khaiberpass, zu gehen und in Pakistan mit Ihrer Familie dort in vermeintlicher Sicherheit zu leben?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich habe das pakistanische Visum nur vorbeugend beantragt. Das war zu einem Zeitpunkt, wo ich es beantragt hatte und dachte: Wenn was ist, dann könnte ich ja. In diesem Zeitpunkt, als ich es beantragt hatte, hatten meine Familienangehörigen noch keine Reisepässe gehabt. Es war einfach - - Ich kann auch jetzt nicht sagen, wenn ich zum Beispiel allein dahin gegangen wäre, ob ich längere Zeit mich dort aufhalten könnte. Denn das ist auch sehr schwierig, wenn man überhaupt nicht mal weiß, was man da machen soll. Auch für meine Familie gehe ich davon aus, dass es nicht einfach ist, dort zu wohnen und zu leben.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Der weitere Grund ist, dass ich von der Volkszugehörigkeit Hazara stamme, und für Hazara in Pakistan sind die Lebensbedingungen sehr, sehr schwierig. Man kann einfach nicht als große Familie in Pakistan leben. Das war nur eine Notlösung für mich persönlich.

Stefan Keuter (AfD): Okay, gut. Verstehe ich. Danke. - Die dritte Frage: Sie hatten sich mal in einem Interview geäußert, dass der Westen oder die westlichen Kräfte ein exzessives Nachtleben mit Alkoholkonsum und Nachtclubs gefördert hätten und das Land Afghanistan nicht wirklich

respektiert hätten. Teilen Sie diese Ansicht immer noch?

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: In den ersten Jahren, als die internationalen Organisationen in Afghanistan tätig waren, gab es viele Nachtclubs, aber es waren insgeheim Nachtclubs, aber auch Bars. Das habe ich selber von einem Kollegen, als ich bei USAID gearbeitet habe, mitbekommen. Er zeigte mir, dass zwischen 2008 und 2010 - - Er zeigte mir einen kleinen Keller und sagte: Dort war unser Nachtclub. Das war eine sehr schöne Zeit.

Zu diesem Zeitpunkt, als sie das dort hatten, war ich selber noch eine Schülerin in der Schule. Das heißt, ich wusste nichts von dem Ganzen. Er sagte mir - - Und er sagte, dass am Wochenende wirklich hier sehr viel los war, und das war eine sehr schöne Zeit.

Bei meinem Interview habe ich deswegen gesagt: Solche Sachen, was die internationale Gemeinschaft, also die internationalen Organisationen, in den ersten Jahren in Afghanistan gemacht haben, das war etwas Negatives, weil viele Menschen davon gehört haben, und es bleibt einfach nicht versteckt. Und viele Familien wollten nicht, dass ihre Kinder, ihre Frauen, ihre Töchter bei den internationalen Organisationen arbeiten.

Eine weitere Erfahrung, die ich selber habe: In den Jahren zwischen 2014 bis 16 habe ich bei einem lokalen Radio in Masar-i-Scharif gearbeitet. Ich war noch Studentin des Journalismus an der Universität. Wir hatten ein kleines Projekt von dem usbekischen Generalkonsulat bekommen. Das sollten wir im Radio veröffentlichen.

Ich habe dann meine Chefin, die eine Dame war, auch danach gefragt: Wie wird das Ganze nun finanziert? Sie lachte und sagte: Das, was sie uns anbieten, kannst du auch nicht annehmen. - Dann meinte sie, sie hätte die gleiche Frage an die Leute, die dieses Projekt haben, gestellt. Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagten, sie haben kein Geld dafür, aber sie können mehrere Flaschen alkoholische Getränke uns anbieten bzw. Whiskey.

Das war das letzte Projekt, das wir je für - - also ich selber für das Konsulat dort gemacht habe.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Vielen Dank. - Vorletzte Frage. Es gibt eine Studie der Weltbank, die sagte, dass direkt nach der Machtübernahme der Taliban der Schulbesuch der afghanischen Mädchen von 44 Prozent auf 54 Prozent gestiegen sei, also schlagartig um 10 Prozent. Das wird damit begründet, dass der - - Oder wörtliches Zitat: Der Anstieg lag „daran, dass zum ersten Mal seit Jahrzehnten das ganze Land frei von Krieg war und Familien es wagten, ihre Kinder gehen zu lassen“.

Teilen Sie diese Ansicht? Haben Sie persönlich noch Kontakte nach Afghanistan? Und können Sie nachvollziehen oder bestätigen, dass Familien eher ihre Kinder gehen lassen, weil sie jetzt nicht mehr so eine Angst vor Anschlägen oder Übergriffen haben unter den Taliban?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, Herr Abgeordneter, beim allerbesten Willen - und ich bin wirklich willens, sehr großzügig zu sein mit Frageberechtigten -, aber Sie stellen so viele Fragen, die entweder von unserem Untersuchungsauftrag nicht gedeckt sind, außerhalb des Zeitraums sind oder Einschätzungsfragen zu allgemeinen Themen der Welt sind. Das können wir wirklich in dieser Form nicht machen. Ich bitte darum, präzise zu fragen nach Dingen, die mit Erkenntnissen der Zeugin und unserem Untersuchungsauftrag zu tun haben.

Stefan Keuter (AfD): Wir beziehen uns hier auf den Zeitraum direkt nach der Machtübernahme der Taliban, sprich: Ende August 21, worauf sich diese Weltbank-Studie bezieht, dass der Schulbesuch der Mädchen schlagartig um 10 Prozent zugenommen hat. Die Begründung der Weltbank dafür habe ich eben genannt.

Kennen Sie Familien, die tatsächlich ihre Kinder jetzt gehen lassen? Haben Sie persönlich diese

Erfahrung? Sie haben ja noch Kontakte jetzt nach Afghanistan.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Diese Frage können wir zulassen. Die können Sie sehr kurz beantworten.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ich kann keine präzise Antwort auf diese Frage geben. Aber es kann von Ort zu Ort unterschiedlich sein, von Stadt zu Stadt unterschiedlich sein, die Situation.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Und die letzte Frage: Der Journalist Wolfgang Bauer, der auch das Buch „Am Ende der Straße“ geschrieben hat, hat über seine Erfahrungen direkt nach der Machtübernahme der Taliban geäußert - ich zitiere -:

Die Absolutheit, mit der das alte Regime besiegt wurde, hat fast über Nacht eine völlig andere Situation geschaffen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten herrscht Frieden in Afghanistan. Fast überall schweigen die Waffen. Niemand hindert ausländische Journalistinnen und Journalisten am Reisen. Das Land ist im wahrsten Sinne

des Wortes

erfahrbar geworden.

Die Frage ist: Teilen Sie diese Einschätzung, dass das Land inzwischen sicherer geworden ist?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Tut mir leid, das ist eine Zusammenfassung mit einem Zitat aus einem langen Buch sozusagen. Eine Zeugin wird gefragt, die das Buch mutmaßlich nicht gelesen hat, nehme ich mal an, dazu einen Eindruck zu vermitteln.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das sind wirklich interessante Lebensfragen. Aber tut mir leid, das ist wirklich nicht unser Auftrag, den wir hier haben. Dann laden wir Dr. Google das nächste Mal ein, aber nicht - - Ich bitte wirklich darum, Fragen zu konzentrieren auf den Untersuchungsgegenstand und Wissen und Erfahrungshorizont von Zeuginnen und Zeugen.

Stefan Keuter (AfD): Der Erfahrungshorizont bezieht sich darauf, dass wir ja nun direkt nach der Machtübernahme gegen Ende August hier von einer Person, die offensichtlich vor Ort gereist ist, ein Erfahrungsbild haben, das ein anderes Bild darstellt, als es uns bisher von anderen Zeugen vermittelt wurde. Und ich möchte von der Zeugin wissen, ob sie diese Einschätzungen teilt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie können die Zeugin zum persönlichen Umfeld befragen und ob sie solche Erkenntnisse hat, aber nicht, was sie von Büchern hält, die über irgendwelche Dinge geschrieben sind, die wir nicht kennen und wo Sie jetzt irgendwas draus zitieren. So weit geht das nicht.

(Robin Wagener (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Die
Zeugin war Ende August
überhaupt nicht im Land!)

Ganz abgesehen davon war sie nicht mal mehr im Land.

Stefan Keuter (AfD): Ja, aber sie hat doch Familienangehörige dort.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun sind wir aber in einem Bereich, wo es wirklich - - Tut mir leid. Ich diskutiere das auch nicht. Das lasse ich nicht zu.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Danke. Ich bin mit meinen Fragen durch. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann bedanke ich mich auch, insbesondere bei der Zeugin. Ich mache Sie gerne noch mal drauf aufmerksam, dass Sie das Protokoll zugeschickt bekommen werden und Gelegenheit haben, das durchzusehen und

auch zu korrigieren, wenn Sie der Meinung sind, dass da was korrigiert werden muss. - Wenn Sie das noch mal übersetzen, bitte.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie wollten am Schluss noch etwas sagen, habe ich dem entnommen, dass Sie den Finger gehoben haben. Bitte schön.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Was das Bildungssystem anbetrifft, Ihre Frage von vorhin, eine kurze Anmerkung dazu, als guter Beweis dafür: Es wird jedes Jahr eine Aufnahmeprüfung als Zulassung zur Universität genommen. Und bei dieser Aufnahmeprüfung in diesem Jahr hat man festgestellt, dass unter den ersten zehn keine Frau, kein Mädchen dabei war, während eigentlich in den Jahren zuvor immer die ersten Plätze von Frauen besetzt worden sind. Das bedeutet, dass man wirklich nicht möchte, dass Frauen in der Tat den Bildungsweg einschlagen und etwas aus sich machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Es gibt einen Bericht vom BMZ, in dem steht: Die Familienangehörigen der Ortskräfte sind auf keinen Fall bedroht, jedenfalls nicht Bezug nehmend auf deren Arbeit mit uns, sondern es gibt ja keinerlei Gefahr für die. - Das stimmt eigentlich nicht. Das kann ja nicht wahr sein. Denn warum sollte man unsere Häuser durchsuchen, während man es bei anderen nicht tut? Was haben wir?

Ich habe vorhin auch eingangs gesagt, dass wir weder Angehörige des Militärs waren noch irgendwie eine andere Tätigkeit so wahrgenommen



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, bis auf die Tatsache, dass wir nur bei diesen Organisationen gearbeitet haben. Das ist unlogisch, und vehement kann ich das ablehnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht kann man Ihnen aber doch sagen - ich glaube, wir sollten in längere Erörterungen jetzt nicht mehr eintreten -, dass es ja auch unterschiedliche Einschätzungen der Situation der Ortskräfte gibt, je nachdem, in welchen Bereichen die gewesen sind. Und wir haben unterschiedliche Einschätzungen ja auch gehört. Insofern gibt es, glaube ich, nicht nur diese Aussage, sondern auch andere. Aber damit beschäftigt sich der Ausschuss in aller Differenzierung mit sehr unterschiedlichen Quellen und Zeugen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Frau Zeugin, ich unterbreche Sie wirklich ungern. Ihr Herz ist voll, und Sie haben uns hier viele, viele Stunden zur Verfügung gestanden. Wir übersetzen auch den Teil, den Sie uns noch dargelegt haben.

Aber wir haben jetzt ein reichliches Fragen-und-Antworten-Hin-und-Her bewegt. Sie haben eine sehr ausführliche Erklärung abgegeben. Und ich glaube, wir sollten jetzt auch zum Ende der Befragung kommen. Das wäre jedenfalls die Bitte. Wir übersetzen das noch mal und bedanken uns auch sehr herzlich bei Ihnen, auch für Ihre Zeit und Ihre Geduld und für Ihr Engagement allemal. Und dass Sie mit dem ganzen Herzen dabei sind, kann man ja merken bei allem, was Sie sagen.

Aber wir haben auch noch einen weiteren Zeugen, der jetzt hier gleich an Ihre Stelle tritt.

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht übersetzen wir das in der Sekunde, Ihren Teil und das, was ich gesagt habe, und dann gucken wir mal, wo wir sind.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Ein Mitglied aus unserer Gruppe, der noch in Kabul ist, der hat auch eine Zusage der Bundesregierung erhalten. Allerdings: Sie möchte natürlich mit ihrer Familie das Land verlassen. Alle zwei, drei Monate wird sie angerufen, warum, wann sie das Land verlassen möchte und nach Pakistan oder in das andere Nachbarland einreist. Sie besteht nach wie vor darauf, dass, wenn überhaupt, mit der Familie zusammen - - Allein werde sie nicht das Land verlassen.

Des Weiteren: Ein Fahrer von GIZ, der neulich gestorben ist - - Es gibt eine Videoaufnahme von ihm, wo er sagt, dass er jahrelang für eine Organisation wie GIZ gearbeitet hat, und im Endeffekt hat man ihn im Stich gelassen. Er war psychisch total erkrankt. Und im Endeffekt ist er gestorben.

Man sagte uns immer, der Prozess der Aufnahmezusage bzw. Aufnahmeprozess ist einfach jetzt abgeschlossen. Man kann nicht Weitere da hinzufügen. Aber wir hören von vielen anderen Seiten und Personen, die in den letzten drei Monaten, zwei Monaten oder vor Kurzem angekommen sind. Es gab eine Dame, die in Kabul von den Taliban bei einer Demonstration festgenommen worden ist. Man hat ja Videoaufnahmen auch fast in allen Medien hier veröffentlicht. Eine Sportlerin, Frau Tamana Zaryab Paryani, ist vor ein paar Tagen mit ihren Schwestern hier eingetroffen. Wie kann es sein, dass ein Verfahren abgeschlossen ist, das Aufnahmeverfahren abgeschlossen ist, aber andere doch hier einreisen können?

Mein Appell an die Bundesregierung ist, dass die Regierung - - Deutschland hat in Afghanistan als ein Partner unheimlich viel gemacht. Es ist viel geschehen. Warum lässt man einen Partner und die Menschen, die für beide Länder gearbeitet haben, und gerade mal die Ortskräfte, die für Deutschland dort tätig waren, allein, im Stich? Und bei vielen anderen Geschehnissen auch im Lande bleibt man einfach, ohne eine Aussage dazu zu machen - - hält also Stillschweigen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es sterben Menschen dort bei Anschlägen. Wird überhaupt nicht berichtet. Es gibt viele junge Menschen, die bei Selbstmordanschlägen ums Leben kommen. Wird überhaupt nicht mehr wahrgenommen. Das ist einfach sehr traurig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Übersetzen Sie auch das, was ich gesagt habe, bitte.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Darf ich einen Satz sagen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie dürfen am Ende gerne noch einen Satz sagen. Wir haben ja den Appell auch entgegengenommen. Das ehrt Sie auch, dass Sie das tun. Wir müssen nur mit der Befragung dann zum Ende kommen. Sie können gerne noch einen Satz zum Schluss sagen. Ich habe hohe Wertschätzung für das, was Sie hier vorgetragen haben, und dass Sie sich so lange unseren Fragen gestellt haben und dass Sie sich für andere Menschen einsetzen, auch.

Und die Bundesregierung sitzt hier auch und hat das auch gehört, was Sie vorgetragen haben. Und die Dinge werden ja auch protokolliert; auch das.

Sie können noch einen Abschlusssatz dann gerne sagen, und dann sollten wir die Befragung schließen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

Zeugin Amena Rahemy: ... [Ausführungen in Dari]

Dolmetscher 1: Wir hören derzeit von den Unruhen in Iran und auch, dass etliche Menschen bis jetzt hingerichtet worden sind. Ich habe jetzt gelesen und gehört, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestages sich dafür eingesetzt haben oder dass man sich dafür starkmacht, dass das nicht mehr weiter erfolgt.

Wie ist ein Unterschied zwischen Afghanen und Iranern? Denn die Menschen, die in Afghanistan

ausgepeitscht werden oder auch hingerichtet werden - - dass niemand sich dafür starkmacht - - oder Selbstmordanschläge, bei denen Menschen sterben - -

Mein letzter Satz - ich will auch nicht jetzt eine Antwort haben -: Ich weiß, dass dieser Ausschuss sich unheimlich viel Zeit genommen hat für mich, um einfach alles, was ich hier vorgetragen habe - - Ich gehe davon aus, dass Sie ähnliche Sitzungen schon mal hier gehabt haben. Aber wenn in der Tat dieser Ausschuss auch nicht für uns etwas tun kann, war es ein Vergeuden der Zeit, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist sicher falsch, und der Ausschuss kann etwas dafür tun, indem wir nämlich die Dinge aufarbeiten, die in Afghanistan gewesen sind, und die Öffentlichkeit auch auf das Land hinweisen. Und sich für Menschen einzusetzen überall in der Welt, wo Gewalt angetan wird, finde ich allemal ehrenvoll und auch richtig, dass das hier festgestellt wird. Das will ich ausdrücklich sagen.

Unser Ausschuss hat eine bestimmte Aufgabe; der gehen wir auch nach. Ein Teil wird natürlich auch der sein, nach den Erkenntnissen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Insofern war das mitnichten sinnlos.

Wir bedanken uns noch mal für Ihren Beitrag und auch den anderer Zeugen. Und wir geben uns Mühe, den Erwartungen gerecht zu werden, die an uns gerichtet werden. Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen.

Ich schließe dann diesen Teil der Sitzung, und wir fahren in zehn Minuten fort mit dem nächsten Zeugen.

Dolmetscher 2: ... [Ausführungen in Dari]

(Unterbrechung von
19.44 bis 20.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir zu einem Zeitpunkt arbeiten, wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Parlament jedenfalls dem Ende entgegenarbeitet und ganz viele Menschen auf Weihnachtsfeiern sind, will ich den Hinweis machen, da das die letzte Sitzung vor Weihnachten ist, dass ich das Sekretariat gebeten habe, dass wir am Ende unserer Sitzung, wann immer das sein wird, jedenfalls miteinander anstoßen auf die Arbeit, die wir miteinander schon geleistet haben, und auf das neue Jahr, das dann folgt. Das mag ein bisschen zusätzliche Motivation sein, das Ende im Blick zu behalten, was heute kommt.

Ansonsten bedanke ich mich bei allen, die hier mitwirken, insbesondere - ich will das auch mal sagen - nicht nur bei den Stenografen, sondern auch bei denen, die für die Technik hier sorgen, die uns bewachen, die uns beköstigen, und all diejenigen, die dafür sorgen, dass wir hier arbeiten können. Ich will das ausdrücklich auch mal hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Und bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hier hinter uns sitzen, natürlich auch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Stefan Recker

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ansonsten begrüße ich sehr gerne unseren zweiten Zeugen, Herrn Recker, der bereits Platz genommen hat. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist.

Herr Recker, Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. November 2022 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen. Dolmetscher sind nicht erforderlich.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge zu belehren.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, das der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Stefan Recker: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich Sie noch darauf hinweisen, dass es eine Tonaufnahme gibt, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, sich in der Nähe des Mikrofons aufhalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen allerdings vor der endgültigen Fertigstellung übersandt, sodass Sie auch Fehler noch korrigieren können.

Mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu beschließen. Allerdings ist das ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. In der Regel tagen wir öffentlich. Das ist auch ein Verfassungsgebot, dass wir das tun sollen. Und es bleibt auch so oder so die Entscheidung des Ausschusses.

Gibt es zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich zum Ablauf der Vernehmung: Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Dann haben Sie zu Beginn der Vernehmung zur Sache nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Das ist keine Pflicht, aber eine Möglichkeit. Anschließend werden Sie dann von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Den Ablauf haben Sie auch verstanden?

Zeuge Stefan Recker: Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Den Ablauf haben Sie so verstanden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Recker: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, mir zunächst zu bestätigen, dass Sie weiterhin unter der dem Ausschusssekretariat bekannten Adresse erreichbar sind.

Zeuge Stefan Recker: Welche Adresse haben Sie?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das weiß das Sekretariat. - Die Adresse, an die die Einladung gegangen ist.

Zeuge Stefan Recker: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da leben Sie noch; das ist gut.

Und jetzt würde ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen, Ihrem Alter und Ihrem Beruf vorzustellen.

Zeuge Stefan Recker: Stefan Recker, 59, Beruf: Maurer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Sie können nun, Herr Recker, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Stefan Recker: Also, ich weiß nicht, was Sie da genau erwarten von mir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie müssen das nicht tun. Sie können es, wenn Sie wollen. Ansonsten können Sie auch einfach die Fragen beantworten; das ist ganz in Ihrem Belieben.

Zeuge Stefan Recker: Das wäre mir lieber.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann haben die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Und die Kollegen erinnern sich bitte daran, dass, wenn sie das tun, sie die entsprechenden Nummern, MAT-Nummern, zunächst vorlesen, sodass auch die uns folgenden Kolleginnen und Kollegen das immer ganz schnell finden.

So, dann starten wir, und es beginnt die SPD-Fraktion, die Kollegin Yüksel.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch herzlich willkommen, Herr Recker, und danke, dass Sie uns zur Verfügung stehen für unsere Fragen.

Da Sie noch nichts gesagt haben am Anfang, würde ich gerne Sie fragen: Können Sie uns kurz berichten, seit wann Sie für die Caritas in Afghanistan tätig sind?

Zeuge Stefan Recker: Seit Juni 2014.

Gülistan Yüksel (SPD): Danke. - Welche Ziele hatte die Arbeit der Caritas in Afghanistan? Lag der Schwerpunkt auf humanitärer Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit?

Zeuge Stefan Recker: Ich will jetzt ein bisschen ausholen für meine Verhältnisse. Caritas ist ja das soziale Hilfswerk der katholischen Kirche. Und in Deutschland ist die Caritas, soweit ich weiß, der zweitgrößte nichtstaatliche Arbeitgeber im Bereich sozialer Hilfe. Also, Krankenhäuser, Sozialstationen, Kindergärten usw. werden vielfach von der Caritas betrieben.

In Afghanistan machen wir das ähnlich. Da haben wir Sozialprogramme: Drogenabhängige, Mutter-Kind-Gesundheit, Behindertenhilfe. Aber bis Mitte 21 hatten wir auch Nothilfeprojekte oder auch Projekte im Bereich der Übergangshilfe, Richtung Entwicklungshilfe.

In Deutschland gibt es analog zu den humanitären Hilfsprogrammen des Auswärtigen Amtes und den Entwicklungsprogrammen des BMZ zwei katholische Institutionen: Caritas, die nur vorzugsweise Nothilfe und soziale Fürsorge im Ausland macht, aber dann Misereor, die Entwicklungszusammenarbeit auf katholischer Ebene machen. Deswegen haben wir eigentlich eher den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auftrag, nicht so wirklich in die Entwicklungshilfe zu gehen. Und deswegen war halt in Afghanistan unser Einsatz - - oder: ist unser Einsatz eher Richtung Nothilfe. Aber auch Übergangshilfe gibt es.

Gülistan Yüksel (SPD): Okay. - Dann würde ich gerne wissen, wenn Sie auch jetzt sagen, Ihr Schwerpunkt lag in der Nothilfe: Wie wurde das denn finanziert? Können Sie dazu was sagen? Bekamen Sie Unterstützung vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, oder wurde das vom Auswärtigen Amt finanziert? Wie finanzierte sich das?

Zeuge Stefan Recker: Wie ich gerade eben sagte oder zu sagen versuchte: Die Nothilfeprogramme der Bundesregierung werden durch das Auswärtige Amt finanziert. Entwicklungszusammenarbeit wird durch das BMZ finanziert. Wir hatten vorzugsweise Geld vom AA, aber auch von dem OCHA, Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, der Vereinten Nationen, aber auch von anderen Trägern.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde ich gern noch mal wissen - wir haben in den Akten nachgesehen; in den Mails war dann immer die Funktionsbezeichnung „Caritas Germany, Country Office Afghanistan“; damit wurde das unterzeichnet -: Können Sie uns berichten, welche Funktionen dieses Büro in Afghanistan hatte?

Zeuge Stefan Recker: Ja. Wiederum muss ich leider ein bisschen weiter ausholen: Normalerweise würden wir mit der nationalen Caritas-Gesellschaft arbeiten. Also, meine Kolleginnen und Kollegen, die in Kolumbien arbeiten, die sitzen in den Büros der Caritas Kolumbien. In jedem Land, wo es eine katholische Kirche gibt, gibt es eine Caritas. Die mag nicht Caritas heißen, sondern einen anderen Namen haben, aber im Prinzip ist das eine Caritas. Da es in Afghanistan mangels katholischer Kirche keine Caritas gibt, mussten wir unser eigenes Büro aufbauen, und damit führen wir - mit Partnerorganisationen - Hilfsprojekte durch oder Entwicklungsprojekte.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie kurz sagen, welche Partnerorganisationen das sind?

Zeuge Stefan Recker: Ja. Das sind vorzugsweise nationale Partnerorganisationen - in Afghanistan gibt es „dank“ 40 Jahren Krieg, Konflikt und Naturkatastrophen eine rege NGO-Szene, eine rege Hilfsorganisationsszene; das ist einer der wenigen Wirtschaftsfaktoren in Afghanistan -, aber auch mit internationalen Organisationen, natürlich gerne auch mit unseren Caritas-Schwestern. Also, es gibt die niederländische Caritas dort, Cordaid, und die amerikanische Caritas, Catholic Relief Services, die natürlich unsere ersten Ansprechpartner auf internationaler Ebene wären, aber natürlich dann, wie gesagt, auch mit nationalen und gerade mit lokalen Hilfsorganisationen, also die wirklich in einem bestimmten lokalen - - in einer Region arbeiten.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich würde noch mal nachfragen, weil ich das so nicht ganz verstanden habe. Das Büro in Afghanistan, an welcher Stelle findet sich das Büro in Afghanistan innerhalb der Struktur der Caritas wieder? Sie haben es ja eben gesagt mit der Caritas. In welcher Struktur findet sich das denn dort wieder?

Zeuge Stefan Recker: Wir sind einfach das Steuerungsbüro für die Hilfsprojekte, die durch Partnerorganisationen in Afghanistan durchgeführt werden. Wir sind die direkten Ansprechpartner für die Partnerorganisationen, und wir lenken und steuern die Projekte vor Ort.

Gülistan Yüksel (SPD): Dazu dann eine Frage: Gehörte es zu Caritas Deutschland, oder war es eher das deutsche Büro innerhalb von Caritas international? Können Sie das noch mal sagen?

Zeuge Stefan Recker: Okay. - Das ist natürlich ein bisschen irreführend. Wir heißen in Deutschland Caritas international - mit kleinem „i“. Wir sind das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes. Im Ausland heißen wir Caritas Germany. Fragen Sie nicht nach Sinnhaftigkeit, aber so ist es einfach. Andere Caritas-Verbände heißen dann zum Beispiel - - Also, in Frankreich heißt die örtliche internationale Caritas Secours catholique, also „katholische Hilfe“. In Großbritannien heißt es CAFOD; das ist wahrscheinlich irgendeine Abkürzung usw. usf. Wir heißen in Deutschland Caritas international, aber international heißen



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir Caritas Germany oder Caritas Allemagne oder so.

Gülistan Yüksel (SPD): Das geht ein bisschen durcheinander. - Gut, dann würde ich gerne mal eine andere Frage stellen. Sie waren ja Leiter des Büros. Was gehörte zu Ihren Aufgaben?

Zeuge Stefan Recker: Repräsentanz nach außen, Sicherheit - ein ganz großes Thema -, die Verwaltung unseres Büros, im groben Rahmen auch die Projektsteuerung. Wir sind zwei Ausländer dort normalerweise, ein Programmkoordinator oder eine Programmkoordinatorin und ich halt. Wenn die Programmkoordinatorin nicht zur Stelle war, habe ich sie vertreten, und aufgrund einer gewissen Erfahrung habe ich natürlich auch die Programmkoordinatorin im Bereich Programme beraten. - Ja, Verbindung zur UN, also Vereinten Nationen, zu anderen Organisationen zu halten, zur Politik, der afghanischen Politik zu halten. Ja, wie gesagt: Landesvertreter im weitesten Rahmen.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie uns vielleicht kurz beschreiben, wie Ihr Arbeitsalltag aussieht, was Sie so - - die tägliche Arbeit, einen Arbeitsalltag vielleicht kurz beschreiben?

Zeuge Stefan Recker: Ja. Ich kriege am Tag 60, 70 E-Mails, von denen einige auch beantwortet werden wollen; die halten viel auf. Besprechungen mit Kolleginnen und Kollegen - ich habe 25 afghanische Kollegen dort -, Besprechungen mit Partnerorganisationen. Wir haben 12 Partner momentan, um die ich mich auch kümmern muss. Das ist halt viel. Also wirklich Besprechungen und E-Mails, das ist so das Hauptthema.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie sagten, Sie haben auch afghanische Angestellte, wenn ich das richtig verstanden habe. Wie viel Austausch hatten Sie mit Ihren afghanischen Angestellten?

Zeuge Stefan Recker: Wie viel was?

Gülistan Yüksel (SPD): Austausch. Wie war der Austausch? Wie viel Austausch hatten Sie mit den afghanischen Angestellten?

Zeuge Stefan Recker: Ich verstehe die Frage nicht, das tut mir leid.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie haben ja eben kurz Ihren Arbeitsalltag geschildert, und ich würde gerne wissen, wie oft Sie sich mit den Angestellten getroffen haben, was Sie miteinander besprochen haben, in welchen Abständen diese Treffen stattgefunden haben.

Zeuge Stefan Recker: Wir haben also Sonntag - wir arbeiten Sonntag bis Donnerstag - morgens eine Teambesprechung gehabt mit allen, ich sage mal, höhergestellten afghanischen Kolleginnen und Kollegen und dann je nach Bedarf. Aber mit jedem und jeder Angestellten spreche ich jeden Tag mindestens dreimal, würde ich mal sagen, im Durchschnitt.

Gülistan Yüksel (SPD): Dreimal im Durchschnitt. - Gab es denn auch Austausch mit der afghanischen Bevölkerung in Ihrer Arbeit? Weil Sie haben ja - - Wie fand der statt?

Zeuge Stefan Recker: Bei Projektbesuchen. Wir hatten natürlich auch Projekte in Kabul, zum Beispiel im Bereich Mutter-und-Kind-Gesundheit, im Drogenbereich, aber halt auch im Land. Ich bin, sooft es ging, auf Projektbesuche gegangen, und dann habe ich versucht, mit den Menschen dort zu sprechen - mein Dari ist ganz, ganz schlecht dummerweise, aber soweit es ging halt.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie standen ja mit den staatlichen deutschen und internationalen Stellen im Austausch, waren Sie also in Kontakt. Wie sah der Austausch aus? Können Sie dazu vielleicht kurz berichten?

Zeuge Stefan Recker: Ja. Ich bin der Moderator und - ich weiß nicht, wie das noch heißt -, also der Mensch, der einlädt zu einer Runde, regelmäßigen Runde von Austauschen zwischen deutschen Organisationen, also GIZ, anderen deutschen Organisationen, aber auch deutschland-basierten Organisationen, also Organisationen, die in Deutschland ein Büro haben, und wir treffen uns einmal im Monat - jetzt virtuell natürlich. Das machen wir aber auch, wenn Sachen besprochen werden müssen. Natürlich, ich habe ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr gutes Verhältnis zu den Kolleginnen und Kollegen der Welthungerhilfe zum Beispiel, ein gutes Verhältnis zu den Kolleginnen und Kollegen von den Johannitern. Da haben wir regelmäßige offizielle, aber auch inoffizielle Austausche.

Gülistan Yüksel (SPD): Gut, das sind ja diese - - Dann würde ich noch mal gerne - - Sie hatten ja gesagt, dass zu Ihren Aufgaben auch die Sicherheit gehört. Mit wem standen Sie hinsichtlich der Sicherheitslage in Kontakt? Haben Sie denn diese für Ihre Organisation selbst bewertet, oder konnten Sie auf andere Einschätzungen auch zugreifen? Sie sagten ja, Sie haben ja auch mit der GIZ zum Beispiel Kontakt. Können Sie dazu etwas sagen, wie Sie diese Sicherheitslage - - mit wem Sie da in Kontakt standen?

Zeuge Stefan Recker: Ja. Zuerst mit INSO. INSO ist eine Organisation, die 2004 in Afghanistan gegründet worden ist. INSO steht für International NGO Safety Organisation. Die war zuerst unter dem Schirm der Welthungerhilfe, ich glaube, bis 2008, dann wurden sie selbstständig. Das ist unsere bevorzugte Adresse, wenn es um Sicherheitsinformationen, Sicherheitseinschätzungen geht. Und dann natürlich mit dem RMO der GIZ. RMO steht für Risk Management Office; das ist also der Sicherheitsapparat der GIZ. Wir sind ein sogenannter SLA-Partner; SLA steht für „Service-Level-Agreement“, die uns zum Zugang zu bestimmten Informationen berechtigen und der Teilnahme an Diskussionsrunden. Aber natürlich haben wir auch - - Wir machen unsere eigenen Einschätzungen. Wir kriegen die Informationen zusammen, die Analysen von den verschiedenen Partnern, aber treffen natürlich im Endeffekt unsere eigenen Entscheidungen. Also, wir machen unsere eigenen Analysen und treffen natürlich basierend auf diesen Analysen unsere eigenen Entscheidungen.

Gülistan Yüksel (SPD): Gut. - Ich würde gerne jetzt noch ein paar Fragen zum Doha-Abkommen und seinen Folgen stellen, und zwar wissen wir ja: Am 29. Februar 2020 schlossen ja die USA mit den Taliban das Doha-Abkommen ab. Wie war Ihre Reaktion auf dieses Abkommen? Welche Er-

wartungen hatten Sie daran, und welche Auswirkungen hatte das Abkommen für die Arbeit der Caritas in Afghanistan?

Zeuge Stefan Recker: Okay. - Ich beantworte die letzte Frage zuerst: Es gab keine Auswirkungen auf unsere Arbeit. Wir hatten uns natürlich Sorgen gemacht, was passiert, wenn die Amerikaner abziehen. Es war relativ schnell klar, dass dann auch die anderen Staaten, die dort Militär hatten, abziehen werden, weil sie bestimmte Sachen ohne die Amerikaner nicht machen konnten, also MedEvac und Geheimdienstaktivitäten.

Aber ich muss auch wieder mal einen Schritt zurückgehen. Es gibt Leute, die sagen, dass ich relativ viele Erfahrungen in Afghanistan habe. Aber auch ich habe nicht einschätzen können, dass das afghanische Militär so schnell zusammenbricht. Wir sind davon ausgegangen, dass das weiter - - dass die dortige Regierung die Kontrolle behalten wird über zumindest große Teile des Landes, auch mit Unterstützung der Amerikaner im militärtechnischen Bereich. Von daher war ich selbst auch sehr überrascht, wie schnell das dann ging.

Gülistan Yüksel (SPD): Vor welchen Schwierigkeiten stand die Arbeit der Caritas nach dem Doha-Abkommen? Ich würde gerne aus MAT A BMZ-3.01, Blatt 4 bis 20 zitieren. Im Juni schrieben Sie eine Mail zu einem Skype-Termin mit Mitarbeitern aus der deutschen Botschaft in Kabul. Sie fassen in dieser Mail die Themen zusammen, die Sie in diesem Skype-Termin miteinander besprochen haben. Das war unter anderem stichpunktartig:

- Bank-Konten (wie im u.g. eMail Wechsel dargestellt)
- Lizenz sondergeschütztes Fahrzeug (B 6) – wir hatten den Prozess der Lizenzerneuerung Anfang April 2020 angefangen, bis jetzt kein Erfolg, seit 31.05.20 ist unsere Lizenz abgelaufen, daher können wir das Fahrzeug nicht nutzen
- Berichtswesen Wirtschaftsministerium



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Visa- und Arbeitsgenehmigungs-erteilung
- Steuern
- NTA und NGO Gesetz- Abkommen afghanische Regierung und deutsche NGOs (angehangen)

Das haben Sie ja geschickt. Können Sie uns den Austausch mit der Botschaft vielleicht mal hier beschreiben?

Zeuge Stefan Recker: Okay. - Das sondergeschützte Fahrzeug wurde angeschafft nicht wegen eines militärischen Risikos oder des Risikos von Anschlägen, sondern einfach als Schutz vor Entführungen, die aber nichts mit Taliban oder mit sonstigen Oppositionsgruppen zu tun hatten, sondern krimineller Natur waren. Von daher hat das, falls Ihre Frage jetzt auf das Doha-Abkommen zielt, da keinen Einfluss drauf.

Gülistan Yüksel (SPD): Wie war denn der Austausch mit der Botschaft? Sie haben das ja hingeschickt. Wie können Sie den Austausch mit der Botschaft beschreiben? Sie haben das ja hingeschickt. Was ist dann - -

Zeuge Stefan Recker: Wie gesagt: Ich bekomme am Tag 60, 70 E-Mails; ich weiß nicht mehr, was daraus - - geschehen ist. Es ist jetzt - - Wie lange ist das her? Anderthalb Jahre? - Also, ich weiß es nicht.

Gülistan Yüksel (SPD): Eine letzte Frage habe ich noch zum Doha-Abkommen. Inwieweit haben Sie nach dem Doha-Abkommen verstärkte Fluchtbewegungen aus Afghanistan wahrnehmen können?

Zeuge Stefan Recker: Da sind mir keine verstärkten Fluchtbewegungen erinnerlich.

Gülistan Yüksel (SPD): Herzlichen Dank von meiner Seite. Mein Kollege übernimmt jetzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Herr Recker, vielen Dank, dass Sie heute da sind. - Noch eine Frage - ein kleiner Sprung zurück -: Waren außer der deutschen Caritas andere Caritas-Nationalverbände auch in Afghanistan unterwegs, und waren die

unter Ihrer Leitung zusammengefasst? - Nur für mein Verständnis.

Zeuge Stefan Recker: Erste Frage: Ja. Zweite Frage: Nein. - Also, es gab andere Caritas-Verbände, Cordaid, die niederländische Caritas, und Catholic Relief Services, die amerikanische Caritas, und wir hatten regelmäßige Koordinations-treffen, die manchmal ich initiiert hatte, aber manchmal auch jemand anders. Aber es war keine Frage, dass ich da eine koordinierende Rolle hatte.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ihre vorigen Aussagen habe ich auch so verstanden, dass Sie zu dem Zeitpunkt während oder kurz nach dem Abschluss des Doha-Abkommens keinerlei Veranlassung gesehen haben, darüber nachzudenken, Ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Hat sich diese Einstellung im Laufe der Zeit verändert? Bei mir geht es jetzt bei den nächsten Fragen um den Zeitraum nach dem Doha-Abkommen und wie sich dort die Sicherheitslage verändert hat.

Zeuge Stefan Recker: Okay. - Das war also nie eine Frage, ob wir die Arbeit der Caritas international, dem Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, in Afghanistan einstellen oder nicht. Die Arbeit ist seitdem weitergegangen. Die Arbeit geht seit 1984 voran, und wir haben die nie aufgegeben. Es kann sein, dass mal die Ausländer, also meine Kollegin und ich, aus dem Land raus sind, aber die Arbeit ist weitergegangen.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie sich erinnern, mit wie vielen internationalen und wie viel lokalen Mitarbeitern, Ortskräften, die Caritas zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan gewirkt hat?

Zeuge Stefan Recker: In welchem Zeitpunkt?

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn wir jetzt den Zeitpunkt um den und kurz nach dem Abschluss des Doha-Abkommens nehmen?

Zeuge Stefan Recker: Das waren 27 nationale Teammitglieder und zwei internationale, inklusive mir.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Zwei?

Zeuge Stefan Recker: Zwei.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein wichtiger Aspekt in unserem Untersuchungsausschuss ist immer die Frage, inwieweit es Bedrohungslagen auch für die internationalen Mitarbeiter, aber auch vor allen Dingen für die afghanischen Ortskräfte gegeben hat. Können Sie uns schildern, wie Sie die Bedrohungslage, beginnend - weil es unser Untersuchungszeitraum ist - mit dem Abschluss des Doha-Abkommens und dann im Laufe der Monate bis zum tatsächlichen Abzug der militärischen Truppen, einschätzen würden? Haben Sie da Veränderungen wahrgenommen? War es eine kontinuierliche Verschlechterung? Gab es auch Situationen, wo sich die Lage wieder verbessert hat? Wenn Sie das mit Ihren eigenen Worten beschreiben könnten.

Zeuge Stefan Recker: Ja. Die Lage für die afghanischen Kolleginnen und Kollegen, gerade für die Kolleginnen, war nie wirklich rosig in Afghanistan. Sie hatten Angst, dass sie während des Pendelns zum Büro - sie sind teilweise 20, 30 Kilometer gefahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln; das sind meistens Sammeltaxis - ein Kollateralschaden bei einem Bombenangriff werden, dass sie vielleicht ausgeraubt werden. Und sie hatten Angst, dass sie in ihrem Umfeld Ziel von kriminellen Aktivitäten werden, aber auch Ziel von Repressalien von Taliban zum Beispiel. Deswegen haben die meisten afghanischen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich über Sicherheit gesprochen habe - ich habe bei Weitem nicht mit allen über ihre Sicherheit gesprochen, weil da einfach auch ein gewisses Vertrauensverhältnis da sein muss -, zu Hause in ihrer Nachbarschaft nicht gesagt, dass sie für eine internationale Hilfsorganisation arbeiten, sondern dass sie Reisende sind oder in irgendeinem Ministerium arbeiten, und das aus Selbstschutz einfach.

Die Bedrohungslage der Kolleginnen und Kollegen ist natürlich kontinuierlich - - hat sich verschlechtert nicht nur seit dem Doha-Abkommen, sondern seit ich dort bin. Seit 2014 ist die Sicherheitslage für alle schlechter geworden: einfach mehr Anschläge, Entführungen - aber dann eher

aus kommerziellen Erwägungen. Und die Lage hat sich dann noch mal mehr verschlechtert seit Ende Februar 20 bis August 21.

Ich habe selber mal einen Magnetbombenangriff mitbekommen - ich war etwa 20 Meter entfernt -, und das ist traumatisierend. Das ist wirklich - - Also, wir waren nicht das Ziel dieses Anschlags, das war ein Bus vom Justizministerium. Aber ich war so 20 Meter entfernt, halt eben nicht in dem sondergeschützten Fahrzeug, weil das gerade nicht zur Verfügung stand. Also, das war „spektakulär“, und ich kann die afghanischen Kolleginnen und Kollegen heftig verstehen, dass sie Angst hatten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Sicherheit haben wir aber, nämlich dass das Fragerecht jetzt wechselt zur Union. Das Wort hat der Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auch von meiner Seite, Herr Recker, recht herzlichen Dank, dass Sie die nicht ganz kurze Anreise zu uns heute auf sich genommen haben. - Um jetzt noch mal zu verstehen - vielleicht noch an einem Beispiel -, worin Ihre Arbeit lag: Könnten Sie uns eines der von Ihnen betreuten Projekte vielleicht einfach mal in kurzen Sätzen schildern und was Ihr Beitrag zu diesem Projekt war?

Zeuge Stefan Recker: Wie gesagt: Wir machen soziale Projekte. Mutter-Kind-Gesundheit: Da finanzieren wir aus Eigenmitteln ein Hilfsprojekt von terre des hommes, eine Schweizer Hilfsorganisation, die halt Frauen, gerade arme Frauen unterstützt während der Schwangerschaft, während der Geburt und unmittelbar nach der Geburt, also gerade mit Beratungsleistungen, aber auch mit Medizin, mit einem Weg, dass sie im Falle einer schwierigen Schwangerschaft einen Weg finden in ein Krankenhaus, nach der Geburt eine Nachsorge. Das ist eines unserer Projekte, bei dem wir arbeiten.

Ich selber - auch wieder ein Schritt zurück -: Also, meine Tätigkeit ist eine glorifizierte Bürotätigkeit; ich sitze in einem Büro in Kabul. Aber das ist wirklich eine Bürotätigkeit. Ich gucke, dass das Budget stimmt, ich kümmere mich um



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Sicherheit, wie gesagt: Außenvertretung. Aber die eigentliche Projektarbeit wird von den Partnern durchgeführt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie aber auch im Land unterwegs gewesen, um sich Projekte anzuschauen.

Zeuge Stefan Recker: Ich bin immer noch im Land unterwegs - weniger als vorher; das hat aber auch interne Gründe, weil wir einfach Personalprobleme haben, gerade was die Funktion des Programmkoordinators oder der Programmkoordinatorin betrifft, und deswegen musste ich einfach zwei Stellen oder anderthalb Stellen ausfüllen, und das geht dann tatsächlich nur von unserem Kabuler Büro aus. Deswegen konnte ich schlecht reisen. Ich würde viel, viel lieber reisen, als da im Büro zu sitzen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nur noch mal zur Vergewisserung - wir sind auch immer versucht, spätere Zeiträume zu fragen, aber unser Auftrag ist begrenzt bis August 21 -: Ich habe das so verstanden, dass Sie sich bis zur Machtübernahme der Taliban bzw. Ihrer eigenen Ausreise die Projekte auch vor Ort regelmäßig angeschaut haben. So habe ich das vorhin verstanden.

Zeuge Stefan Recker: Nie genügend, aber soweit es ging.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Deswegen meine Anschlussfrage jetzt: Wie muss ich mir diese Projekte an sich vorstellen, was die Verteilung im Land betrifft? Waren das Großstadtprojekte?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Oder war das wirklich auch in - wie wir gelernt haben - von Taliban teilweise oder konservativen Strukturen noch beherrschten ländlichen Regionen?

Zeuge Stefan Recker: Wir haben Projekte in Kabul gehabt. Wir haben Projekte in größeren Städten gehabt. Aber vorzugsweise machten wir Projekte in den ländlichen Regionen, allerdings

Regionen, die nicht von den Taliban beherrscht wurden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so, okay. - Wie würden Sie die Stimmung vor diesem August 2021 in den von Ihnen betreuten Projektregionen beschreiben? Gab es da irgendwie die Gewissheit, dass jetzt irgendwann nach dem Abzug der Amerikaner und der anderen internationalen Kräfte ein System zusammenbricht? Gab es eine Erwartungshaltung an Sie, was die Fortführung der Projekte betrifft? Wie würden Sie die Stimmung beschreiben vor dem August 2021?

Zeuge Stefan Recker: Schwierig. - „Vor dem August 21“ heißt also: von Februar 20 an. Graduell kippte das halt. Also, je mehr Gebiete die Taliban eingenommen hatten - übrigens in meinen Augen nicht wegen der Stärke der Taliban, sondern wegen der Schwäche der Regierung, der afghanischen Regierung -, desto mehr kippte auch die Stimmung, desto mehr hatten die Leute Angst, und natürlich gerade die Menschen, die bei uns arbeiteten, im Caritas-Büro. Wir hatten versucht, eine ethnische Diversität zu haben. Aber gerade die Menschen, die von ethnischen Gruppierungen kamen, die den Taliban eher nicht so wohlgesonnen waren, hatten große, große Angst gehabt, und gerade die Frauen natürlich, die bei uns arbeiteten. Wir hatten sechs Frauen, sechs afghanische Frauen, die bei uns im Büro waren, und die hatten große Angst gehabt, gerade natürlich gegen Ende hin, also immer mehr seit Februar 20 bis dann halt zum August 21.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Eines der Ziele des deutschen Engagements in Afghanistan war ja auch die Stärkung nationaler und regionaler Strukturen mit dem Ziel, eine eigenverantwortliche Stabilität und Sicherheitslage zu erzeugen. Können Sie kurz beschreiben, wie Sie den deutschen Anteil in der Entwicklungshilfe an diesem Ziel „Wir wollen stabile Verhältnisse und eine sichere Umgebung schaffen“ - - wie groß der Anteil war und was der beitragen konnte zu solchen Friedens- und Stabilitätsbedingungen?

Zeuge Stefan Recker: Ich arbeite für eine Nichtregierungsorganisation, für die deutsche Caritas.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was die politische Arbeit der Bundesregierung in Afghanistan betrifft, kann ich natürlich was sagen; aber das ist keine offizielle Aussage der Caritas und ist auch nur eine ganz begrenzte Bewertung.

Die deutsche Zusammenarbeit in Afghanistan war regional stark begrenzt, also in dem Gebiet vorzugsweise, wo die Bundeswehr war, also im Prinzip - ich sage mal - in einem Halbmond von Herat bis rüber nach Badakhshan. Dort war die deutsche Zusammenarbeit sehr, sehr stark, aber auch auf politischer Ebene in Kabul.

Ich meine - und das ist jetzt keine Aussage, die ich nur jetzt treffe, sondern das habe ich auch früher gemacht -, dass die Budgetzusammenarbeit der deutschen Bundesregierung gegenüber der afghanischen Regierung, dass das Geld war, was verbrannt wurde. Aber die technische Zusammenarbeit vor Ort durch Organisationen wie die GIZ oder andere Organisationen und natürlich auch im NGO-Sektor, also im Bereich der Nichtregierungsorganisationen, das war Geld, was eine gute Investition war in meinen Augen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage noch mal anders: Hat es Sie in Anbetracht der langjährigen Tätigkeit, die Sie ja auch persönlich ausgeübt haben, überrascht, dass so rasch sowohl Sicherheitskräfte als auch die Politik in Afghanistan an Rückhalt in der Bevölkerung verloren haben, war das für Sie erkennbar, trotz der jahrelangen Bemühungen um Stabilität und Entwicklungszusammenarbeit?

Zeuge Stefan Recker: Dass das Militär so schnell zusammengebrochen ist, hat mich in der Tat überrascht. Dass die Politik sich aufgelöst hat oder die Regierungsstrukturen sich aufgelöst haben, das hat mich nicht überrascht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben in den Akten - das ist Mat A BMZ-3.89, Blatt 12 bis 13, 26 bis 28, 116 bis 121 - gesehen, dass Sie sich Mitte 2020 an die deutsche Botschaft gewandt haben - da ging es um ein neues NGO-Gesetz - und um Unterstützung gebeten haben, weil das die Arbeit der Hilfsorganisationen erschwere.

Können Sie uns zu dem Hintergrund ein bisschen was sagen? Und wie ist das eigentlich ausgegangen?

Zeuge Stefan Recker: Es ist damit ausgegangen, dass die Regierung weg war auf einmal. - Nee, also, in Afghanistan - - Ich war das erste Mal in Afghanistan von 95 bis 97 und dann wieder von Januar 2000 bis Februar 2004, dann wieder, ich glaube, von Oktober 2008 bis November 2011, und jetzt wieder - dann wieder mit der Caritas - von Juni 2014. Also, es war für Hilfsorganisationen nie wirklich lustig in Afghanistan. Und der afghanische Staat hat zwar offiziell gesagt: „Wir wollen die ausländischen Hilfsorganisationen hier haben“, aber sie haben versucht, uns das Leben schwer zu machen.

Das hat natürlich was damit zu tun, dass wir relativ viel Geld zur Verfügung hatten, dass der afghanische Staat Zugang zu diesem Geld haben wollte, dass der afghanische Staat unsere Arbeit aufs eigene Tapet schreiben wollte - was die Taliban übrigens jetzt auch gerne machen. Es gab zum Beispiel bestimmte Tendenzen, dass dann bei Verteilungen oder bei Übergabe von Hilfsprojekten auch ein Banner war: „Dies wurde von dem Ministry of Rural Rehabilitation and Development ermöglicht“. Dagegen haben wir uns natürlich gewehrt, weil das MRRD, also das Ministry of Rural Rehabilitation and Development - - Das Beste, was sie gemacht haben, war, uns aus dem Weg zu bleiben. Von daher haben wir uns natürlich gegen so was gewehrt. Und das war dann auch im Bereich dieses neuen NGO-Gesetzes, dass die halt mehr und mehr Einfluss haben wollten, also auch auf Personalauswahl usw. usf. Da haben wir uns massivst dagegen gewehrt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben im Zusammenhang mit Stabilität und Sicherheitslage im deutschen Engagement - auch zum Beispiel von Herrn Dr. Plate aus dem BMZ, den Sie wahrscheinlich kennen - auch erfahren, dass Korruption unsere Arbeit vor Ort immer erschwert hat. Trifft das auf die von Ihnen betreuten Projekte auch zu? Also, haben Sie Erfahrungen, institutionelle Erfahrungen natürlich - ich meine nicht persönliche Erfahrungen -, mit dem Thema



Nur zur dienstlichen Verwendung

Korruption gemacht in den von Ihnen betreuten Projekten?

Zeuge Stefan Recker: Graduell. Also, wir hatten mal den Fall, dass eine Partnerorganisation ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht die Löhne ausbezahlt hatte, die ihnen vertraglich zustanden. Das haben wir erfahren und haben dann die Zusammenarbeit mit dieser Partnerorganisation nach dem Abschluss dieses Projektes nicht mehr weiterverfolgt, obwohl wir das alles - - Das war eigentlich ein institutioneller Partner von uns. Die hatten seit 20 Jahren quasi Projekte mit uns durchgeführt. Das haben wir dann abgeschlossen danach.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde jetzt gerne mal zum Thema Ortskräfte kommen. Sie haben ja eben schon gesagt, Sie waren mit zwei internationalen Mitarbeitern und 27 Ortskräften vor Ort engagiert. Sind Ihnen in der Zeit zwischen dem Abschluss des Doha-Abkommens, also Februar 2020, und - ich sage mal - der sich verschärfenden Lage durch die Taliban im Sommer 2021 Gefährdungsanzeigen von Ihren Mitarbeitern übermittelt worden?

Zeuge Stefan Recker: „Gefährdungsanzeige“ hat so einen offiziellen Charakter. - Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und inoffiziell? Gab es Hinweise darauf, dass Ortskräfte gefährdet sind, der GIZ und so?

Zeuge Stefan Recker: Ja. Wie gesagt: Ich hatte mit einigen Kolleginnen und Kollegen ein gutes Verhältnis gehabt, das also auch über das normale im afghanischen Kontext professionelle Verhältnis hinausging. Das heißt, wir haben uns also quasi auch privat, soweit uns das überhaupt möglich war, getroffen, haben uns also privat auch unterhalten, und die haben mir halt gesagt, ja, sie fühlten sich bedroht. Das wurde halt dann auch immer schlimmer. Und weil viele Afghanen, die in Kabul leben, Verwandte in den anderen Regionen haben, haben sie mir natürlich auch Geschichten erzählt über Übergriffe auf diese Verwandten halt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es hat dann ja im Zusammenhang mit den Geschehnissen Mitte August auch das Ergebnis gegeben, dass Ortskräfte evakuiert worden sind, auch aus Ihrem Zuständigkeitsbereich, wenn ich das richtig gesehen habe. Könnten Sie kurz beschreiben, wie aus Ihrer Sicht das Ortskräfteverfahren ablief? Hat das reibungslos geklappt? Gab es Schwierigkeiten und, wenn ja, wo lagen die?

Zeuge Stefan Recker: Ich muss wieder einen Schritt zurückgehen; Entschuldigung, dass ich ein bisschen ausschweifend werde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie antworten sehr kurz; es ist alles gut.

Zeuge Stefan Recker: Wir haben bei uns so ein kleines - - Im Büro für die nationalen Teammitglieder haben wir eine Art Krankenversicherung, sage ich jetzt mal. Es gibt in Afghanistan keine vernünftige Krankenversicherung. Deswegen haben wir so eine Art Mechanismus, dass sie und registrierte Familienangehörige bestimmte Behandlungskosten, Medizinkosten von uns ersetzt bekommen. Dafür müssen aber diese Familienmitglieder registriert sein bei uns. Jeder Mitarbeitende hat uns dann eine Liste gegeben: Okay, da ist mein Bruder dabei, da ist meine Mutter dabei, da ist mein Vater dabei, da sind meine drei Kinder dabei. - Und da ich dann im Juni 21 gesehen habe, wo die Reise hinging, also dass es wirklich schwieriger wird, habe ich dann im Prinzip diese Listen zusammengeführt in eine Liste von nationalen Teammitgliedern plus ihren engsten Familienangehörigen, und das war dann die Grundlage unserer Evakuierungsliste, die wir dann ans BMI bzw. ans BMZ geschickt hatten.

Und mir wurde dann - - Ich bin ja selber am 17. August aus Afghanistan weg, bin dann nach Freiburg, zur Geschäftsleitung von Caritas international gegangen und habe dann dort meine Arbeit, soweit es geht, fortgesetzt, also Fernsteuerung quasi. Aber mir wurde halt die Evakuierung der nationalen Kolleginnen und Kollegen sehr schnell aus der Hand genommen, weil ich natürlich seit acht Jahren mit denen sehr, sehr eng zusammengearbeitet habe und dann zu Recht befürchtet wurde, dass ich da natürlich auch ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

emotionales Verhältnis habe zu diesen Menschen, also dass ich da nicht ganz neutral bin. Und dann wurde das quasi mir weggenommen oder mir abgenommen, und eine Kollegin hat das dann gemacht und andere Kollegen. Ich habe aber natürlich festgestellt, dass das ein sehr, sehr komplizierter Prozess war. Viele Afghaninnen und Afghanen haben keine Reisepässe gehabt, die haben noch nicht mal eine Tazkira gehabt; Tazkira in Afghanistan ist so eine Art Personalausweis. Das heißt, es war schwierig für sie, überhaupt erst mal in ein Nachbarland zu gehen, nach Pakistan zu gehen, wo dann halt diese Evakuierungen weitergingen.

Die meisten afghanischen Kolleginnen und Kollegen sind so, ich glaube, im Oktober dann nach Pakistan gegangen, und der gesamte Prozess ist dann, ich glaube, im Juli dieses Jahres zu Ende gegangen.

Entschuldigung, darf ich noch etwas dazu-sagen? - Ich möchte mich wirklich ganz, ganz herzlich da bei der GIZ bedanken, die hier mit großem Personalaufwand in Pakistan geholfen hat, natürlich auch die Menschen der deutschen Botschaft. Also, die deutsche Botschaft in Islamabad wurde verstärkt, um diese Evakuierung zu gewährleisten, und auch die haben in meinen Augen eine tolle Arbeit geleistet - was natürlich nie schnell genug war, weil natürlich auch die afghanischen Kolleginnen und Kollegen in Islamabad, die saßen da in irgendwelchen Gästehäusern und haben Däumchen gedreht und wussten nicht, wie es weitergeht. Das war natürlich eine große Belastung für die, weil es hätte ja auch sein können, dass die wieder aus Pakistan - Pakistan sehen die als Feindesland, die die Taliban unterstützen - zurückmussten nach Afghanistan. Und von daher: Es war also eine große Belastung für die.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Habe ich das richtig verstanden, dass Sie im Prinzip alle 27 nationalen Kräfte oder Ortskräfte in das Ortskräfte-Verfahren aufgenommen haben? Und wissen Sie, ob es alle geschafft haben? Und wenn ja, mit wie viel Personen? Also, hat es auch geklappt mit den Familienangehörigen?

Zeuge Stefan Recker: Gut. Also, von den 27 haben zwei sich entschieden, in Afghanistan zu bleiben: ein Herr - der hat erwachsene Töchter, und die durften halt laut den Regelungen nicht mitkommen, und der wollte die Töchter halt nicht alleinlassen in Afghanistan - und ein anderer Herr, der ist jünger, so Anfang 30; ich weiß nicht, aus welchen Gründen er in Afghanistan geblieben ist. Die beiden sind geblieben und sind immer noch bei uns beschäftigt. Aber alle anderen sind halt mit ihren engsten Familienangehörigen nach Deutschland gekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wissen Sie, ob eine der verbliebenen Ortskräfte - Sie sagten eben, die seien jetzt noch bei Ihnen tätig - irgendwelche Repressalien seitens der Taliban, also Nachstellungen, Verhöre, Verhaftung, in anderer Weise Diskriminierungen - - Also: Sind die belästigt worden wegen ihrer Tätigkeit für die Caritas?

Zeuge Stefan Recker: Der eine - dessen Wohnung wurde durchsucht. Aber der wohnt in so einem Apartmentblock, und der gesamte Block wurde halt von oben nach unten von Talibanpatrouillen durchsucht. Das heißt also, er wurde nicht speziell, also dessen Wohnung wurde nicht speziell seinetwegen und seiner Tätigkeit bei uns durchsucht, sondern weil der gesamte Block halt durchsucht worden ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nur ganz kurz noch: Das ist aber der einzige Vorfall, der Ihnen bekannt ist?

Zeuge Stefan Recker: Soweit ich weiß.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Danke.

Zeuge Stefan Recker: Entschuldigung! Wir reden von den beiden Teammitgliedern, die bei uns geblieben sind. Anderen Teammitgliedern, die vor ihrer Evakuierung nach Pakistan noch in Afghanistan waren, denen ging das anders.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich darf nicht mehr fragen, aber Sie können noch weiter antworten.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber: Können heißt nicht müssen.

Zeuge Stefan Recker: Ich habe fürchterliche Geschichten gehört, gerade von den jüngeren Frauen. Da war eine Frau, das war unsere IT-Expertin, die wurde - - Ein Talib wollte sie heiraten, und sie hat mir wirklich fürchterliche Geschichten erzählt, wie das ihr und ihrer Familie gegangen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Jetzt wechseln wir trotzdem zu den Grünen. Der Kollege Wagener hat das Wort.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich greife gleich partnerschaftlich auf, was Herr Röwekamp angefangen hat. Vielleicht könnten Sie das, was Sie gerade noch ausführen wollten - Sie haben ja jetzt gerade ein Beispiel genannt -, weiter ausführen, welche Gefahren es dann tatsächlich gab, die sich auch konkretisiert haben bei den Ortskräften, die tatsächlich ausgereist sind. Haben Sie da noch mehr Beispiele, was sich konkretisiert hat?

Zeuge Stefan Recker: Es gab zwei „Besuche“ von Taliban bei uns im Büro, die ich natürlich selber nicht mitbekommen habe, die ich nur dann von den afghanischen Kollegen - - die mir afghanische Kollegen dann erzählt hatten. Da gab es also übelste verbale Angriffe, warum sie denn für die Ausländer arbeiten, ob sie selber Christen geworden sind, ob sie ihre Ehefrauen den Ausländern zur Verfügung gestellt haben, also in dem Kontext ganz übelste Geschichten. Und die hatten natürlich auch Angst gehabt; denn ich meine, wenn jemand mit der Waffe auf Sie zugeht und Ihnen solche Vorhaltungen macht, ist das eine andere Nummer, als wenn Sie und ich uns darüber unterhalten. Von daher hat das die Leute sehr, sehr stark bedrückt.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war aber auf diesem verbalen Niveau? Ich will das damit nicht runterreden. Aber: Waren es auch physische Übergriffe, die dabei passiert sind?

Zeuge Stefan Recker: Soweit ich weiß, nein.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja diese Besuche auch geschildert in einem Interview mit n-tv vom 29.12.21, und da haben Sie auch die Situation auf der Straße, also nicht nur in den Büros, geschildert. Ich zitiere noch mal aus dem Interview vom 29.12.21. Da haben Sie gesagt:

Unsere Mitarbeiter haben deshalb auch Angst, aus dem Haus und zur Arbeit zu gehen. Selbst wenn sie ein Dokument der Taliban bei sich haben, kann es passieren, dass das die Patrouille gar nicht interessiert, dass sie unangenehmen Fragen, Beschimpfungen oder Schlimmerem ausgesetzt sind.

Können Sie schildern, was unter „Schlimmerem“ zu verstehen ist dabei?

Zeuge Stefan Recker: Ja, wie gesagt, soweit ich weiß, sind meine nationalen Kolleginnen und Kollegen nie physisch angegangen worden. Aber es kann natürlich auch sein, dass sie mir das nicht gesagt haben. Aber ich weiß von Kolleginnen und Kollegen von anderen Hilfsorganisationen, die dann verprügelt worden sind, mit einer Waffe halt geschlagen worden sind und solche Geschichten, aber meine Kolleginnen und Kollegen - soweit ich weiß - nicht.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war tatsächlich jeweils so zuzuordnen - so habe ich es jedenfalls auch gerade verstanden -, dass diese Übergriffe passiert sind und auch die Besuche bei Ihnen im Büro, weil Sie eine solche westliche Organisation sind, die da tätig waren, und genauso dann auch die Übergriffe, die auf der Straße waren?

Zeuge Stefan Recker: Ja, selbstverständlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dass das tatsächlich gezielt war, nicht allgemeine Gefährdungslage in Afghanistan für jeden, der da war oder da ist, sondern gezielte Übergriffe auf Caritas oder andere westliche Organisationen und Menschen, die für sie gearbeitet haben.

Zeuge Stefan Recker: Wegen westlicher Organisationen. - Also, wieder einen Schritt zurück: Wir sind eine katholische Hilfsorganisation, aber wir treten in Afghanistan nicht als katholische Hilfsorganisation auf. Wir behalten das für uns. Ich bin davon überzeugt, dass Positionen wie Fahrer, Köchin gar nicht wussten, dass wir eine katholische, christliche Hilfsorganisation sind. Wir haben das also auch nie irgendwie propagiert. Das haben die anderen Caritas-Organisationen ebenfalls so gehalten. - Das war eher so in Richtung Westen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde gern einen weiteren Satz aus diesem Interview aufgreifen. Da haben Sie nämlich auch gesagt - ich zitiere jetzt wieder - :

Was die Führungsetage der Taliban macht, ist die eine Seite. Aber wie die Fußsoldaten agieren, die die Patrouillen machen, ist etwas völlig anderes.

Das war jetzt eigentlich die Herleitung zu den Übergriffen, die ich gerade geschildert habe.

Verstehe ich das richtig, dass es eine deutliche Diskrepanz gab zwischen den Aussagen, die auf Führungsebene gemacht wurden und die zum Teil dann vor Ort praktisch ausgeführt wurden bei den Patrouillen oder wo auch immer? Und kann ich daraus beispielsweise schließen, dass die Taliban auf dem Papier eine Amnestie für diejenigen zugesagt haben, die für westliche Organisationen gearbeitet haben, aber man sich nicht darauf verlassen konnte, dass das tatsächlich vor Ort auch immer so beachtet wurde, diese Amnestie?

Zeuge Stefan Recker: Haargenau! Ich bin einer der wenigen westlichen Ausländer, die in Afghanistan beide Talibanherrschaften erlebt haben, also Taliban 1.0 und Taliban 2.0 jetzt. Und Taliban 1.0 waren sehr viel homogener, als die jetzigen Taliban sind. Die jetzigen Taliban - ich bin kein Politikwissenschaftler und kein Experte für Afghanistan - sind extrem heterogen fraktioniert. Es gibt also die Doha-Fraktion, die sehr konzipiant, sehr westlich auftritt. Es gibt die Haqqani, die extrem „robust“ auftreten, sage ich jetzt mal, die Kandahar-Fraktion. Und von daher: Irgendwelche Verlautbarungen, die von der Doha-Fraktion publiziert werden: Daran hält sich natürlich die Kandahar-Fraktion nicht usw. usf. und der normale Talib-Fußsoldat schon gar nicht.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich bleibe noch mal bei den Übergriffen auf westliche Organisationen. Sie haben eben schon Ihre niederländische Partnerorganisation Cordaid erwähnt, und Sie haben in einer E-Mail an das Auswärtige Amt vom 3. September 21 dazu auch einen Vorfall geschildert. Ich zitiere aus MAT A AA-8.778 VS-NfD, Blatt 100 ff. - Diese Ausführungen müssen wir immer machen, damit die Bundesregierung weiß, welche Dokumente wir zitieren, und die Kolleginnen und Kollegen.

Und da haben Sie geschrieben:

Auch mit der Zentrale von Cordaid in Den Haag ... sind wir in Austausch. Allerdings erreichte uns gerade die Nachricht, dass das Büro von Cordaid in Kabul gewaltsam von einer Gruppe Bewaffneter überfallen und geplündert worden ist. Dabei wurde Wachpersonal verletzt.

Können Sie uns diesen Überfall näher schildern?

Zeuge Stefan Recker: Nein, kann ich nicht. Ich weiß nicht, was da passiert ist. Ich weiß natürlich nur, was die Cordaid-Kollegen mir gesagt haben. Das waren Leute, die sich als Taliban vorgestellt haben und die in das Büro reingegangen sind und die dann das Büro ausgeplündert haben. Ob das jetzt Taliban waren oder irgendwelche Leute,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die sich als Taliban verkleidet haben, weiß ich nicht.

Sie müssen sich auch unter Umständen vorstellen, dass in dem Zeitraum August/September - - Es gab eine völlige Anarchie in Kabul. Die Polizei ist weggelaufen. Die haben ihre Waffen in den Polizeistationen zurückgelassen. Also jeder, der da einfach reinmarschiert ist, konnte sich einen Arm Kalaschnikows und DShKs, also schwere Maschinengewehre, rausholen und dann mit nach Hause nehmen. Und einen weißen Turban kann sich auch jeder anziehen und sich einen Bart wachsen lassen und kann dann sagen: Okay, ich bin Talib. Hier, mach mal dein Tor auf! - Von daher kann es sein, dass es Taliban waren. Es kann aber auch sein, dass es keine Taliban waren, sondern sich einfach nur so vorgestellt haben.

Uns wurde halt das vorgenannte sondergeschützte Fahrzeug geklaut. Diese Leute haben sich als Taliban vorgestellt; aber es waren wahrscheinlich irgendwelche Leute, und meine Kolleginnen und Kollegen oder meine Kollegen, die dort waren, die haben natürlich das Tor aufgemacht und gesagt: Klar, bedienen Sie sich, meine Herren! - Von daher: Man weiß es einfach nicht.

Wenn ich dann noch etwas dazusagen darf: Ich bin kein Freund von Taliban, auf gar keinen Fall; aber die Taliban, mit denen ich persönlich bis jetzt zu tun hatte, haben sich mir gegenüber immer als korrekt erwiesen. Die wollten kein Geld. Sie haben mich nicht bedroht. Sie haben mich nicht offensichtlich verachtet. Und von daher fällt mir das schwer, zu glauben, dass halt das Büro von Cordaid als internationale Organisation von offiziellen Taliban ausgeplündert worden ist. Ich sage nicht, dass das nicht passiert ist. Ich sage nur: Es fällt mir schwer, das zu glauben.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hänge ich gerade bei den Schilderungen, die Sie vorher gemacht haben von den Übergriffen oder den Beleidigungen und Beschimpfungen Ihrer Mitarbeiter/-innen und dem, was auf der Straße passiert ist, und der jetzigen Aussage, die Sie gemacht haben zu Cordaid und der Einschät-

zung, dass das wohl keine offiziellen Taliban waren oder dass es Ihnen schwerfällt, sich das vorzustellen. Ist das die Unterscheidung zwischen offiziellen Taliban und Fußpatrouillen-Taliban, die Sie da machen? Weil die Behandlung Ihrer Mitarbeiter/-innen, die Sie eben geschildert haben, scheint mir jetzt nicht wie die korrekte Behandlung, die Sie für sich selber schildern.

Zeuge Stefan Recker: Haargenau! Aber es gibt auch einen Unterschied zwischen Beleidigung und Bedrohung. Sie müssen sich vorstellen, dass die - - Ich bin kein Talibanverstehender, aber Sie müssen sich vorstellen: Das sind junge Leute, die ihr ganzes Leben lang gegen [sic!] die Taliban gekämpft haben, die indoktriniert worden sind, und auf einmal sind sie in einer Position, die Macht zu haben. Sie haben den Krieg gewonnen. Und dann kommen Leute, junge Frauen da an, die bei Westlern arbeiten. Das ist das Feindbild für diese Leute. Natürlich werden die schlecht behandelt, aus der Sicht dieser Taliban. Aber dann ist es ein anderer Schritt, ein Büro auszuplündern. Das ist kriminell. Das ist der Unterschied einfach.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hatten Sie selber nicht die Sorge, dass aus den Bedrohungen tatsächlich physische Übergriffe werden könnten?

Zeuge Stefan Recker: Hinterher ist man immer schlauer. - Bis jetzt ist nichts passiert. Aber ich hatte vorhin Beispiele genannt, wie meine Kollegen im Büro behandelt worden sind. Jetzt stellen Sie sich mal vor: Ich bin ein Afghane, der bei der Caritas arbeitet, und mir erzählt so ein Jungspund, dass ich meine Ehefrau dem Westler zur Verfügung stelle. - Ich weiß nicht, wie Sie da reagieren würden, aber es könnte sein, dass er ihm eine ballert. Und der Typ hat eine Waffe! Sie können sich vorstellen, dass da sehr schnell ein Schusswechsel entsteht. Die Situation war da völlig unvorhersehbar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sehr spannender Dialog, den ich ungern unterbreche, aber ich muss es trotzdem tun.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Recker: Dürfte ich unter Umständen um eine fünfminütige Pause bitten?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das dürfen Sie gerne. - Dann machen wir die jetzt und fahren anschließend mit der AfD fort.

(Unterbrechung von
21.00 bis 21.07 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir fahren mit der Sitzung fort. Das Rederecht wechselt zu Herrn Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Ich grüße Sie, Herr Recker. Ich würde gerne mit Ihnen noch mal über die Evakuierungsprozesse sprechen. Sie hatten vorhin angegeben, dass Sie diese Krankenversicherungsdaten zusammengefasst hätten und als Basis für diese Evakuierungsliste genommen haben. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Stefan Recker: Nein. Teilweise haben Sie das richtig verstanden, es war aber keine Krankenversicherung, sondern wir haben halt so eine Art - - Wir erstatten den afghanischen Kolleginnen und Kollegen bis zu einer bestimmten Grenze die Krankenkosten von ihnen und ihren direkten oder registrierten Familienmitgliedern, und diese Listen, diese individuellen Listen habe ich zusammengefasst, und dann war das Grundlage für die Evakuierungsliste, ja.

Stefan Keuter (AfD): Da sind Mängel vom BAMF dran geäußert worden: MAT A BAMF-3.01, Blatt 90. Ist Ihnen das bekannt, dass das BAMF bemängelt hatte, dass die Listen qualitativ unzureichend wären? Unter anderem fehlende Namen zu Geburtsdaten. Unter anderem finden sich auch zwei Frauen mit ihren Kindern auf den Listen sowie volljährige Kinder, die nicht zur Kernfamilie zählen. - War Ihnen bekannt, dass das BAMF das hinterher bemängelt hatte, oder?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Okay.

Zeuge Stefan Recker: Wie gesagt: Der weiterführende Prozess der Evakuierung, der war nicht mehr in meiner Hand.

Stefan Keuter (AfD): Hatten Sie die Kernfamilien im Vorfeld, als Sie die Listen gemacht hatten, überprüft oder einfach nur wild zusammengewürfelt?

Zeuge Stefan Recker: Wir haben die - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung! Wenn ich bei der Formulierung von Fragen um ein bisschen mehr Höflichkeit bitten dürfte: Dann wäre ich schon dankbar.

Stefan Keuter (AfD): Das ist völlig wertfrei.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: „Haben Sie die Liste wild zusammengewürfelt“, also entschuldigen Sie! Mein Deutschverständnis ist: Wir haben andere mitteleuropäische Höflichkeitsformen. Vielleicht können Sie das anders fragen, bitte.

Stefan Keuter (AfD): Wir haben doch eben, sind wir auf die Listen der - - Diese Listen, die Sie hatten, darüber sprechen wir gerade. - Doch, ich hatte gefragt, ob Sie die Funktion oder die Kernfamilien aufgrund dieser Listen oder auf diesen Listen überprüft hatten oder ungeprüft aufgenommen hatten auf Ihre Evakuierungsliste.

Zeuge Stefan Recker: Wie gesagt: Das waren Familienmitglieder, die die afghanischen Kolleginnen und Kollegen im Rahmen dieser Krankengelderrückerstattung uns gegeben hatten. Natürlich habe ich diese nicht überprüft, inwieweit es einen Verwandtschaftsbezug gab. Aber es hat sich natürlich rein aus der Logik ergeben, dass ein Mensch, der bei uns arbeitet, nicht einen Nachbarn auf diese Bezuschussungsliste setzen wird, weil der Betrag ja gedeckelt war. Pro Kollegen gab es ein Limit, ob der jetzt fünf Familienmitglieder uns genannt hatte oder 15. Von daher wird dieser Mensch keine Veranlassung haben, wie gesagt, seinen Nachbarn oder seinen Großcousin da zu nennen, wenn der Betrag gedeckelt ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Ist verstanden. Ich meinte aber jetzt die Evakuierungslisten. Sind da afghanische Mitarbeiter auf Sie zugekommen und haben gebeten, Personen auf diese Evakuierungslisten zusätzlich draufzusetzen?

Zeuge Stefan Recker: Nicht dass ich wüsste. Aber, wie gesagt, der Evakuierungsprozess, den habe ich ja nicht mehr begleitet.

Stefan Keuter (AfD): Sie wissen aber, wie viele Personen insgesamt auf dieser Liste draufstanden von der Caritas Germany?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Ich hatte, glaube ich, eben irgendwas von 27 plus x Familienangehörige gehört, oder?

Zeuge Stefan Recker: Richtig. Das haben Sie richtig gehört, ja. Aber ich weiß jetzt nicht, wie viele Familienangehörige da konkret auf der endgültigen Liste waren.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie uns mitteilen, wie viele Ihrer afghanischen Mitarbeiter inzwischen nach Deutschland verbracht worden sind?

Zeuge Stefan Recker: Alle, die wollten.

Stefan Keuter (AfD): Das wären also dann diese 25 plus zwei Familien, ja. - Können Sie mir irgendetwas über das „Ortskräfteverfahren light“ sagen?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Sagt Ihnen der Begriff gar nichts?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Weil mir ist bei MAT C AA-1 EM-182, Blatt 4 aufgefallen, dass es neben dem regulären Ortskräfteverfahren wohl ein „Ortskräfteverfahren light“ gegeben haben müsste. Aber wenn Sie dazu keine Auskunft geben können, dann sprechen wir da mit dem AA noch mal drüber.

Zeuge Stefan Recker: Wann war denn diese Aussage von mir?

Stefan Keuter (AfD): Das ist eine Aktenfundstelle, die wir dazu hatten. Das können wir Ihnen auch gern vorlegen, wenn Sie möchten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Aussage von Herrn Recker, oder sehe ich das falsch?

Stefan Keuter (AfD): Nein, das ist ein Verfahren, was aufgetaucht ist in diesem Caritas-Zusammenhang.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann betrifft Sie das auch nicht. - Also insofern: Tut mir leid.

Stefan Keuter (AfD): Wir haben eine E-Mail - vielleicht zeigen wir ihm die tatsächlich; legen wir die einmal vor, bitte -, wo wir davon ausgehen, dass Sie der Absender dieser E-Mail sind.

Zeuge Stefan Recker: Wie ich eingangs gesagt hatte: Ich kriege am Tag 60, 70 E-Mails, von denen ich auch einen großen Teil beantworten darf. Ich weiß es einfach nicht, was ich - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Das war am 15. August 21? Das ist also anderthalb Jahre her. Ich weiß es nicht. Und das war halt auch noch vor der - - Am 15. August, das war der Tag, als die Taliban Kabul eingenommen hatten.

Stefan Keuter (AfD): Wenn Sie sich die E-Mail angucken oder das, was davon lesbar ist: Stammt die von Ihnen? Oder ist das möglich?

Zeuge Stefan Recker: Ich gehe mal davon aus, dass sie von mir ist, ja.

Stefan Keuter (AfD): Okay, weil da ist von einem „Ortskräfteverfahren light“ die Rede.

Zeuge Stefan Recker: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Immer noch keine Ahnung, was das sein könnte?

Zeuge Stefan Recker: Keine - - Ich weiß es einfach nicht. Ich weiß nicht mehr, was zu diesem Zeitpunkt, was da kolportiert worden ist, weil das war natürlich auch ganz am Anfang des Prozesses. Und ob das jetzt der Terminus war, der zutreffend war, oder ob das einfach eine flapsige Bemerkung war, das weiß ich nicht mehr.

Stefan Keuter (AfD): Okay, danke. - Können Sie uns irgendwas über eine sogenannte Talibanbesteuerung sagen und, wenn ja, was?

Zeuge Stefan Recker: Also, wir besteuern die Taliban nicht.

Stefan Keuter (AfD): Nee, umgekehrt eventuell?

Zeuge Stefan Recker: Jein. Es gibt natürlich immer den Begriff, dass die Taliban die Hilfsorganisationen besteuern. Das trifft in meinen Augen nicht zu. Es gibt Steuern, die wir abführen, die wir aber nicht bezahlen. Also zum Beispiel die nationalen Teammitglieder sind steuerpflichtig in Afghanistan. Ähnlich wie in Deutschland behalten wir diese Steuern ein und führen sie dann an das Finanzministerium ab. Aber wir zahlen keine Steuern an die Taliban.

Stefan Keuter (AfD): Gab es den Versuch von Taliban, Steuern lokal zum Beispiel zu erheben, beispielsweise 10 Prozent auf irgendwelche Fördergelder etc.? Wir haben da einige Aktenfundstellen gefunden, die darauf schließen lassen, dass das gefordert bzw. zum Teil auch gezahlt wurde, also jetzt nicht nur durch Deutschland oder Caritas, sondern auch durch andere NGOs.

Zeuge Stefan Recker: Es gab während des Krieges, also des Krieges bis zum 15. August 21, lokale Bestrebungen von lokalen Talibanführern, Steuern zu erheben.

Stefan Keuter (AfD): Letzte Frage: Sind wir diesen Wünschen nachgekommen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Oh, tut mir leid, die Frage war schon die letzte. Das Rederecht wechselt zur FDP.

Stefan Keuter (AfD): Dann machen wir in der nächsten Runde damit weiter. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Whatever you want.

Zeuge Stefan Recker: Oder darf ich die Frage trotzdem beantworten?

Stefan Keuter (AfD): Ja, bitte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, das entscheiden nicht Sie, Herr Kollege. - Die Frage können Sie ja in der nächsten Runde beantworten. Jetzt wechselt das Fragerecht an die FDP.

(Stefan Keuter (AfD): Beim Abgeordneten Röwekamp war das anders! - Gegenruf des Abg. Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe auch netter gefragt!)

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Schönen Tag, Herr Recker! Schönen Dank, dass Sie da sind. - Darf ich noch mal zu Ihrer aktuellen beruflichen Situation fragen? Wo - also physisch - arbeiten Sie im Moment?

Zeuge Stefan Recker: In Kabul.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In Kabul, okay. Und wie ist da jetzt gerade so die Situation? Vielleicht können Sie das mal ganz kurz schildern, wie sich das jetzt darstellt? - Darf ich das nicht fragen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kollegin, wir sind außerhalb unseres Untersuchungszeitraums.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, okay, es würde mich einfach interessieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das glaube ich Ihnen gerne. Ich schlage vor, dass Sie das nachher, wenn wir anstoßen, außerhalb der Sitzung mit dem Zeugen erörtern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, gut, okay. Alles klar.

Zeuge Stefan Recker: Heißt das, dass ich zum Anstoßen dabei sein darf?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war eine Bemerkung außerhalb des Protokolls. - Frau Kollegin, Sie haben weiterhin das Recht, zu fragen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Sie haben vorhin ein sehr differenziertes Bild auf die Gefährdungssituation abgegeben, also so zwischen - - dass Sie gesagt haben, die Taliban würden jetzt nicht unbedingt ausrauben, aber eben verbal bedrohen, jetzt nicht unbedingt physisch bedrohen. Sie haben da sehr viele verschiedene Dinge dazu gesagt.

Was war aus Ihrer Sicht der Grund, warum Ihre Ortskräfte evakuiert werden wollten oder warum Sie vielleicht auch darauf gedrängt haben, dass sie evakuiert werden, und das auch noch verbunden mit der Frage: War das Ihr Antrieb, oder waren das Ihre Mitarbeitenden, die unbedingt gehen wollten? Vielleicht könnten Sie dazu bitte was sagen.

Zeuge Stefan Recker: Dazu muss ich dann auch wieder eine differenzierte Antwort geben; das tut mir leid.

Wir hatten lange Diskussionen. Ich bin ja, wie gesagt, am 17. August 21 aus Afghanistan raus, war dann am 18. August in Kabul [sic!]. Ich bin am 17. August - - Moment! Also, ich wurde ein paar Tage vorher von der Caritas aufgefordert, das Land zu verlassen, wenn es in irgendeiner Form sicher und möglich ist. Ich wollte nicht, aber ich wurde halt - es gibt den schönen deutschen Begriff „Dienstanweisung“ - angewiesen, das Land zu verlassen. Ich wollte nicht, auch um den afghanischen Kolleginnen und Kollegen eine gewisse Sicherheit zu geben, denn: Wenn der Ausländer da ist, ist die Situation für uns vielleicht nicht so schlimm!

Aber ich musste das Land verlassen. Es gab eine Möglichkeit am 17., es gab so eine Whatsapp-Gruppe von Deutschen in Afghanistan, und da

war der Klaus Klawitter (?), der hier wahrscheinlich ein Begriff ist. Der hat dafür gesorgt, dass viele Deutsche und andere Menschen die Bundeswehrflugzeuge bekamen und nach Taschkent geflogen worden sind. Der hat uns dann aufgefordert, zu dem und dem Punkt zu kommen, zu dieser und dieser Zeit. Das habe ich dann mit unserer Geschäftsleitung besprochen, und die haben gesagt: Okay, geh raus - jetzt!

Als ich dann am 18. August in Freiburg war, haben wir dann sofort Videokonferenzen mit den Kolleginnen und Kollegen gemacht in Kabul. Und das war dann auch ein kontinuierlicher Prozess; das wurde immer wieder gemacht, diese Videokonferenzen.

Durch die acht Jahre, die ich dort war, haben mir viele Kolleginnen und Kollegen einfach vertraut. Vertrauen in Afghanistan ist einfach eine Sache, die über Zeit geht. Und ich glaube, die hatten auch nie den Eindruck, dass ich sie betrogen habe oder irgendwie hintergangen habe. Ich habe versucht, den Leuten klarzumachen: Leute, wenn ihr aus Afghanistan rausgeht und nach Deutschland kommt - wir tun natürlich alles, dass das ermöglicht wird -, müsst ihr euch aber - - Sie müssen sich vorstellen, dass sie in Deutschland Pizza fahren werden, dass jemand, der in Afghanistan eine verantwortliche Position hat, und sei es auch nur als Wächter oder als Köchin, in Deutschland nie so eine ähnliche verantwortliche Position haben wird, wie er das in Afghanistan hatte.

Klar, eine IT-Spezialistin - wir haben eine ganze junge Frau als IT-Spezialistin gehabt; die ist 23 Jahre alt -, die wird es in Deutschland schaffen. Die ist eine clevere Frau, eine taffe Frau, die wird es in Deutschland schaffen. Aber jemand, der 20 Jahre bei uns als Wächter gearbeitet hat, jetzt 50 Jahre alt ist: Was soll der in Deutschland machen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja eben, das ist ja so eine krasse Sache eigentlich, seine Heimat zu verlassen.

Zeuge Stefan Recker: Richtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und deswegen war meine Frage: War das eine objektive Bedrohungslage, oder war das eine subjektive? Oder was war es denn eigentlich?

Zeuge Stefan Recker: Und ich habe sie gefragt unter diesem Gesichtspunkt: Wollen Sie wirklich Afghanistan verlassen, um in ein unbekanntes Land zu gehen? - Und sie sagten: Ja. Es geht um die Kinder. Es geht gerade um die Töchter. - Und das war der Hauptgrund.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War das also Angst um die Kinder?

Zeuge Stefan Recker: Ja, genau.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, okay. - Sie haben gesagt, es wäre für Sie damals nicht erkennbar gewesen, dass das afghanische Militär so schnell zusammenklappen würde. Aber gab es denn jetzt rückwirkend betrachtet - ich meine, im Nachhinein ist man vielleicht immer schlauer - Anzeichen, die Sie übersehen haben oder wo Sie gedacht haben: „Mensch, das hätte man eigentlich erkennen können“?

Zeuge Stefan Recker: Ich bin kein Militärexperte. Ich war selber nie bei der Bundeswehr, nee. Also klar, wie gesagt: Hinterher ist man immer schlauer. Und man sah die Auflösungserscheinungen, man hörte immer die Berichte über diese Geisterdivisionen. Aber dass das so schnell geht, hatte ich nicht erwartet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann zum Evakuierungsprozess: Wie haben Sie das insgesamt erlebt, jetzt mit Blick auf sich selber, aber dann eben auch mit Blick auf Ihre Mitarbeitenden? Wie war der Kontakt mit Regierungsstellen hier in Deutschland? Welche Hindernisse gab es? Können Sie vielleicht ein paar Sätze dazu sagen?

Zeuge Stefan Recker: Das ist, wie gesagt, andert-halb Jahre her; ich weiß es nicht mehr. Es gab so viele Sachen, um die ich mich kümmern musste. Es ging halt vorwiegend um die afghanischen Kolleginnen und Kollegen. Ich selber habe mich da nicht unbedingt in Gefahr gesehen, also von dem Zeitpunkt des 15. bis zum 17., als ich aus

dem Land rausgegangen bin. Ich habe mich da nie in Gefahr gesehen.

Meine größte Befürchtung war einfach, dass es dann, wenn die staatlichen Strukturen, also der Vorgängerregierung, zusammenbrechen, bevor die Taliban den Laden übernehmen, zu Plünderungen kommt und dass es dann zu Ausschreitungen kommt. Das war meine größte Befürchtung; aber das ist halt nicht eingetreten. Die Regierung ist kollabiert, und die Taliban haben den Laden übernommen.

Ich weiß nicht mehr genau, was mit denen - also, Sie reden von irgendwelchen deutschen Regierungsstellen wahrscheinlich - kommuniziert worden ist. Ich weiß, dass es mal irgendwann eine, wahrscheinlich auch zwei oder drei E-Mails gegeben hat: Verlassen Sie das Land! Wir empfehlen Ihnen, das Land zu verlassen. - Aber das war es dann auch gewesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wann hat denn der Prozess angefangen, dass Sie angefangen haben, Ihre Mitarbeitenden - - also diese Listen zu versenden und so? Das war auch relativ spät. Hatten Sie denn da direkten Kontakt mit irgendjemandem aus Deutschland, also außerhalb der Caritas-Organisation?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nein.

Zeuge Stefan Recker: Wie gesagt: Die initiale Idee war im Juni 21. Da hatte ich, wie gesagt, diese Krankenversicherungslisten, diese individuellen Namen zusammengepackt zu einer generellen Liste, und das war diese initiale rudimentäre Evakuierungsliste, die dann nachher in die Formblätter vom BMZ, glaube ich, übertragen worden sind.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War das Ihre Idee?

Zeuge Stefan Recker: Sekunde, Sekunde! Die initiale Liste von Juni war meine Idee, aber das wurde - - Wie gesagt: Nachher wurde dieser



Nur zur dienstlichen Verwendung

ganze Prozess der Evakuierung meiner, unserer nationalen Kolleginnen und Kollegen - - Das wurde mir weggenommen oder wurde mir abgenommen, Entschuldigung, und das hat dann jemand anders im CI - Caritas international - gemacht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Dann würde ich erst mal abschließen. Danke. Nächste Runde mache ich weiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Schön. - Dann kommt die Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Vielen Dank, Herr Recker, dass Sie heute da sind. - Ich würde auch noch mal ein bisschen auf Ihre Mitarbeiter/-innen zu sprechen kommen. Ich finde, wenn von 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 25 evakuiert werden, zeigt das ja schon, dass es eine objektive Bedrohungslage für die Mitarbeiter/-innen gegeben haben muss. Das ist ja auch die Anforderung an so ein Evakuierungsverfahren. Würden Sie mir da recht geben? - Es braucht ja eine objektive Gefährdungslage.

Zeuge Stefan Recker: Wie ich sagte: Hinterher ist man immer schlauer. Man wusste nicht, ob die Taliban, wenn sie Kabul oder Afghanistan übernehmen, erst einmal alle Leute, die für eine westliche Organisation gearbeitet haben, an die Wand stellen. Das wusste man einfach nicht.

Clara Büniger (DIE LINKE): Aber Sie haben die Liste erstellt vor dem Hintergrund, dass es eine Bedrohungslage für Ihre Mitarbeiter geben könnte?

Zeuge Stefan Recker: Nee, weil ich gesehen habe, dass die afghanischen Kolleginnen und Kollegen Angst hatten.

Clara Büniger (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich noch mal auf eine Sache zu sprechen kommen, die Sie gesagt haben in Bezug auf die weiblichen Mitarbeiterinnen. Da haben Sie gesagt, dass eine der Mitarbeiterinnen geschildert hat, dass sie mit einem Talib verheiratet werden sollte. Können Sie schildern, was das für eine Frau bedeutet? - Oder Sie haben gesagt, Sie haben

schreckliche Dinge dazu gehört. Können Sie das mal bitte ausführen, was Sie da gehört haben?

Zeuge Stefan Recker: Das war die vorgenannte IT-Expertin, eine ganz junge, sehr gebildete, sehr taffe Frau, sprach mehrere Sprachen, hatte Ambitionen, Ziele gehabt für ihr Leben, und es war wahrscheinlich ein Analphabet, der sie heiraten wollte. Die Frau hat gesagt: Aber ich möchte arbeiten gehen. - Und da sagt der Typ, dieser Talib: Du kriegst von mir drei Mahlzeiten am Tag, du brauchst nicht zu arbeiten.

Jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie sind eine junge Frau, die Ziele hat, die Ambitionen hat, die sich entwickeln will, und ihr Mann sagt: Du brauchst nicht arbeiten zu gehen; denn du kriegst drei Mahlzeiten von mir. - Und so, wie mir das dargestellt worden ist: Nachdem diese Frau dann weg war, aus Afghanistan weg war, wurde ihre Familie bedroht: Was ist mit dieser Frau passiert? Wo ist sie jetzt? Ihr müsst uns Geld geben als Kompensation, als Ersatz für diese Frau! - Was da jetzt konkret gesagt worden ist, weiß ich natürlich nicht, weil ich bei den Gesprächen nicht dabei war.

Clara Büniger (DIE LINKE): Also würden Sie ja schon sagen, dass es eine Bedrohungslage gab. Also, die Familie der Frau wurde dann ja auch bedroht.

Zeuge Stefan Recker: Klar! Logisch, ja.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wie üben die Taliban die Bedrohung dann - - Wie führen die das aus? Wie wurden die bedroht? Wie wurde sie konkret bedroht? Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeuge Stefan Recker: Nein. Sie wurde halt - - Sie sollte gezwungen werden, diesen Talib zu heiraten. Wir haben von anderen Organisationen gehört, dass es da Zwangsverheiratungen gab, also junge Frauen, die unverheiratet waren, ungeschützt waren, das heißt, deren Eltern nicht da waren, dass die zwangsweise an Taliban verheiratet worden sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich komme zurück auf den Kollegen, der in Afghanistan geblieben ist. Der ist halt dort geblieben, weil er erwachsene Töchter hat und er befürchtete, dass, wenn er als Familienoberhaupt das Land verlässt, diese Töchter zwangsverheiratet werden. Das war der Hauptgrund, weswegen er dort geblieben ist.

Clara Bünger (DIE LINKE): Von meinem Verständnis her ist das schon eine Form von Gewalt.

Zeuge Stefan Recker: Natürlich, klar. Logisch, ja! Natürlich!

Clara Bünger (DIE LINKE): Weil das vorhin ein bisschen so klang, als wenn noch keine physische Gewalt - - Aber Gewalt muss ja nicht per se immer physisch erfolgen. Deshalb ist eine solche Drohung natürlich auch eine Form von Gewalt.

Zeuge Stefan Recker: Entschuldigung, darf ich noch mal ganz kurz? - Ich sagte vorhin: Eine verbale Konfrontation mit jemandem, der eine Waffe trägt und aufgebracht ist, kann natürlich sehr, sehr schnell sehr, sehr gewalttätig werden. Und das ist wahrscheinlich in einer afghanischen Ehe nicht anders, gerade wenn sie zwangsweise arrangiert worden ist.

Clara Bünger (DIE LINKE): Für mich wäre das schon eine Form von Gewalt.

Zeuge Stefan Recker: Ja, natürlich.

Clara Bünger (DIE LINKE): Aber ich glaube, meine Zeit ist abgelaufen, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist auch so. Aber ich will hier schon feststellen, damit hier nicht ein falscher Eindruck ankommt: Der Zeuge hat jetzt nicht bestritten, dass das Gewalt ist, sondern ich glaube, da bestand schon Einigkeit darüber, dass das eine Form inakzeptabler Gewaltandrohung und Gewaltanwendung ist. Das war, glaube ich, völlig klar, dass es da keinen Dissens gibt. - Dann kommen wir in die nächste Runde, und das Fragerecht geht zu dem Kollegen Nürnberger. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Das Gewaltthema zieht sich ja jetzt durch die Befragung einigermaßen durch. - Sie haben vorhin geschildert, dass in dem Zeitraum ab Februar 20 die Bedrohungslage sich oder die Sicherheitslage sich immer mehr verschlechtert hat. Wie haben denn Sie als Vorgesetzter, als Vertreter des Arbeitgebers reagiert? Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um Ihre Ortskräfte vor den möglichen Bedrohungen zu schützen? Gab es da Auswirkungen auf den Arbeitsablauf, auf die Projekte, die man betreut hat? Hat man sich aus bestimmten Orten zurückgezogen? Wenn Sie diese Situation vielleicht noch beschreiben.

Zeuge Stefan Recker: Na ja, wir hatten ja das Glück, dass das mit Corona zusammenfiel, und wir hatten wegen Corona sowieso schon Maßnahmen ergriffen, also dass einfach die Präsenz im Büro ausgedünnt worden ist, dass also Leute, Kolleginnen und Kollegen, nicht mehr fünf Tage die Woche im Büro sind, sondern nur noch zwei oder drei Tage und den Rest also im sogenannten Homeoffice sind, wenn das überhaupt möglich war in Afghanistan. Und daher haben wir natürlich auch dadurch die Bedrohungslage, Kollateralschaden zu werden bei Bombenanschlägen auf den Straßen, minimiert; denn wenn man nur noch zwei Tage pendeln muss anstatt fünf, hat man nur noch eine 40-prozentige Chance, Kollateralschaden zu werden, und von daher war dann unsere - - Unsere Maßnahmen wurden dann dadurch - - also, haben wir dann nicht verändert, sondern sie einfach fortgesetzt, also unsere Anti-Corona-Maßnahmen.

Jörg Nürnberger (SPD): Aha. - Frage interessehalber: Gab es da mal staatliche Vorschriften in Afghanistan, die derartige Anti-Corona-Maßnahmen angeordnet haben, oder war das in Ihrer eigenen Verantwortung, solche Maßnahmen anzuordnen?

Zeuge Stefan Recker: Also, der Staat in Afghanistan hat sich meines Wissens oder meiner Erinnerung - - danach nicht wirklich - - Also, wenn da mal irgendwelche Maßnahmen angeordnet worden sind, waren die am nächsten Tag schon wieder Makulatur, weil die nicht durchsetzbar waren. Also, die hatten am Anfang von der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Coronaepidemie dann irgendwelche Straßensperren eingerichtet, dass zum Beispiel - - Also, ich sagte vorhin ja, dass die Leute mit Sammeltaxis von ihren Wohnungen dann in die Nähe unseres Büros gefahren sind. Dann mussten sie ja teilweise umsteigen, also dass diese Taxis dann von Straßensperren aufgehalten worden sind, aber die Leute einfach weitergelaufen sind, dann mit dem nächsten Taxi weitergefahren sind bis zum nächsten Taxi. Also, inwieweit diese Maßnahmen erfolgreich sind, weiß ich nicht; aber es gab halt so ein paar staatliche Maßnahmen. Das war halt weder effektiv noch nachhaltig.

Jörg Nürnberger (SPD): Als dann feststand, dass Sie Maßnahmen ergreifen werden, Ihre afghanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu evakuieren, und am Ende dann auch selber gehen sollten, haben Sie sich damals Gedanken darüber gemacht, wie Ihre Arbeit auch in Zukunft fortgesetzt werden kann, ob es jemals eine Perspektive gibt, die weiter fortzusetzen, ob es sich nur um einen vorübergehenden Zustand handeln wird, dass Sie ausreisen müssen, oder sind Sie eigentlich davon ausgegangen, dass es dann auch mit Ihrer Art von Arbeit zu Ende gehen wird?

Zeuge Stefan Recker: Also, ich sage mal, ich habe so eine gewisse Inselbegabung. Ich war dann sehr fokussiert auf die Sicherheit der nationalen Teammitglieder. Und darum: Das war die Toppriorität, und danach kam erst mal eine ganze Menge gar nichts. Und eine Fortführung unserer Aktivitäten in Afghanistan, der Hilfsprogramme, das war also ganz am Ende der Prioritätenliste. Ich wusste, dass andere Organisationen ihre internationalen Mitarbeitenden in Afghanistan gelassen haben. Also von daher erschien mir das nicht gänzlich abstrus, dass wir da irgendwann mal weitermachen werden; aber wann und wie, war dann erst mal egal.

Jörg Nürnberger (SPD): Wäre es aus Ihrer Sicht verantwortbar gewesen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch länger in Afghanistan vor Ort zu lassen? Sie waren ja ganz nah dran. Sie haben ja die Bedingungen vor Ort am besten gekannt.

Zeuge Stefan Recker: Na ja, gut. Also ich als alter, weißer Mann habe natürlich eine andere

Gefährdungslage als eine junge afghanische Frau oder ein Familienoberhaupt, das Töchter hat, das Jungen hat, die unter Umständen auch riskieren, zwangsrekrutiert zu werden von den Taliban. Ich habe keinen Besitz großartig in - - also, ich habe Sachen, die ich mit zwei Händen tragen kann in Afghanistan. Das ist natürlich eine andere Nummer für jemanden, der ein Haus besitzt dort. Und ich sage natürlich auch niemandem: Sie dürfen keine Angst haben. - Und von daher maße ich mir das nicht an. Wenn mir eine Gruppe von Menschen sagt: „Wir haben Angst“, und die Situation ist so - und es war ja zu dem Zeitpunkt, wie ich vorhin sagte, absolut nicht klar, ob die Taliban sämtliche Menschen, die für westliche Organisationen arbeiten, erst mal an die Wand stellen -, in dem Moment sage ich den Leuten nicht: Nee, nee, nee, nee, also das ist ja übertrieben, was Sie denken. - Nee, tue ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Es spricht ja auch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers dafür, wenn er die Möglichkeit hat, ein Ortskräfteverfahren durchzuführen, es dann auch tatsächlich anzuwenden.

Ich möchte mich jetzt ganz kurz noch zum Ende meiner Rede oder meiner Fragen darauf hinwenden, wie eigentlich Ihre eigene Ausreise abgelaufen ist. War das koordiniert? War das geordnet? Gab es da große Aufregung? Gab es ein geordnetes Verfahren am Flughafen, oder war alles, volkstümlich ausgedrückt - Verzeihung an den Stenografischen Dienst -, holterdiepolter? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Stefan Recker: Also, Sie reden mit jemandem, der seit 30 Jahren in der internationalen Entwicklungsnothilfe arbeitet. Ich war während des Krieges in Sierra Leone. Ich war während des Bürgerkrieges in Burundi. Ich war während der verschiedenen Kriege in Afghanistan, also, ich war da dreimal unter Feuer, ich habe Massenpaniken erlebt. Ich fand das relativ, ich sage mal, unspektakulär. Andere Leute - - Es gab ja verschiedene Fernsehberichte, und das waren teilweise Leute, die mit mir ausgereist sind. Die haben das wahrscheinlich anders erlebt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie gesagt, ich habe da halt diese Whatsapp-Nachricht bekommen: Alle Leute, die, die evakuieren wollen, sollen zu diesem und diesem Zeitpunkt an diesem und diesem Tor des Kabuler Flughafens erscheinen. - Zwei afghanische Kollegen haben mich dann in die Nähe dieses Tores gefahren. Es ging dann nicht weiter, weil geschossen worden ist. Eine Riesenmengenmenge war da. Es wurde geschossen. Es fuhren überall Talibanpatrouillen rum, aber es gab natürlich auch afghanische reguläre Armee, die bis vor zwei Tagen noch gegeneinander gekämpft haben. Das war also eine sehr unübersichtliche Situation: Wie gesagt, afghanische reguläre Armee auf der einen Seite, Taliban auf der anderen Seite, und die fuhren dann teilweise echt wirklich aneinander vorbei. Und es gab Schüsse. Wir wussten nicht, worum es da ging. Und die afghanischen Kollegen, die mich da mit einem zivilen Fahrzeug - also „zivilen Fahrzeug“: es war ein unmarkierter Toyota Corolla, der nicht als NGO-Fahrzeug gekennzeichnet war - dann in die Nähe des Flughafens gebracht hatten, die hatten erkennbar Angst gehabt. Und dann habe ich gesagt: „Okay, dann fahrt ihr mal wieder zurück ins Büro, und ich laufe einfach weiter“, und bin dann halt - ich durfte nur eine Tasche mitnehmen, also so was hier in die Richtung,

(Der Zeuge zeigt auf seine Aktentasche)

und da war eine Ersatzunterhose drin, ein paar Flipflops und mein Computer und ein paar Akten - durch diese Menschenmenge da an der Flughafenmauer Richtung diesem Tor gelaufen. Das Geschiesse wurde immer lauter, und ich dachte mir: Das wird wahrscheinlich - - keine ernsthaften Schüsse sein, sonst würden die Leute ja nicht in die Richtung laufen, sondern in die entgegengesetzte Richtung. Und es hat sich also später herausgestellt, dass die afghanische Armee, die da halt dieses Tor bewacht hat, die in die Luft geschossen hat - - damit die Menschenmenge so ein bisschen zurückgetrieben wurde.

Und unterwegs habe ich dann noch - - kamen mir zwei Afghanen entgegen, also jüngere Afghanen, und der eine fragte mich auf Englisch, was - - ob ich da rein will, ob ich ihn mitnehmen möchte.

Da meine ich: Was für einen Pass haben Sie denn? - Na, einen deutschen. - Wieso sind Sie nicht drinne? - Ja, die haben mich alle zurückgewiesen. - Und dann seinen Kumpel - das war kein Deutsch-Afghane, sondern nur Afghane-Afghane -, den mussten wir leider zurücklassen. Ich habe den Deutsch-Afghanen dann mitgenommen, und dann kamen wir dann tatsächlich an dieses Tor ran. Da war halt, wie gesagt, eine Menschenmenge, die immer auf dieses Tor zugewogt ist. Dann haben die afghanischen Soldaten, die da waren, in die Luft geschossen, also auch teilweise mit richtig schweren Maschinengewehren. Das ist, wie gesagt, sehr spektakulär und - - vor allen Dingen in Anbetracht der Tatsache, dass eine Kugel, die in die Luft geschossen wird, auch mal wieder runterkommt. Also von daher: Die Menschen hatten natürlich auch Angst gehabt; die waren aufgebracht. Und es war eine sehr, sehr ungünstige, unsichere Situation.

Hinter den afghanischen Soldaten, die diesen Stacheldrahtverhau, der das Tor umschloss, bewacht hatten, waren dann also amerikanische Soldaten. Wir haben unsere Pässe hochgehalten, und dann hat uns einer von den afghanischen Soldaten rausgezogen aus dieser Menge, hinter diesen Stacheldrahtzaun gestellt, und dann wurden wir da erst mal eine halbe Stunde lang durchsucht. Na, die hatten natürlich Angst gehabt, dass wir eine Bombe da in den Flughafen reinbringen oder eine Waffe oder was. Und dann ging das erste Tor auf, und dann hatten uns auch schon Bundeswehrsoldaten in Empfang genommen, die uns dann halt weiter verarztet haben und dafür gesorgt haben, dass es dann weiterging. Und dann vier Stunden später saß ich da in der Transall - - in dem Airbus drin.

Jörg Nürnberger (SPD): War das auf der Nordseite des Flughafens, also auf dem militärischen Teil?

Zeuge Stefan Recker: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben Berichte in diesem Ausschuss gehört, dass die eingesetzten deutschen Soldat/-innen tatsächlich einigermaßen gründlich kontrolliert haben, dass Personen auch tatsächlich ausreisen können. Sind Sie auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer derartigen Kontrolle unterzogen worden, und wie lief die ab? Gab es eine Liste, mit der man Ihren Namen verglichen hat? Mussten Sie Ihren Ausweis vorzeigen? Oder durften Sie einfach direkt reinlaufen? Können Sie das noch etwas detaillierter beschreiben?

Zeuge Stefan Recker: Puh! Auch das ist, wie gesagt, anderthalb Jahre her. Also was da genau passiert ist, weiß ich nicht. Also, irgendeiner hat mir sicherlich mal einen Pass - also, ich habe zwei Pässe, also zwei deutsche Pässe - abgenommen, und dann wurde damit irgendwas gemacht. Und ich habe irgendwann so ein Armbändsel bekommen so ähnlich wie - entschuldigen Sie den Ausdruck - in so einem All-inclusive-Club, und dann ging das halt so langsam immer weiter. Es ging halt langsam; es war extrem langsam. Also da - - die - - Ja, aber klar wurde ich in irgendeiner Form befragt. Also, ich weiß es auch nicht mehr, was da genau los war. Allerdings: Also, ich sehe jetzt auch nicht unbedingt aus - also Körperstatus und Körperstatur und Haarfarbe und Augen - wie ein durchschnittlicher Afghane. Also von daher wird wahrscheinlich meine Befragung etwas weniger intensiv gewesen sein als bei einem Deutsch-Afghanen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie lange hat es dann noch gedauert, bis Sie das Flugzeug besteigen konnten?

Zeuge Stefan Recker: Vier Stunden.

Jörg Nürnberger (SPD): Vier Stunden. - Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, wir haben auch gelernt in der Befragung, dass Angst eine sehr subjektive Kategorie ist, weil davon ja hier schon viel die Rede war, wer Angst empfindet und wer nicht. - Jetzt hat das Wort der Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Herr Recker, ich beziehe mich auf ein Interview mit dem SWR am 25. August 2021. Da sagen Sie, Sie hätten wie die meisten Beobachter mit einer späteren Machtübernahme der Taliban gerechnet. Erklären Sie uns mal die Si-

tuation von damals! Also, hat man da in der Situation - - gab es da keine Anzeichen dafür, dass im Hintergrund gewisse Bewegungen laufen, dass Gespräche zwischen den zwei Parteien stattfinden? Erklären Sie uns noch mal so die damalige Situation!

Zeuge Stefan Recker: Das war ein Interview vom 25. August?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stefan Recker: Also das heißt: nach der Machtübernahme der Taliban.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stefan Recker: Und was soll ich gesagt haben?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Dass Sie davon ausgegangen sind, dass die Machtübernahme später passieren würde, wie die meisten Beobachter das - -

Zeuge Stefan Recker: Also dass sich vor dem 15. August die Auffassung hatte, dass die Machtübernahme später erfolgen würde.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge Stefan Recker: Ja, genau, richtig. Die meisten Kolleginnen und Kollegen von anderen Organisationen, mit denen ich gesprochen habe, inklusive von INSO, International NGO Safety Organisation, sind davon ausgegangen, dass der afghanische Staatsapparat sehr viel länger durchhalten wird - genauso wie ich - und dass die afghanische Armee nicht so schnell zusammenbrechen wird.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und haben Sie vereinzelt - - Oder haben Sie Hilfsprojekte eingestellt, als dann auch immer mehr Provinzen an die Taliban fielen? Wie war da der Prozess bei Ihnen?

Zeuge Stefan Recker: Nee, nicht wirklich, weil - - Natürlich haben wir in dem Moment, wo die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban eine Provinz oder einen Distrikt übernommen haben, den nationalen oder den Partnerorganisationen erst mal gesagt: Zieht euch mal zurück! Guckt mal, wie sich die Situation entwickelt! - Aber weil der Prozess ja so schnell war, war dann irgendwann auch Kabul bzw. die Zentralregierung weg, und von daher hat sich die Situation erübrigt, also das, was vorher Feindesland war, war dann auf einmal Freundesland sozusagen. Aber in der Situation war dann auch alles zu spät. Also, da hatten sich sowohl die Partnerorganisationen als auch unsere eigenen Leute - - die haben sich dann wirklich eher um ihre eigene Sicherheit gekümmert als um Hilfsprojekte.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gab es vielleicht sogar Interesse von den Taliban, dass gewisse Projekte fortgesetzt werden würden?

Zeuge Stefan Recker: Ist mir zu dem Zeitpunkt - also wir reden jetzt von der Periode, sagen wir mal, Juli, August 21 - -

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stefan Recker: Es gab immer Bestrebungen von den Taliban, dass in den von ihnen eroberten Gebieten Hilfsprojekte durchgeführt würden. Aber in dem Zeitraum ist mir das nicht bewusst, dass das verstärkt der Fall war.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Weil es gibt vom August 2021 auch ein Interview mit dem Deutschlandfunk, und da hatten Sie angesprochen, dass die Taliban teilweise sogar Büros von Caritas-Projekten vor der Plünderung geschützt hätten. Können Sie uns dazu ein bisschen genauer was sagen?

Zeuge Stefan Recker: Also, wie ich vorhin sagte: Wir haben ja keine Hilfsprojekte selber implementiert, sondern das durch nationale oder internationale Organisationen - - wurden unsere Projekte durchgeführt. Also, soweit ich mich erinnern kann, gab es tatsächlich Fälle, wo Büros von Partnerorganisationen unter der Gefahr standen, geplündert zu werden, aber nicht von Taliban, sondern von ganz normalen Menschen, die halt ein Machtvakuum - - Wie ich vorhin sagte: Die

Befürchtung war, dass in Kabul, falls es ein Machtvakuum - - kommt, dass es da zu Plünderungen kommt. So ähnlich ist das natürlich auch in den Provinzen und Distrikten. Da wurden, wenn ich mich richtig erinnere, tatsächlich Büros von Partnerorganisationen vor Plünderungen durch Taliban geschützt, vor Plünderungen, die von normalen Menschen durchgeführt würden; die wurden verhindert durch Taliban.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Also, jetzt überhaupt nicht spekulativ Ihre Einschätzung dazu, sondern gab es damals Evidenz aus Gesprächen oder Ähnlichem, warum? Also, was war die Motivation dahinter, dass das geschützt wurde?

Zeuge Stefan Recker: Weil die Taliban a) als Machtfaktor auftreten wollten, würde ich mal sagen, dass sie halt in der Lage sind und auch willens sind, Ruhe und Ordnung herzustellen und auch nachhaltig durchzusetzen, aber auch, damit sie die Hilfsorganisationen nicht vertreiben, damit sie halt dann später, wenn sich die Lage beruhigt hat, diese Hilfsprojekte weiter durchführen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay, gut. - Ich möchte noch mal auf den Abzug, nein, nicht auf den Abzug, auf Ihre Evakuierung zu sprechen kommen, was auch Herr Nürnberger gerade schon angesprochen hatte. Sie hatten von einem Airbus gesprochen. Zu wem gehörte dieser Airbus, zu wem gehörte die Maschine, mit der Sie ausgeflogen wurden?

Zeuge Stefan Recker: Luftwaffe.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Zur Luftwaffe. Gut. - Und Sie haben auch schon die Whatsapp-Gruppe angesprochen, aus der Sie die Nachricht erhielten, dass Sie sich zum Flughafen begeben sollten. Mussten Sie sich auch im Vorfeld irgendwie anderweitig als in einer Whatsapp-Gruppe registrieren? In den Akten ist in dem Zusammenhang auch von einer ELEFAND-Liste die Rede. Also, wie ist das abgelaufen?

Zeuge Stefan Recker: Okay. Also ELEFAND mit D am Ende.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Stefan Recker: Das ist eine Abkürzung: Elektronische - - keine Ahnung. Wenn Sie als Deutscher irgendwo arbeiten, also sich länger aufhalten, werden Sie aufgefordert - nicht gezwungen -, sich auf dieser Liste anzumelden; das kann man online machen. Das ist also quasi eine Registrierung bei einer deutschen Botschaft. Da können Sie übrigens auch noch ankreuzen, ob Sie für soziale Events eingeladen werden wollen. In Afghanistan war das nicht so oft der Fall. Da war ich natürlich angemeldet. Aber es gab dann auch eine Whatsapp-Gruppe von Deutschen in Afghanistan. Das war einfach eine Sache, die man gegründet hatte, damit man sich austauscht, also nicht speziell wegen Sicherheit, sondern um sich mal gegenseitig zum Kaffee einzuladen. Aber die wurde natürlich dann in dem Zusammenhang genutzt von dem Herrn Klawitter unter anderem, der da ja halt einen ganz guten Zugang hatte, um uns aufzufordern oder das Angebot zu machen, wenn wir ausreisen wollen, dass wir dann zu diesem und diesem Zeitpunkt dort sein sollten.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay, also das lief dann - - Aber gab es auch eine offizielle Nachricht oder Meldung vom Auswärtigen Amt? Also, Sie haben ja gesagt, die Whatsapp-Gruppe war eher zum gegenseitigen Vernetzen, wo dann die Nachricht kam. Aber gab es quasi eine offizielle Meldung, in der Sie aufgefordert wurden?

Zeuge Stefan Recker: Ich wurde mehrere Tage vorher von der deutschen Botschaft - ich weiß nicht, ob das eine Aufforderung war oder eine Bitte oder - - Also, befehlen konnten sie mir nichts; aber es war halt eine Bitte oder eine Aufforderung, das Land zu verlassen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Hat man seitens des Auswärtigen Amts oder seitens der Botschaft im August 2021 den Kontakt zu Ihnen gehalten, also im Sinne von: Allzu viele Deutsche waren ja nicht mehr dort. - Also, war das dann rein über die Whatsapp-Gruppe, oder wurde da auch - - gab es Telefonate, Gespräche oder Ähnliches? Also wie fand so der Austausch dann statt auch mit der Botschaft?

Zeuge Stefan Recker: Ich erinnere mich nicht an irgendeinen Austausch.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Gut. Ich glaube, von unserer Seite wäre es das dann erst mal, weil - - Ja, wenn Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern, dann erübrigen sich weitere Fragen dadurch. - Danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann wechselt das Rederecht zum Kollegen Wagener.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann schaue ich mal, was wir gerade noch übrig haben, wo ich noch nachfragen wollte. - Sie haben vorhin ja geschildert, wie Sie Ihre Mitarbeiter/-innen gemeldet haben für die Liste mit - - dieser Krankheitsliste. Wie lange hat es etwa gedauert, bis dann die Aufnahmezusagen gekommen sind für die Mitarbeitenden?

Zeuge Stefan Recker: Das weiß ich nicht. Wie gesagt, der Prozess war nicht in meinen Händen. Also, ich war ja dann auch wieder - - Ich war vom 18. August bis, ich glaube, Anfang November in Deutschland. Dann habe ich knapp einen Monat Urlaub gemacht, bin dann Ende November nach Deutschland zurück aus dem Urlaub. Dann gab es eine andere Coronavariante, und die Idee war eigentlich, dass ich dann demnächst nach Pakistan oder nach Usbekistan oder nach Tadschikistan sollte, um halt in der Nähe von den Kollegen zumindest regional zu sein. Und da hatte ich die Befürchtung gehabt, dass, wenn es weitere Coronamaßnahmen gibt, diese Reise dann nicht stattfinden kann, habe dann darauf gedrungen, dass ich, so schnell es geht, nach Tadschikistan komme - ich kenne Tadschikistan ganz gut; wir haben da auch ein Büro -, und bin dann Anfang Dezember nach Tadschikistan gereist und bin am 23. Dezember dann wieder nach Afghanistan gereist. Das heißt, ich war gar nicht in der Lage, diesen Prozess zu verfolgen, und, wie gesagt, der Prozess war mir komplett aus den Händen genommen. Ich habe natürlich mal nachgefragt: Was passiert da? Was läuft da? - Aber was da genau zu welchem Zeitpunkt passiert ist, weiß ich nicht mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei dem, was Sie da nachgefragt haben - auch wenn Sie den genauen Zeitpunkt und diese Dinge nicht wissen - haben Sie mitgekriegt, wie die Ausreise Ihrer Ortskräfte organisatorisch abgelaufen ist?

Zeuge Stefan Recker: Also, es gab nationale Kolleginnen und Kollegen, die illegal über Land gegangen sind nach Pakistan. Das war dann auch später ein großes Problem, weil die natürlich keine Einreisevisen für Pakistan hatten. Und um eben - - Pakistan ausreisen zu können, brauchen sie erst mal ein Einreisevisum. Das war ein Riesenproblem natürlich. Und einige Kolleginnen und Kollegen sind ganz regulär über die Grenze gegangen, also mit einem Visum, mit einem Pass und einem Visum. Andere Kolleg/-innen sind raus geflogen. Bei einigen hat dann sogar die Luftbrücke Kabul [sic!] geholfen, dass die Leute dann nach Pakistan gegangen sind. Also es gab da verschiedene Leute, verschiedene Möglichkeiten. Ja, genau.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt springe ich noch mal einen Schritt vorher: In Deutschland gab es einen regelmäßigen Austausch der großen, vom Auswärtigen Amt geförderten Hilfsorganisationen - Caritas, Welthungerhilfe, Johanniter, Save the Children -, und in einem Austausch ist die Aussage gefallen - jetzt zitiere ich aus MAT A AA-8.777, Blatt 6 -,

dass die DEU Zusage, alles zu tun, um gefährdeten Ortskräften die Einreise nach DEU zu ermöglichen, große Erwartungen seitens der lokalen Mitarbeiter ausgelöst hätte. Diese stehe durchaus im Konflikt mit der humanitären Prämisse „stay and deliver“.

Können Sie diesen Begriff „stay and deliver“ beschreiben und was der auch für Sie und Ihre Arbeit und Ihre Einschätzungen bedeutet hat, wie Sie mit der Arbeit vor Ort und den Ortskräften umgehen, und wo da vielleicht auch Grenzen aus Ihrer Sicht waren?

Zeuge Stefan Recker: Das ist eine Ambivalenz. Also, das ist einfach - - das widerspricht sich.

Aber meine höchste Priorität und auch die von der Caritas war, die nationalen Kolleginnen und Kollegen in Sicherheit zu bringen. Und, wie gesagt, zu diesem Zeitpunkt: Es war einfach unklar, was mit diesen Leuten passiert. Wir wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, ob es Repressalien gegen diese Menschen geben wird. Ich spreche jetzt, wie gesagt, auch von diesem Individualfall unserer IT-Kollegin, die da in diese extreme Lage gebracht worden ist. Es hätte ja auch was anderes sein können, dass also Entführungen, Repressalien, Tötungen und Verschwindenlassen - - Wir wussten es einfach nicht.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann springe ich noch mal oder gehe jetzt zu der konkreten Gefährdungslage von Menschen noch mal wieder mit einer Frage. - In einem Interview mit dem Domradio haben Sie geschildert, dass die Frauen, die bei Ihnen arbeiteten, Angst hätten, wenn sie zur Arbeit kommen oder draußen unterwegs sind, - Zitat - in eine wilde Talibanpatrouille reinzulaufen, übel belästigt oder wegen vermeintlich unmoralischen Aktivitäten angeklagt zu werden. Können Sie schildern, wie sich die Situation Ihrer weiblichen Mitarbeiterinnen verändert hat mit der Kontrolle der Taliban, wie die Situation war, überhaupt die Arbeit weiter auszuführen, und was „vermeintlich unmoralische Aktivitäten“ waren, ob sich das auch bezieht auf die Arbeit bei einer westlichen Organisation oder worauf sich das bezieht?

Zeuge Stefan Recker: Na ja, das ist die Kleidungswahl natürlich. Also Taliban haben ja ihre ganz eigenen Vorstellungen, wie sich eine Frau zu kleiden hat, ne? Das hat sich natürlich auch graduell verändert in der Öffentlichkeit. Aber dass sie halt als Frau erst mal allein auf der Straße sind, das ist schon per definitionem Taliban, bestimmter Talibanfraktionen, unmoralisch. Dass sie arbeiten gehen, ist unmoralisch. Dass sie Kleidung haben, die den Talibanvorschriften zuwiderlaufen, ist unmoralisch. Und „belästigt“ meinte ich nicht im sexuellen Sinne, sondern wirklich, also, dass sie einfach übelst angegangen werden. Ich erwähnte vorhin das Beispiel, dass männliche Mitarbeitende gefragt worden sind, ob sie ihre Frauen uns zur Verfügung gestellt haben. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass Taliban



Nur zur dienstlichen Verwendung

unsere weiblichen Mitarbeiter gefragt haben: Stellt ihr euch den westlichen Ausländern zur Verfügung? - Das ist natürlich eine ganz üble Beleidigung in Afghanistan, die die Mitarbeitenden auch betroffen macht natürlich und die sie auch als Gewalt erkennen. So in diese Richtung meinte ich das.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin angesprochen die Situation mit dem geraubten Fahrzeug, das die Taliban bei Ihnen konfisziert haben, geraubt haben, wie auch immer man es bezeichnen will. Können Sie noch mal erläutern, wie dieser Besuch der Taliban vonstattengegangen ist, als sie das Fahrzeug geraubt haben? Und in dem gleichen Kontext taucht in einer Akte der Begriff „Schutzbrief“ auf. Können Sie erläutern, was es mit einem Taliban-schutzbrief auf sich hatte?

Zeuge Stefan Recker: Die zweite Frage beantwortete ich zuerst: Der Schutzbrief der Taliban ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Also, das war halt eine Fraktion; aber die anderen Fraktionen haben sich darum nicht gekümmert.

Und die erste Frage, also wie das mit diesem Besuch war, bei dem das Auto geraubt worden ist - ich sage mit Absicht „geraubt“ und nicht „konfisziert“ -: Das weiß ich nicht genau, weil ich nicht dabei war. Der war, glaube ich, im September. Da war ich ja in Deutschland; ich habe das also nur aus dem Hörensagen oder aus den Erzählungen von den nationalen Kollegen mitbekommen. Also, die waren natürlich auch aus Eigeninteresse sehr kooperativ. Wenn da nun eine bewaffnete Talibanpatrouille reinkommt und dann aggressiv auftritt und sagt: „Das Auto nehmen wir mit“, dann machen die denen natürlich die Tür auf.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Für diese Runde habe ich gerade nichts mehr. Ich weiß nicht, ob ich gleich noch eine Frage habe. Ich würde gleich mal schauen, was noch kommt, aber jetzt erst mal nicht. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir warten in all der Geduld ab. Sie haben uns ja schon ein bisschen Zeit geschenkt jetzt. - Und jetzt geht das weiter mit Herrn Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Wir machen noch mal beim Thema Talibanbesteuerung weiter. Ich habe hier noch eine weitere Fundstelle. Ich zitiere mal: Die „US-Botschaft“ soll das „Thema TLB-Besteuerung“ auch auf dem Schirm gehabt haben. „Da aber aufgrund der bestehenden Sanktionen die Unterstützung bei der Bestätigung“ hätte „eingestellt werden“ müssen, sollen die US-Partner „wohl nicht“ immer „so genau“ hingeschaut haben. - Fundstelle: MAT A AA-2.29, Blatt 36. - Ist Ihnen das bekannt, dass wohl die Amerikaner bei der Talibanbesteuerung nicht so genau hingeschaut haben sollten?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Wie war das bei uns? Sind da mal Taliban aufgetaucht, die gesagt haben: „Bitte meldet euer Geschäft hier an“ oder: „Wir hätten gerne x Prozent“ - von 10 Prozent war in den Akten die Rede - „von Projektsummen etc.“?

Zeuge Stefan Recker: Nicht bei Projekten, die von Caritas international, also dem Hilfswerk der deutschen Caritas, durchgeführt worden sind bzw. deren Partnern.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen Vorgänge bekannt geworden, dass das bei anderen Projekten so war?

Zeuge Stefan Recker: Hörensagen.

Stefan Keuter (AfD): Haben Sie mal Diskussionen mitbekommen, wie das gegebenenfalls mit roten Linien deutscher Projektfinanzierung in Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung gehandhabt worden ist?

Zeuge Stefan Recker: Nicht erinnere ich.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Wir hatten gerade eben über ein spezielles Fahrzeug gesprochen. Wir haben -,wir“, also in diesem Fall Caritas Germany - einiges an Assets unten gehabt: ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fuhrpark, was ja wahrscheinlich nicht nur aus einem Fahrzeug bestand, IT, Satellitenkommunikation etc. Was ist aus dem ganzen Equipment geworden und auch aus den Fahrzeugen?

Zeuge Stefan Recker: Bis auf dieses sondergeschützte Fahrzeug gab es keine Verluste, also es wurde nichts Weiteres geraubt oder entwendet oder was auch immer.

Stefan Keuter (AfD): Sind irgendwelche Fahrzeuge zerstört oder unbrauchbar gemacht worden beim Abzug?

Zeuge Stefan Recker: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen solche Fälle bekannt? Also, ich habe es beispielsweise von der deutschen Botschaft mitgekriegt, dass da wohl Sonderschutzfahrzeuge, dass die nicht in die Hände der Taliban fallen, unbrauchbar gemacht worden seien.

Zeuge Stefan Recker: Wir haben das im Team diskutiert, ob wir das machen sollen, ob wir die Fahrzeuge - wie nennt man das? - unbrauchbar machen sollen, also Reifen plattsetzen, Zündverteiler raus, irgendwelche Geschichten. Und die nationalen Kollegen haben mir gesagt, dass dann unter Umständen die Situation bei Plünderungen eskalieren kann, und deswegen haben wir dann darauf verzichtet.

Stefan Keuter (AfD): Nachdem Sie weg waren, sind Ihnen Plünderungen des Büros oder Ihrer Standorte oder Projekte bekannt geworden?

Zeuge Stefan Recker: Unserer?

Stefan Keuter (AfD): Mhm.

Zeuge Stefan Recker: Unserer Büros, nein.

Stefan Keuter (AfD): Es gibt einen Artikel im „Parlament“, also die Zeitschrift „Das Parlament“, vom 13. September 21, wo über ein spezielles Projekt von Ihnen berichtet wird, das Nejat-Projekt. Sagt Ihnen das was?

Zeuge Stefan Recker: Können Sie den Begriff wiederholen?

Stefan Keuter (AfD): Nejat - Nordpol - -

Zeuge Stefan Recker: Nejat?

Stefan Keuter (AfD): Nejat, ja. Sagt Ihnen das was?

Zeuge Stefan Recker: Ja, klar.

Stefan Keuter (AfD): Was können Sie uns über dieses Projekt sagen?

Zeuge Stefan Recker: Das ist ein Drogenprojekt, wo Drogenabhängigen geholfen wird, einen Entzug zu machen und sie in das tägliche Leben zurückzuführen.

Stefan Keuter (AfD): War das ein erfolgreiches Projekt?

Zeuge Stefan Recker: Jein. Also, es war ein erfolgreiches Projekt, in dem wir halt gewisse Ziele erreicht haben; aber wir haben das später aufgegeben, dieses Projekt, weil der Partner sich als unzuverlässig erwiesen hat in administrativer Hinsicht.

Stefan Keuter (AfD): Welchen Eindruck hatten Sie vom Drogenkonsum in Afghanistan?

Zeuge Stefan Recker: Ich habe in Afghanistan keine Drogen genommen.

(Heiterkeit)

Stefan Keuter (AfD): Okay, das ist ein Bereich des Drogenkonsums; aber grundsätzlich auch in der Bevölkerung: Akzeptanz?

Zeuge Stefan Recker: Entschuldigen Sie.

Stefan Keuter (AfD): Ja, Akzeptanz von Drogenkonsum bzw. wie weit verbreitet ist Drogenkonsum dort gewesen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir kommen jetzt wieder in die Nähe von Fragen, die sich von unserem Untersuchungsgegenstand deutlich entfernen. Insofern wäre ich dankbar, wenn wir - -

Stefan Keuter (AfD): Ich hatte gefragt, welchen Eindruck der Zeuge davon hatte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, das habe ich vernommen. Deswegen antworte ich ja auch so.

Zeuge Stefan Recker: Ich kann das gerne machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie mögen, aber Sie müssen nicht, ne? Ich wäre dankbar, wenn wir in der Nähe unseres Untersuchungsauftrages bleiben. - Bitte schön.

Zeuge Stefan Recker: Das ist so ähnlich wie Bordellbesuche in Deutschland. Also, es macht jeder; aber es wird nicht drüber geredet, und es gibt ein gewisses soziales Stigma einfach.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Danke. - Erst mal keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir bei der FDP.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Vielen Dank. - Ich habe noch mal eine ganz andere Frage zu den intraafghanischen Verhandlungen, also im Zusammenhang mit dem Doha-Abkommen. Welchen Stellenwert haben Sie diesem innerafghanischen Verhandlungsprozess zugemessen? Was war da Ihr Blick darauf? Hatten Sie da die Idee, dass das ein erfolgreicher Prozess sein konnte, nachdem das Doha-Abkommen abgeschlossen war?

Zeuge Stefan Recker: Also, Verhandlungen sind eigentlich schon per se wertvoller, als wenn Leute aufeinander schießen. Das Problem war - Sie hatten Doha erwähnt -: Es war relativ frühzeitig klar, dass die Doha-Fraktion der Taliban, dass das eine Fraktion ist, die vielleicht nicht unbedingt so viel zu sagen hat, ja?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm.

Zeuge Stefan Recker: Und von daher waren natürlich Verhandlungen mit der Doha-Fraktion nicht unbedingt, was den innerafghanischen Friedensprozess betrifft - - vielleicht nicht wirklich zielführend ist. Aber, wie gesagt, ich bin kein Politikwissenschaftler, ich bin kein Regionalwissenschaftler; ich leite eine mittelgroße NGO in Afghanistan. Damit habe ich genug im Tagesgeschäft zu tun, um mich mit der großen Politik zu beschäftigen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist klar; aber Sie sind ja vor Ort gewesen, und Sie sind immer noch vor Ort, und deswegen hätte mich einfach so Ihr Eindruck interessiert, ob Sie persönlich diesem Friedensprozess eine Bedeutung beigemessen haben und ob Sie auch das Gefühl hatten, dass die Taliban da mit Ernsthaftigkeit drangegangen sind und ob es sich auch für internationale Partner, so wie Deutschland zum Beispiel, gelohnt hat, diesem Prozess eine Bedeutung oder eine größere Bedeutung beizumessen. Das würde mich interessieren, was da Ihr Blick damals auf die Dinge war, aus Ihrer Perspektive als Mensch, der dort in Kabul gelebt hat zu dem Zeitpunkt.

Zeuge Stefan Recker: Es ist wirklich schwierig zu sagen. Hinter- - Wie nennt man das? Im Rückblick haben sich diese Verhandlungen als völlige Luftnummer herausgestellt. Und ich muss natürlich jetzt aufpassen, dass ich jetzt nichts sage - - oder anders: dass ich jetzt nichts sage, was einfach aufgrund des Rückblicks gesagt werden - - das ich aufgrund des Rückblicks sage. Aber, ich glaube, auch zu diesem Zeitpunkt - also wir reden jetzt von der Periode Februar 2020 bis August 21 -: Ich glaube, ich habe diese Verhandlungen als nicht besonders zielführend bzw. ernsthaft gesehen -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und haben Sie - -

Zeuge Stefan Recker: - Entschuldigung -, weil ab einem bestimmten Zeitpunkt war es auch klar, dass die Taliban einfach im Prinzip nur warten mussten, bis sie - - bis ihnen das Land in die Hände fiel. Also sie hatten ja - ich weiß nicht mehr genau, was die Zeitschiene war, aber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

einen Distrikt nach dem anderen, eine Provinz nach der anderen, und dann mussten sie einfach nur weitermachen. Und von daher waren also sämtliche Verhandlungen: Das war einfach nur eine Show.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben gerade gesagt, ab einem bestimmten Zeitpunkt war das klar, dass die Taliban nur noch warten mussten. Ab welchem Zeitpunkt war das Ihnen klar oder war das klar?

Zeuge Stefan Recker: Das kann ich nicht sagen, wirklich nicht. Aber ich schätze mal so, na, Juni vielleicht, Juni 21.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Jetzt einen ganz harten Cut: Es geht um einen Anschlag am 10. Juli 2021 in Kabul, bei dem ein GIZ-Mitarbeiter tödlich verletzt wurde - MAT A GIZ 3.37, Blatt 1114 bis 1116. In der offenen Facebook-Gruppe der deutschen Community „German Local Employees Union“ wurde verbreitet, dies sei ein gezielter Anschlag auf den Mitarbeiter gewesen. Am 17. Juli hatte die Caritas die GIZ um Informationen zu dem Fall gebeten. Erste Frage: Können Sie sich an den Sachverhalt grundsätzlich erinnern?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. - In den internen Mails der GIZ von Steven Walton vom 17. Juli 21 schreibt dieser, dass es sich nicht um einen gezielten Angriff auf die GIZ gehandelt habe, sondern auf die afghanischen Sicherheitskräfte. Man habe die Quelle der Falschinformation gefunden. Und nun folgt der Satz: „... (though Mr Recker does not need to know this)“. Also, Sie erinnern sich an den Fall. Und haben Sie die Kommunikation der GIZ mit Ihnen als ausreichend empfunden grundsätzlich in unserem Betrachtungszeitraum?

Zeuge Stefan Recker: Na, jetzt natürlich nicht mehr.

(Heiterkeit)

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Das wäre meine Frage, also: Wie beurteilen Sie das,

dass die GIZ Ihnen offenbar Informationen vor-
enthalten hat?

Zeuge Stefan Recker: Puh! Ist aus Sicht der GIZ sicherlich eine valide Sache gewesen, aber, ja, ich bin da jetzt nicht persönlich betroffen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Diese Facebook-Gruppe, kannten Sie die? Haben Sie die auch - - oder - -

Zeuge Stefan Recker: Es gibt Hunderte von Facebook-Gruppen, die sich mit Afghanistan in irgendeiner Form beschäftigen. Ich denke, Sie reden von der Facebook-Gruppe von afghanischen Beschäftigten von deutschen Organisationen. Ist das richtig?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau.

Zeuge Stefan Recker: Ich weiß, dass es diese Facebook-Gruppe gibt; aber aus naheliegenden Gründen hatte ich natürlich keinen Zugang dazu.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, genau. Aber war es denn üblich, dass sich die deutschen Mit- - dass sich Mitarbeiter auch über solche empfindlichen Sicherheitsthemen auf solchen Facebook-Gruppen unterhalten haben? Also kann - -

Zeuge Stefan Recker: Also, wenn ich mir bestimmte Facebook-Unterhaltungen angucke, kann ich mir alles vorstellen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Gut. - Dann bin ich mit meinen Fragen fertig, und ich danke Ihnen sehr herzlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Ja. Vielen Dank. - Herr Recker, ich habe noch mal eine Frage zu Ihrem Team und Ihren Mitarbeiterinnen, weil Sie haben ja davon gesprochen, dass verschiedene Minderheiten auch unterschiedlicher Bedrohungslage von den Taliban ausgesetzt waren. Das heißt: Gehört man einer bestimmten Minderheit an, ist man eventuell mehr bedroht durch die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban. Könnten Sie dazu vielleicht ein bisschen ausführen, welche Minderheiten besonders bedroht waren durch die Taliban? Und zweitens: Welche von möglicherweise auch diesen Minderheiten bzw. welche Minderheiten haben bei Ihnen im Team auch mitgearbeitet?

Zeuge Stefan Recker: Na ja, die ganz große Minderheit - die eigentlich keine Minderheit ist - der Frauen und die Hazara. Das ist eine ethnische Minderheit in Afghanistan, die gleichzeitig auch zum großen Teil Schiiten sind, die von den sunnitischen Taliban zumindest unter Taliban 1.0 als Häretiker gesehen worden sind, und es gab auch völkermordähnliche Maßnahmen unter Taliban 1.0 in den 90ern gegen Schiiten, gegen Hazara.

Clara Bünger (DIE LINKE): Und haben Hazara auch bei Ihnen im Büro mitgearbeitet im Team?

Zeuge Stefan Recker: Ja.

Clara Bünger (DIE LINKE): Wie viele ungefähr?

Zeuge Stefan Recker: Zwei Fünftel.

Clara Bünger (DIE LINKE): Das heißt, für den Teil der Gruppe würden Sie auf jeden Fall eine objektive Gefährdungslage auch schon sehen, oder?

Zeuge Stefan Recker: Sicherlich, klar.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ja. - Das wär's.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Wir haben uns gerade unter den Obleuten verständigt, dass wir sozusagen nur noch einzelne Nachfragen haben, die fraktionell sozusagen wild zugeordnet sind oder jedenfalls nicht so geordnet wie bislang. Von der SPD gab es keine Nachfrage mehr, von der Union auch nicht.

Zeuge Stefan Recker: Entschuldigung!

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Zeuge Stefan Recker: Darf ich noch mal um eine fünfminütige Pause bitten?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das könnten wir machen; aber, ich glaube, wir haben nur noch ein, zwei Fragen.

Zeuge Stefan Recker: Okay, alles klar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So sah das jedenfalls aus, sodass es vielleicht sogar zu einem Ende kommt statt der Pause. - Dann erhält der Kollege Wagener das Wort.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe ja eben gesprochen von diesem Austauschtreffen der Hilfsorganisationen in Berlin, die sich da mit dem Auswärtigen Amt ausgetauscht haben, und die schilderten in einem Treffen am 16.09.21, dass „Acht“ bis „... 11) NGO-Gelände“ - „Acht“ bis „... 11)“ deswegen, weil es unterschiedliche Angaben der Organisationen jeweils gab - „... von den Taliban durchsucht und in Besitz genommen“ wurden. So steht es da drin. Ist Ihnen zu diesen Vorgängen was bekannt, und war die Caritas auch von solchen Beschlagnahmungen, Geländeinbesitznahmen oder wie auch immer betroffen?

Zeuge Stefan Recker: Nein, wir hatten und haben in Kabul genau ein Besitztum; aber es gab Vorfälle, wo anderen Organisationen - ich rede von allen Hilfsorganisationen, nicht nur von den deutschen und in Deutschland basierten Hilfsorganisationen, von allen - - wo Taliban diese Hilfsorganisationen oder die Büros dieser Hilfsorganisationen besetzt haben. Da muss man allerdings dazusagen: Auf einmal kamen 20 000 Taliban nach Kabul rein. Die mussten auch irgendwo wohnen. Also, die wollten natürlich auch nicht unbedingt Privatleute aus ihren Wohnungen rausschmeißen, sondern haben da natürlich die Büros der westlichen Hilfsorganisationen erst mal - - unter den Nagel gerissen, die ja sowieso per se der Feind waren. Wie gesagt, ich bin kein Talibanverstehender; aber aus der Sicht der Taliban ist das natürlich eine andere Geschichte einfach, als wenn das so dargestellt wird: Ja, die haben die Büros ausgeplündert und haben sich da niedergelassen. - Also, ich habe von Fällen gehört, wo Büros mehrere Tage besetzt worden sind, aber nachher, dass diese Büros komplett mit allem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Drum und Dran wieder an die Hilfsorganisation überführt worden sind.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Dann noch mal einmal zu den Arbeitsbedingungen: Auch bei diesen Treffen wurde über wirklich unterschiedliche Situationen im Zusammenhang mit der Machtübernahme der Taliban und den konkreten Arbeitsbedingungen zu genau dieser - - in genau dieser heißen Phase gesprochen. Ich habe exemplarisch einmal drei kurze Ausschnitte aus den internen Vermerken des Auswärtigen Amts über Treffen zwischen dem 19. August und dem 6. September 21. Das ist MAT A-AA 8.777, Blatt 4 bis 15. Da sage ich einmal: Im Treffen am 20.08. wurde Folgendes geschildert:

TLB geben bislang kein einheitliches Bild ab: In manchen Regionen / Städten / Projekten blieben Frauen und Mädchen bisher unbehelligt, in anderen dürften sie nicht mehr zur Arbeit kommen, müssten Projekte mit vornehmlich weiblichen Zielgruppen „umgetauft“ werden, um (noch?) wie bisher funktionieren zu können.

In dem Treffen am 02.09. war dann die Schilderung:

Im Büro in Kandahar haben die Taliban den Frauen weiterhin untersagt, zur Arbeit zu erscheinen, während in den nördlichen Provinzen sogar Mitarbeiterinnen ins Feld dürfen.

Und am 06.09.:

Mitarbeitende derzeit in großer Sorge über Sicherheitslage von ausreisewilligen Kollegen. Taliban scheinen aktiv nach diesen zu suchen. Subjektive Bedrohungslage steigt.

Haben Sie in dieser Zeit was mitgekriegt, wie die Arbeitsbedingungen sich konkret verändert haben und ob tatsächlich alle weiblichen Mitarbei-

terinnen auch wieder zur Arbeit kommen konnten und unter welchen Voraussetzungen und wie sich insgesamt die Arbeitsbedingungen verändert haben durch die Machtübernahme?

Zeuge Stefan Recker: Welchen Zeitraum?

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das ist jetzt der unmittelbar nach Mitte August.

Zeuge Stefan Recker: Wie gesagt, die Leute hatten Angst gehabt, also nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer. Also, ich weiß nicht mehr konkret, was die Maßnahmen waren; aber ich glaube nicht, dass wir zu diesem Zeitpunkt unsere Frauen, also unsere weiblichen Mitarbeiterinnen - nein, Entschuldigung -, unsere weiblichen Mitarbeitenden ermuntert haben, tatsächlich zur Arbeit zu gehen, ganz im Gegenteil. Also, wir werden denen gesagt haben: Bleiben Sie mal zu Hause, und warten Sie die Situation ab!

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht das inzwischen wieder?

Zeuge Stefan Recker: Da ja alle weiblichen Mitarbeitenden in Deutschland sind, haben wir jetzt andere Kolleginnen, und jetzt geht das wieder, aber halt - - Die haben Angst mittlerweile, natürlich auch immer noch Angst.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke, Herr Kollege Wagener. - Eine Frage noch.

Stefan Keuter (AfD): Ganz kurze zwei Nachfragen. Ich fasse mich sehr kurz. Sie haben der „Hessischen Allgemeinen“ ein oder zwei Interviews gegeben, jedenfalls sind zwei Artikel erschienen, einmal am 14.08.21 und einmal am Folgetag. In dem einen steht drin, was die Bedrohungssituation angeht - Sie sagten es mehrfach schon -: Die Ortskräfte oder unsere Ortskräfte hatten Angst, und die Hilfsorganisationen waren nicht bedroht, ganz im Gegenteil. - Sie sagten gerade: Die NGOs oder die Organisationen sind als Feind angesehen worden. - Wie deckt sich das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Recker: Als ideologischer Feind.

Stefan Keuter (AfD): Okay, verstanden. - Der nächste Artikel einen Tag später: Aus Ihrer Sicht war Korruption ein Teil des Scheiterns des Westens in Afghanistan. Sie haben in diesem Interview gesagt, dass die afghanische Regierung zu oft eigentlich Geld des Westens bekommen hat, was nicht an Bedingungen geknüpft war, und dieses Geld in großen Teilen irgendwo versickert ist. Was war Ihr Eindruck von Korruption?

Zeuge Stefan Recker: Hat das was mit dem Thema zu tun jetzt?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, jedenfalls nicht, dass Sie jetzt gebeten sind, da ein längeres Referat drüber zu halten. Aber wenn Ihnen da eine kurze Antwort einfällt, dann mögen Sie sie geben.

Stefan Keuter (AfD): Das wäre auch die letzte Frage von uns.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich finde, das erhöht den Anreiz.

(Heiterkeit)

Zeuge Stefan Recker: Ich sage das immer noch: Also ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Republik, also der Vorgänger-afghanischen-Regierung, war die Korruption. Also, Deutschland hat zu einem gewissen Zeitpunkt 400 Millionen Euro im Jahr Budgethilfe gegeben. Budgethilfe ist finanzielle Hilfe an die Regierung Afghanistans, nicht Entwicklungszusammenarbeit, klassische Zusammenarbeit, wo also Brunnen gebohrt oder Dämme gebaut - - oder was auch immer gemacht worden ist, sondern Budgethilfe war: 400 Millionen, die an die afghanische Regierung, an das Finanzministerium gegangen sind, und davon ist sicherlich eine Menge verschwunden. Und ich denke, dass das einer der Gründe für das Scheitern der Republik war.

Stefan Keuter (AfD): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das lassen wir jetzt so stehen. Ich bedanke mich ganz herzlich.

Das war eine hochgradig anschauliche Befragung in den letzten zwei Stunden. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen für die Bereitschaft. Sie wissen, dass es ein Protokoll gibt, das Ihnen zugesandt wird, sodass Sie auch Dinge noch korrigieren können, wenn Sie mögen, bevor das endgültig ist. Fragen gibt es jetzt nicht mehr.

Wir haben die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung am 19. Januar 2023, um 12 Uhr, im Europasaal.

Bevor die Sitzung endet und ich allen Beteiligten frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr, vor allen Dingen Gesundheit und alles, was Sie sich persönlich wünschen, wünschen möchte, laden wir Sie ein, draußen mit uns anzustoßen auf die Arbeit dieses Jahres und die des kommenden.

Damit würde ich um 22.20 Uhr die Sitzung schließen. - Vielen herzlichen Dank, auch für die Zusammenarbeit.

(Beifall)

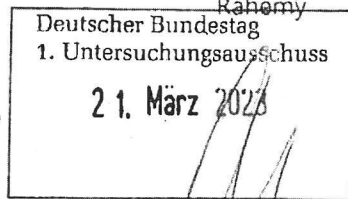
(Schluss: 22.20 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Amena Rahemy

1. Untersuchungsausschuss Afghanistan (PA27)

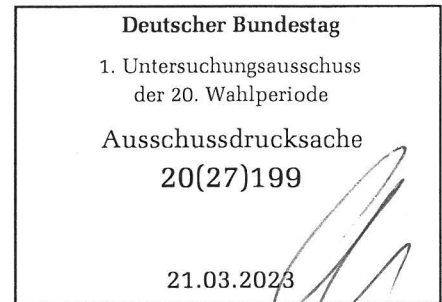
Von: amena rahemy <zohy345haq@gmail.com>
Gesendet: Sonntag, 19. März 2023 09:52
An: Alexandra Pfeiffer; 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan (PA27)
Betreff: Re: 1. UA 20. WP: Protokollauszug der Zeugenvernehmung von Frau Amena



Dear Ms. Ines Scholz,

Greetings!

This email is written to confirm that I have received the protocol.



I want these parts to be edited.

- Name of My city is Mazar. it was (Masar) in many paragraphs.
- on page 14. end of the right side. name of the Air company. It is United Nation Humentierion Air Services. UNHAS
- on page 15. Cedar house was one the white listed areas.
- on page 17- we all were said to wear red scarfs. not some red and some white.
- on page 19- i was allowed to walk inside this military camp all over. not outside of this military camp.
- same page. The district was Bakhaab district. one of Sarepul province districts.
- on page 21. We were watinging for the flight. from 12 oclock until 20:00.
- on page 24. The dead body inside the school belongs to a previous army commander and his brother. who was killed by taliban. not the dead bodies of taliban.
- on page 31. small correction of names. Mazar. Mirwais. name of my supervisor.
- on page 32. Each 3 month we had a conference in a third country. not online.
- between pages 37 and 39. I want to add that some of my team members also were present in this committee. in the area for guests. and you can check names from the email i have listed them before the hearing day.
- on page 42- only my brother in law was working in Sarepul province. but my sister and her children were living with us in our house.
- on page 43- i am/was living in Bremen. not Hamburg.
- on page 45. the name of the security person was. David T Lavery

Thanks and best regards,

Amena Rahemy